

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis
Beriehabet 2,50 RM, monatlich 1,10 RM,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Zeile
eine oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 5. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Demokratie und Sozialismus.

Mit Recht hat man immer betont: Sozialismus ohne
Demokratie ist ein Unding; Sozialismus setzt Demokratie
voraus. Man kann den Satz aber auch umdrehen, ohne daß
er seine Gültigkeit verliert: Wahre Demokratie ohne Sozial-

Auf den ersten Blick wird das vielleicht Widerspruch
herausfordern. Aber was heißt Demokratie? „Volksherr-
schaft“ ist ja nur eine unzulängliche Wiedergabe dessen, was
darin enthalten sein soll. Demokratie bedeutet die Beseitigung
aller Privilegien, die sich auf Geburt und Besitz gründen:
Gleiches Wahlrecht für alle; gleiche Bildungsmöglichkeiten für
alle; freier Zutritt aller zu den öffentlichen Ämtern und
Stellen. Nicht Rang und Vermögen sollen ausschlaggebend
sein, sondern innere Tüchtigkeit und ihre Anerkennung durch
die Volksgemeinschaft.

Nun muß zunächst schon die Frage auftauchen: Ist es
überhaupt möglich, Privilegien und Vorrechte zu beseitigen,
solange der Besitz selber erhalten bleibt? Das heißt, der Besit-
zer in seiner heutigen Gestalt, der sich so ungleich auf die ein-
zelnen Glieder der Gesellschaft verteilt und mit einem so gut
wie unbegrenzten Verfügungsrecht des Einzelnen über seinen
Anteil verbunden ist? Theorie und Erfahrung antworten
mit einem vernehmlichen „Nein!“ Von einer staatsrechtlichen
Gleichheit der Bürger kann solange nur auf dem Papier
die Rede sein, als noch der eine durch seine Besitzmasse dem
anderen um das Hundert-, ja das Tausendfache wirt-
schaftlich überlegen ist. Was nützt das „gleiche
Bürgerrecht“ jenem besitzlosen Arbeiter, der, um nicht zu ver-
hungern, tagaus, tagein und Jahr für Jahr um dürftigen
Lohn von früh bis spät in fremder Werkstatt fronden muß?
Sein Arbeitgeber kann ihn ja einfach hindern, von seinen
Rechten Gebrauch zu machen. Wir wissen von Tausenden von
Mahnregelungen solcher Arbeiter, die anders wählen, als ihr
Dienstgeber es wollte, oder die sich gegen seinen Willen einer
Organisation anschlossen. Gewiß, es ist leicht, ein Gesetz zu
erlassen, daß derartige Mahnregelungen strafbar sein sollen.
Aber schwer wird es sein, ein solches Gesetz auch durchzu-
führen. Wie, wenn ein Arbeitgeber in aller Form die Kün-
digung auspricht? Wer will beweisen, daß sie eine „Mahn-
regelung“ ist? — Aber angenommen auch ein Verbot von
Mahnregelungen würde erlassen und befolgt. Wäre damit schon
die staatsbürgerliche Gleichheit hergestellt? Der Besitzende,
der andere mit seinem Kapital arbeiten lassen kann, und
seinen Profit, sein Einkommen erhält, auch ohne daß er
selber einen Finger rührt, — der hat den ganzen Tag Zeit,
sich politisch zu bilden, sich für seine Ueberzeugung zu be-
mühen; er hat die Mittel, ihr große materielle Opfer zu
bringen. Der arme Lohnknecht in der Fabrik aber hat weder
Zeit noch Geld, im gleichen Maße seiner Sache zu dienen.
Ihm fehlt auch die Möglichkeit, sich in ähnlicher Weise politisch
zu bilden und zu bereichern, so daß er, vorausgesetzt, daß seine
Fähigkeiten dazu reichen, auch einmal aus einem Geführten
ein Führer, aus einem Wähler ein Gewählter werden kann.
Wir wissen, daß die wunderbare Opferfreudigkeit, der glän-
zende Idealismus der unteren Klassen, verbunden mit einer
guten Organisation, heute diesen Mangel vielfach ausgleichen;
doch nicht überall und immer. Und es kann die Zeit kommen,
da, schon im eigensten Geldbeutelinteresse, auch die Besitz-
enden sich weit eifriger politischen Betätigung widmen, als es
heute der Fall ist. Je mehr die Demokratie marschiert, um
so stärker wird das der Fall sein.

Oder ein anderes Beispiel. Gut, die Demokratie schafft
gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle. Die Einheitschule
als unterste Stufe des Bildungsweges wird durchgeführt.
Aber glaubt einer wirklich, daß damit schon die Bildungs-
möglichkeiten für alle Kinder gleich sind? Wird deshalb wirk-
lich schon Tüchtigkeit und Fähigkeit die Untüchtigkeit und Un-
fähigkeit überflügeln können? Oder sollte das nicht am Ende
durchkreuzt und immer wieder durchkreuzt werden dadurch,
daß das eine Kind satt in die Schule kommt und das andere
hungrig! Daß der eine Junge in Ruhe und Frieden daheim
seine Arbeiten erledigen kann, während der andere in einem
dummen Loch sitzt, umlärmt von den Spielen der Geschwister,
gestört durch das Geschämmer in der Werkstatt nebenan, —
wenn nicht gar durch die Tätigkeit, die ihm selber zugemutet
wird, damit er hilft, der Familie ein paar Groschen zu ver-
dienen!

Ach nein, die rechtliche Gleichheit allein macht es nicht.
Sie muß, soll sie in volle Wirksamkeit treten, ergänzt
werden durch die wirtschaftliche Gleichheit,
durch die Identität der Existenzbedingungen.
Wie staatsrechtlich keiner von vornherein mehr sein darf als
der andere, so auch wirtschaftlich nicht; wie es rechtlich nicht
Herren und Sklaven — oder auch Herren und Untertanen —
geben darf, so muß auch das wirtschaftliche Herrschaftsver-
hältnis beseitigt werden. Dann erst wird sich die staats-
bürgerliche Gleichberechtigung aller wirklich entfalten können.

Aufhebung der wirtschaftlichen Uebermacht des einen
über den anderen bedeutet aber nichts anderes als Beseitigung
des privaten Besitzes an den Produktionsmitteln, bedeutet eben
den Sozialismus. So wird er tatsächlich die Vor-
aussetzung für die staatsrechtliche Demo-
kratie.

Aber es kommt auch noch ein anderer Gesichtspunkt in
Frage. Wenn Demokratie Herrschaft des Volks-
willens bedeutet, — warum soll diese Herrschaft dann auf
halbem Wege halt machen und sich nicht voll entfalten dürfen?
Warum soll etwa die Wille des Volkes noch entscheiden, ob
Herr Meier als Besitzer einer Fabrik seine Arbeiter acht oder
neun Stunden arbeiten lassen darf (solche Entscheidungen
sind ja schon heute nichts Seltenes mehr!), nicht aber auch,
wieviel Waren in der Fabrik des Herrn Meier im Jahre
hergestellt werden dürfen? Das letztere gilt heute als absolut
unzulässig, denn das wäre ja — Sozialismus. Allerdings;
aber damit ist noch nichts erklärt. Warum soll dieses und ein
Duzend anderer Gebiete der Entscheidung des Volkswillens
vorenthalten werden? Ist etwa das Volksganze weniger
daran interessiert? Ist das etwa eine Sache, die einzig Herrn
Meier angeht? Tatsache ist doch, daß die unregelmäßige Pro-
duktion mit all ihren Begleitererscheinungen und Folgen, den
schwankenden Konjunkturen und Krisen, der damit verbun-
denen Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit, — daß all das
von allergrößter Bedeutung für die gesamte Volkswohlfahrt
ist. Es kann deshalb, bei Dichte befehen, keinen Grund geben,
Fragen von solcher Wichtigkeit der Entscheidung, der Ordnung
und Regelung durch die Gesamtheit, beziehungsweise ihre
Vertretung, vorzuenthalten.

Solange der Wille des Volkes überall auf Grenzen stößt,
haben wir eben keine Volksherrschaft, keine Demokratie.
Volle Demokratie bedingt die Entscheidung des Volkes über alles,
was für die Volkswohlfahrt in Frage kommt, über das Wirt-
schaftsleben nicht weniger wie über das, was zur Erhaltung
von Ruhe und Frieden geschehen soll. Wahre Demokratie
bedingt den Gemeinbesitz, der die Macht der Entscheidung gibt,
auch an den Faktoren der Produktion, das heißt: den Sozia-
lismus. Der Sozialismus ist nur die Konsequenz
der wahrhaftigen Demokratie. —

Es ist historisch zu verstehen, wenn diese Konsequenz nicht
gleich erkannt und oft andrücklich zurückgewiesen wurde, —
in jener Zeit, da die Besitzunterschiede noch nicht so gewaltig
waren wie heute, da der gewerbliche Mittelstand noch blühte,
und größere Unternehmungen mit einem Besitzer und Hun-
derten von Arbeitnehmern eine Seltenheit waren. Damals
war die wirtschaftliche Stellung des einzelnen noch nicht so
entscheidend für das Maß seiner politischen Rechte und die
Möglichkeit, sie auch auszuüben. Es war um so natürlicher,
daß man die „Volksherrschaft“ halt machen lassen wollte vor
allen Eingriffen in das Gebiete der Produktion, als diese
Produktion sich im wesentlichen tatsächlich noch ohne schwere all-
gemeine Krisen nach Angebot und Nachfrage regelte; es fehlte
die Massenfabrikation, es fehlte die nationale und erst recht
die internationale Konkurrenz, die heute treibt und treibt
und der privaten Produktion das Wilde, Gefährliche gibt.
Solange der Kleinbetrieb herrschte, war es ja auch beinahe
eine Utopie, von Verfassungsmäßigkeit und Vertikalisierung der
Betriebe zu sprechen; der Großbetrieb erst macht sie möglich;
— aber nicht nur das, er erfordert sie nun auch gebieterisch.

So konnte die Kleinbürgerliche Demokratie
früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte ohne die Konsequenz
des Sozialismus auskommen. Doch inzwischen sind die
Zeiten andere geworden. Eine Demokratie, die nicht auch den
Sozialismus will, ist heute keine volle, keine ganze Demo-
kratie mehr. Den Satten und Besitzenden mag das nicht so
vor Augen treten; sie fühlen es nicht so, wie sehr die wirt-
schaftliche Ungleichheit die staatsbürgerlichen Rechte beein-
flussen muß. Die Hungrigen, die Abhängigen, die in wirt-
schaftlicher Knechtschaft Lebenden, die fühlen es. Und darum
sind bei ihnen auch von vornherein die sozialistische Demo-
kratie das große Verständnis. Deshalb wurzelt sie bei ihnen
fest und unausrottbar. Und wie bisher, so wird und muß ihr
Kampf auch fortan gelten nicht bloß der halben, sondern der
ganzen Demokratie. Das heißt aber der Demo-
kratie und dem Sozialismus.

Roovevelts Sonderkandidatur.

New York, 28. Juni. (Fig. Ver.)

Das erbitterte, auf der Seite Roovevelts mit maßloser Leiden-
schaftlichkeit, von dem Präsidenten Taft mit tölpelhaftem Unge-
schick geführte Ringen um die republikanische Präsidentschaftskandidatur
hat mit einer Niederlage des früheren Präsidenten und mit der
Sprengrung der republikanischen Partei gendert. Gestern abend stellte
der in Chicago abgehaltene Parteitag den jetzigen Präsidenten Taft
mit 561 Stimmen abermals als Kandidaten auf. Für die Auf-
stellung Roovevelts sprachen sich 107 Delegierte aus, während sich
90 Stimmen zerstreuten. 344 Anhänger Roovevelts enthielten sich
der Stimme, weil sie den Sieg Tafts doch nicht zu verhindern ver-
mochten.

Noch war der republikanische Parteitag nicht geschlossen, als auch
schon nahezu 400 Rooveveltianer zu einem Rumpfparteitag zusamen-
traten, ihr Idol als Präsidentschaftskandidaten aufstellten und eine
Partei, diejenige der „Progressiven“ gründeten. So hat der
Bestiegte vom Parteitag an der siegreichen Mehrheit und an seinem
erfolgreichen Nebenbuhler Taft mit der für seine impulsiven Persön-
lichkeit charakteristischen Raubeit schwere Raube genommen. Des
gegenwärtigen Präsidenten Niederlage bei den Novemberwahlen ist
besiegelt, die Zerbröckelung der „Alten großen Partei“ (Republikaner)
wahrscheinlich. Ob und welche Erfolge der Expräsident und Rauf-
reiter Oberst „Teddy“ Roovevelt bei den Herbstwahlen erzielt, hängt
in großem Maße von dem Verlauf des morgen in Baltimore zu-

sammentretenden demokratischen Parteitages ab. Einstweilen rechnet
Teddy, dieser politische Barnum, darauf, mit seinen demagogischen
Ansprüchen den liberalen Teil der demokratischen Gefolgschaft zu den
Fahnen seiner neuen progressiven Partei zu locken und die Präsidents-
chaft zum dritten Male zu ergattern.

Ein vom bürgerlichen Standpunkte aus beschämenderes Schau-
spiel wie den gestern zu Ende gegangenen republikanischen Parteitag
und die vorherige Agitation haben die Vereinigten Staaten nach dem
übereinstimmenden Urteile der kapitalistischen Parteien und ihrer
Presse noch niemals erlebt.

Der Präsident, der offizielle Vertreter eines Hundertmillionen-
Volkes, und sein Vorgänger erschöpften in ihren gegenseitigen An-
griffen nach Art der Gasthonoratioren die brutalsten Seiten des
Schimpfwörterlexikons; nur daß der Raufreiter, der mit den per-
sönlichen Gefälligkeiten begonnen hatte, die größere Virtuosität im
Schelten bewies.

„Würdig“ wie der Primärwahlkampf verlief auch der Parteitag.
Das Präsidium spielte, am Dienstag in Chicago eingetroffen,
Roovevelt, der in einer Ansprache von seinem „Kampfe gegen den
Diebstahl“ redete und hinzufügte, daß die „Diebe nicht gewinnen“
würden.

Acht Hundert Polizisten und eine kleine Armee freiwilliger Ordner
waren aufgeboden, Störungen der Verhandlungen des Parteitages
zu verhindern. Sie vermochten weder halbstundenlanges Brüllen,
noch Prügeleien zu verhindern. Nicht um Prinzipien tobte dieser
zägellose Kampf, sondern lediglich um die Personen Tafts und
Roovevelts, wie um den Platz an der Krippe, auf den die Delegierten
und ihre Hintermänner rechnen.

Taft wie Roovevelt sind im Herzen gleich reaktionär, haben sich
in ihrer öffentlichen Laufbahn als gleichverblödete Sachwalter groß-
kapitalistischer Interessen erwiesen; allerdings mit dem einen Unter-
schiede, daß der feisleinene juristische Bureokrat Taft trotz seines
heissen Bemühens aus seinem Herzen keine Würdigergrube zu machen
versteht, während Roovevelt, ein Meister in allen demagogischen
Künsten, die erwachsenen politischen Kinder in seinen Vannkreis
zwingt, wie der Kattenfänger von Hameln die Kleinen mit seiner
Zauberflöte lockte.

Als „eifriger“ Reiter und Kimrod appelliert Roovevelt an die
Instinkte der weitverbreiteten, mit Bettlust und Gewinnlust durch-
setzten, irregulierten Sportliebhaberei; als Raufreiter-Oberst mit
dem selbst erlogenen Heldenlorbeer Lubaninischen Angebens um die
Stimme an den äppig geidenden Chauvinismus; durch seinen er-
heuchelten, gegen Jopf und verhöhrerte Rechtsprechung, gegen
politische Unterdrückung und die wirtschaftliche Diktatur des „ver-
brecherischen Großkapitals“ weterenden Radikalismus an die im
Wufen dreier Massen noch in Halschklummer liegende Unzufrieden-
heit mit den herrschenden Zuständen. Dabei traf er noch je und je
insgeheim in voraus mit den Truismagnaten, den eigentlichen Ge-
bietern des Landes, die diesen vorteilhaftesten Verabredungen, die er
dann auch allezeit getreulich hielt, um sein vorher in die Öffentlichkeit
poisantes Programm der Wahnehrnung der Volksinteressen
schamlos zu verraten.

In einem unbewachten Augenblick verriet sich Roovevelt vor
vierzehn Tagen. Die Primärwahlen waren abgeschlossen; die Wähler
hatten gesprochen; die Entscheidung des republikanischen Parteitages
aber stand noch aus. „Nun kann ich ja wieder konservativ sein“,
äußerte Roovevelt in der Hoffnung, durch dieses offenerzige Ge-
ständnis Parteitagsdelegierte zu gewinnen.

Es ist denn auch bezeichnend, daß Truismagnaten wie George
D. Perkins, der frühere Assioe Pierpont J. Morgans, ganz offen
die Mittel für Teddys Primärwahlseldzug hergaben und die für die
Führung des kommenden eigentlichen Wahlkampfes erforderlichen
Summen aufzubringen versprachen. Roovevelt, der sich bei jeder
Gelegenheit als der Ritter St. Georg ausspielte, der dem Drachen
der Truists und Syndikate den tödlichen Speer ins Herz stoßen werde,
unterjagte während seiner Amtszeit direkt die Verfolgung ungefeh-
licher Ringe wie des Harvester (Erntemaschinen-) und des Stahl-
truists. Mit Recht schrieb er 1904 in einem an den inzwischen ver-
storbenen Eisenbahnkönig Harriman gerichteten Schnorrerbrief: „Wir
beide sind ja praktische Männer, die sich verstehen.“

Nun hat Taft den Truists sicherlich auch noch nicht wege getan.
Er veranlaßte zwar die Auflösung des Petroleum- und des Tabak-
truists; auf sein Vorgehen hin erklärte sich der Fleischtruist freiwillig
zur Auflösung bereit. Aber die Folgen? Die Aktien des Petroleum-
und des Tabaktruists stiegen sprunghaft im Kurs und der wucherische
Fleischtruist kündigte eine weitere Preistreiberei an. Aber die Truists
sind auch dieser unschädlichen Radeltischpolitik milde. Zudem sehen
sie in Roovevelts demagogischer Heuchelei ihre Interessen besser ge-
wahrt, als in Tafts Redereien.

Vor allem aber besitzt ihr intimer Freund Roovevelt innerhalb
der republikanischen Wählermassen den größeren Einfluß. In den-
jenigen Staaten, in welchen die Delegierten zum republikanischen
Parteitag nicht von den als „Maschinen“ berüchtigten Parteiorgani-
sationen ernannt, sondern in den Primärwahlen erkoren wurden,
erzielte der Raufreiter viel größere Erfolge als der
gegenwärtige Präsident, dessen Hauptstärke in den Süd-
staaten liegt, in denen ausschließlich demokratische Wahlmänner
durchbringen und die vom Präsidenten abhängigen Bundesbeamten
den Kern und die Hauptmacht der dortigen republikanischen Partei
bilden. Bekanntlich werden Präsident und Vizepräsident indirekt
erwählt.

Die 4000 republikanischen Wähler des bombastischer demo-
kratischen Südstaates Mississippi waren auf dem republikanischen
Parteitag ebenso stark vertreten wie die 214 000 kalifornischen
Republikaner, welche sicherlich 10 republikanische Wahlmänner durch-
bringen. Mississippi steht auf Tafts Seite, Kalifornien erklärte sich
für Roovevelt.

Stellvertreter wäre die Entschcheidung des republikanischen Parteitag... doch anders angefallen, als es der Fall ist, wenn nicht der schon früher bestellte Parteivorstand, vielfach durchaus ungerechtfertigt, 219 der angebotenen 231 Delegiertenmandate den Anhängern Laft's zugesprochen hätte, eine Entschcheidung, die, vom Parteitage aufrecht erhalten würde.

Wenn Kansas, Pennsylvania, Ohio, Kalifornien, Minnesota, New Jersey und West-Virginia, teilweise unbedingt, teilweise ziemlich sicher republikanischer Gesinnung, nicht vor den Wahlen von Roosevelt abfallen, hat dieser Kandidat, im Herbst mehr Wahlmänner durchzusetzen als Laft.

Bis jetzt war noch jede Spaltung einer Partei für diese verhängnisvoll. Der Untergang der Whigs war bezeugt, als sich von ihnen 1814 die Free Soilers lösten, deren Bewegung in ihrem weiteren Verlaufe 1800 zur Gründung der republikanischen Partei führte. 1851 und 1852 verbannte Cleveland, den die Demokraten aus eigener Kraft nicht hätten durchbringen können, seine Siege über seine republikanischen Gegenkandidaten dem Auftreten der Mugwugs, die sich 1854 zum größten Teil aus den Reihen der Republikaner organisiert hatten. Die republikanische Partei erhob sich wieder und gelangte 1860 infolge einer Abspaltung von der demokratischen Partei abermals zur Macht.

Welche unmittelbare Folge wird nun die längste, gestern vollzogene Parteispaltung haben? Falls die Demokratie keine glückliche Hand in der Auswahl ihres Kandidaten zeigen, erlangt keiner der Präsidentschaftskandidaten eine Mehrheit im Wahlmännerkollegium. Adom hätte das Repräsentantenhaus den Präsidenten in der Art zu erklären, daß die Vertreter eines jeden Staates zusammen eine Stimme abgeben. Würde keine Partei für sich eine Mehrheit erringen, käme voraussichtlich auch keine Wahl zustande und der vom Senat zu erwählende Vizepräsident würde Präsident werden. Im Senat, dessen Mitglieder alle zwei Jahre zu einem Drittel erneuert werden, verfügen die Republikaner über die Majorität. Aber Laft hätte doch keine Aussicht gewählt zu werden, weil die republikanische Mehrheit auf dem sogenannten progressiven, fast durchgehends Roosevelt-freundlichen und durchweg Laft-feindlichen Flügel der Fraktion beruht. Laft kann als einhellig ausgesprochen gelten. So hat Roosevelt, der wiederholt beteuert hatte, er werde nicht wieder um das Amt des Präsidenten kandidieren, denjenigen politisch abgelehnt, den er vor vier Jahren der republikanischen Partei als den „denkbar besten Kandidaten“ und den Vereinigten Staaten als Präsidenten anbot. Ob darüber die Partei, als deren berufensten und uneigennützigsten Wortführer er sich gerierte, in Einklang geht, kümmert ihn nicht. In Wahrheit hat Roosevelt den Untergang der „Großen alten Partei“ unter keinen Umständen verschuldet, sondern höchstens beschleunigt. Die Massen sind im Flusse der Unrast; der vierte Stand sammelt sich in immer wachsendem Maße unter dem roten Banner der Sozialdemokratie. Wie lange noch, und der ganze bürgerliche Mittelmäßig muß sich zusammenschließen, um der jungen, aus der Tiefe aufsteigenden Kraft eine geschlossene Front entgegenzustellen! Im Westen sind Republikaner und Demokraten ja schon heute gleich.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Juli 1912.

Reichsgesetzliche Wahlen.

Eine stehende Kritik in den Wahlkreisungen bildet bekanntlich die Klage über unzureichende Wahlen, durch die es bei geschlossener Handhabung möglich ist, das geheime Wahlrecht illusorisch zu machen. Der Reichstag hat daher nahezu einstimmig die Einführung von gesetzlich vorgeschriebenen Wahlkreisen zur Sicherung des Wahlgeheimnisses verlangt. Wie sich gemeldet wird, will die Reichsregierung diesen Verlangen entsprechen und gewisse Mindestmaße für die Wahlen festlegen. Nach angestellten Versuchen ist eine ausreichende Größe der Wahlen als genügendes Mittel zur Verhinderung der Schöpfung der Wahlzettel angesehen. Bisher wurden im Deutschen Reich nur in Elsaß-Lothringen gesetzlich vorgeschriebene Wahlen bei den Wahlen zur zweiten Kammer verwendet. Für diese sind Mindestmaße von 80 Zentimeter Höhe und 85 Zentimeter Breite vorgeschrieben; für kleinere Gemeinden mit nicht mehr als 400 Wählern ist eine Höhe von 40 Zentimeter zugelassen.

Die Kaiserbegegnung in Baltiskport.

Wilhelm II. ist heute zur Begegnung mit dem Zaren Nikolaus II. in Baltiskport eingetroffen. Sobald die „Hohenzollern“ vor Anker gegangen war, fuhr Nikolaus II. mit einer Dampfschiffe nach der „Hohenzollern“.

Ueber die Bedeutung und den Zweck der Zusammenkunft bringt die „Allg. Ztg.“ einen offenbar in Berlin fabrizierten offiziellen Artikel, in dem es heißt:

Wir haben schon darauf hingewiesen, wie außerordentlich unwahrscheinlich es sei, daß man von deutscher Seite bei der Kaiserbegegnung mit Vorschlägen zur Velleung des Türkisch-Italienischen Krieges kommen werde. Mehrfach ist nun auch die Meinung ausgesprochen worden, als ob Deutschland den Versuch unternommen habe, Rußland von seinem Bündnis mit Frankreich und seinen Einvernehmen mit England abzubringen oder wenigstens eine Erhaltung in den Beziehungen dieser Staaten herbeizuführen. Auch diese Behauptung kann ruhig in den Bereich der Phantasie verwiesen werden. Was wir von der Kaiserreise erwarten und hoffen, das ist durchaus nicht eine Veränderung in der aktuellen Politik Russlands, sondern nur die Herstellung und Befestigung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland, wie sie zuerst in Potsdam so befriedigend angebahnt worden sind. Wenn es gelingen sollte, das in manchen Kreisen Russlands noch vorherrschende Mißtrauen gegen Deutschland zu beseitigen und an seine Stelle Vertrauen zu setzen, so ist eigentlich alles erreicht, was wir nur erwarten können.

Schutz der „nationalen Arbeit“.

In Köln werden neue Festungswerke errichtet; mit den hierbei notwendigen Erd- und Betonarbeiten sind nun zahlreiche ausländische Lohnarbeiter beschäftigt. Zwischen den Unternehmern und den organisierten Arbeitern herrschen fortwährend Differenzen, weil erstere sich weigern, Tariflöhne zu zahlen. Obwohl die Arbeitgeber selbst im Verbands deutscher Tiefbauunternehmer organisiert sind, hat dieser Verband den Arbeitern mitgeteilt, die beteiligten Firmen hätten einstimmig beschlossen, jede Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen abzulehnen. Auf diesen Proben- und Scharfmacherstandpunkt dürfen sich die Herren stellen, weil man ihnen von fiskalischer Seite, statt ihnen die Zahlung tariflicher Löhne zur Bedingung zu machen, gestattet, fast ausschließlich ausländische Lohnarbeiter zu beschäftigen.

Der Kölner „Total-Anzeiger“, also ein bürgerliches Blatt, schrieb zu diesen Dingen: „Zunächst ist es unrecht, daß auf deutschen Festungsbauten ausländische Arbeiter vor den einheimischen bevorzugt (!) werden. Wo bleibt hier der Schutz der nationalen Arbeit? Ferner ist der jetzige Bestand aber auch im Hinblick auf die Geheimhaltung des Festungsplanes und was damit zusammenhängt, äußerst bedenklich. Jeder deutsche Arbeiter, der auf Festungswerken Arbeit erhält, wird an Eidesstatt und namensunterschriftlich mit dem Hinweis auf

schwere Strafen zur strengsten Geheimhaltung verpflichtet. In diese Geheimhaltung denn auch garantiert, wenn ausländische Arbeiter aus aller Herren Länder auf diesen Festungsanlagen beschäftigt werden? Man bedenke, daß unter den in Deutschland beschäftigten Ausländern häufig recht fragwürdige Elemente sind.“

Wie das Blatt weiter schreibt, haben ferner bei der im Auftrag der Stadt Köln ausgeführten Abtragung der alten Umwallung an einem Tage zehn einheimische Arbeiter vergebens um Beschäftigung nachgefragt; es wurden aber zehn einheimische Arbeiter vergebens an; statt ihrer wurden weilere fünfzehn Kroaten eingestellt.

Schutz der nationalen Arbeit!

Der Spott des Auslandes.

Die „Kölnische Zeitung“ bringt ein launiges Bild aus einer in Hongkong erscheinenden englischen Zeitung, der „China Mail“, um zu beweisen, wie sich die „praktischen Engländer“ über die Sozialdemokratie lustig machen. Nach diesem Blatt ist „der Sozialdemokrat das hoffnungsloseste, unpraktischste Wesen der Welt, wenn es sich um gegenwärtige, politisch-ökonomische Begriffe handelt“. Namentlich sollen nach der „China Mail“ die Vorstellungen der deutschen Sozialisten über China die „allernebelhaftesten Auffassungen“ vertreten und ihre Ansichten über deutsche Bestrebungen und deutschen Handel in China bis zum äußersten Grade „albern“ sein. So heißt es in dem englischen Blatte wörtlich:

Bei der ersten Lesung des Staatshaushaltsgesetzes gingen die Sozialdemokraten soweit, die unerbittliche Aufgabe des Schutzes der China anzuregen oder sogar zu verlangen. Der deutsche Sozialdemokrat versteht nichts von der Frage, und es kümmert ihn nicht, wie viele Jahre mühsamer und ausdauernder Arbeit, wie viele Millionen Mark es seinen unternehmenden Landsleuten in China gekostet hat, um aus der früheren Pflanzung des jetzigen Schmutzlächens Fingtau zu schaffen — to convert Tsingtau from the desert it was to the „thing of beauty“ it is —, aus einem öden Fleck, einen Ort, der ein Genieß für das Auge und ein emporblühender, wahrscheinlich einer großen Zukunft entgegengehender Hafen ist, zu gestalten.

Es ist schon sehr sonderbar, daß die imperialistische „Kölnische Zeitung“ sich zum Beweis für die Vorteilhaftigkeit der deutschen Politik in Ostasien, namentlich den Wert Kaufschou für Deutschland, gerade auf ein englisches Blatt beruft. Denn die Artikel einer rivalisierenden Macht pflegen gerade unsere Nationalisten und Imperialisten doch sonst mit einer gewissen Dosis von Skepsis aufzunehmen. Aber da es diesmal gegen die verhassten Sozialdemokraten geht, ist unseren Imperialisten auch das plumpste Lob der deutschen Weltpolitik gänzlich unbedenklich.

Dabei ist schon der Inhalt des von uns wiedergegebenen Blattes höchst charakteristisch. Denn daß Deutschland mit den mehr als hundert Millionen, die uns Kaufschou bis jetzt gekostet hat, aus dem ehemaligen „Dreieck“ tatsächlich ein „Schmutzlächchen“ geschaffen hat, das zu bestehen ist natürlich noch keinem Sozialdemokraten eingefallen! Bei solch splendider Geldvergeudung läßt sich natürlich auch die tiefste Wogen in ein kleines Paradies verwandeln. Es fragt sich nur, wer denn den Vorteil von diesem Schmutzlächchen hat! Deutschland sicherlich nicht! Dem Deutschlands Handelsverkehr mit Kaufschou betrug im Jahre 1910 nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, also einer amtlichen Quelle, 8784 000 Mark, also ganze 8 7/8 Millionen, wobei aber der weitaus größte Teil der Ausfuhr Deutschlands nach China auf Metalle und Maschinen aller Art entfiel, die von der deutschen Kolonialverwaltung selbst für das Geld der deutschen Steuerzahler dorthin geschickt wurden. Und um für noch nicht 4 Millionen Mark Waren an dem „Sonnenplate“ und in seinem Hinterland absetzen zu können, ist eine Aufwendung von weit über hundert Millionen Mark, die sich noch jährlich um runde zehn Millionen heigert, denn doch wohl ein bißchen zu viel! Oder soll dies lockere Geld der deutschen Steuerzahler etwa zu dem Zwecke ausgegeben worden sein, daß sich der Handelsverkehr anderer Staaten, nämlich Chinas, Japans und Amerikas mit Kaufschou und seinem Hinterland so erheblich vermehrt hat? Das wäre doch ein noch wunderbarer Geschäft!

Daß England allerdings von der deutschen Kolonialgründung höchlich entsetzt ist, ist höchst verständlich. Betrachtet doch die Europäer ganz Ostasien, in erster Linie also die Engländer, Kaufschou mit seinem gemäßigten Klima und seinen von der deutschen Kolonialverwaltung angelegten schönen Wäldern als die vorzüglichste Erholungsstation, die es in ganz Ostasien gibt. Daher das Lob des deutschen Schmutzlächchens! Diese Motive des ausländischen, speziell des englischen Lobes unserer ostasiatischen Weltpolitik können auch der „Allg. Ztg.“ nicht unbekannt sein. Es verhält also eine ganz besondere Komik, nur um den Sozialdemokraten ein auszumischen, so läppisch auf den englischen Adressanden zu sein! Der Spott des Auslandes ist damit den deutschen Imperialisten sicher!

Konservative Landtagsarbeit.

Die Partei der echtpreussischen Leute macht jetzt ihren Anhängern durch die „Mitteilungen aus der konservativen Partei“, Zentralorgan der konservativen Vereine Deutschlands, bekannt, was für wichtige Akte die edelsten Dreiklassenhäuser Preußens sind. In sage und schreibe sechzehn Spalten wird dem operativen Leser — es gebietet viel Dyrmen dazu, sechzehn Seiten konservativer Selbsterleuchtung und konservativer Wählerbeschwörung durchzulesen — haarelein aufgezählt, welche fruchtbar Arbeit die Ertrakte vom 15. Januar bis zum 15. Juni des Jahres 1912 geleistet haben.

Schon wir uns erst einmal an, was auch von den Konservativen nicht erledigt worden ist, schon daran kann man ja erkennen, wie fürchterlich die Konservativen, die mit dem Zentrum die preussische Regierungsmajorität bilden, „genötigt“ haben. Vom Entwurf einer neuen Eisenbahnvorlage mißte ihr wichtiger Teil, die Frage der Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahnen abgetrennt werden. In der Kommission saßen noch die eigentlichen großen Geschäftsvorlagen, das Wasserrecht und das Steuerrecht; dasselbe gilt vom Sparlängengesetz, dem Störungsrecht und dem Entwurf, der die anderweitige Regelung der Interessen der Eisenbahnbesitzer behandelt. Das stehen die Konservativen offen liegen, zum Teil weil sie, wie in der Frage der zwangsweisen Belegung der Sparlängengelder mit Staatsanleihen, selbst gar nicht eingriffen.

Und nun die Fieber, mit denen sich die konservative Fraktion des preussischen Landtages vor allen Parteiverbänden des Deutschen Reiches schmückt. Das Reichsgesetz über den Unterhaltungswohnort beziehungsweise sein preussisches Ausführungsgesetz ist reaktionäre und selbstherrlich, der andere große preussisch-konservative Erfolg, das Gesetz über die Stärkung des Zentrums in Thüringen, Pommern, Schlesien und Ostpreußen-Hollstein ist die glücklichste Verlegung der preussischen Verfassung und der Reichsverfassung.

Was hat die konservative Fraktion des Landtages sonst noch Positives geleistet? Soll man das Wegereinigungsrecht, das im wesentlichen nur schon geltende Verpflichtungen zusammen-

faßt, als positive Arbeit laufen lassen? Oder ist der preussisch-süddeutsche Lotterievertrag eine konservative Kulturtat? Und die konservativen Arbeit bei den Staatsberatungen. Die Herren forderten größere Zuschüsse für das landwirtschaftliche Unterrichtswesen, im Sinne einer stärkeren Entlastung für die Provinzen, für die Förderung der Viehzucht, für die Weinbauern, resp. mehr Wanderlehrkräfte der Landwirtschaftskammern für sie, endlich größere Zuschüsse an staatlicher Beihilfe für Obst- und Gartenbau. Wo bleibt aber das? Wir zahlen, damit der Staat mehr leisten kann? Darüber war vom 15. Januar bis zum 15. Juni nichts zu hören.

Dafür aber gab's konservativen Mittelstandsdummel, Rigorismus, Bekämpfung und Krieg gegen die Automobile. Der Geistlichen der evangelischen Landeskirche wurde gebacht, ihnen soll das Avancement erleichtert werden und die Gendarmen sollen nicht mehr — weiße Handschuhe tragen brauchen.

Damit noch nicht genug. Die Konservativen verkündeten die Vergarbeiter, schrien nach Ausnahmegeetzen und schimpften auf die Kulturförderung des allgemeinen Wahlrechts, das wichtigste Thema des Jahres! Sie forderten härteren Schutz der Hingehörigsten! Sie sind eifrig dabei, die Geschäftsordnung zum Handstreich für die sozialdemokratische Kritik zu machen — ein feines Arbeitsprogramm.

Und nun das tolle Schlußwort: Die konservative Fraktion darf jedenfalls mit ihrer gegenwärtigen Arbeit zum Wohle des Vaterlandes (!) zufrieden sein. Sie hat auch während dieser Session, und zum Teil an führender Stelle, mit Hingebung und Erfolg an dem Ausbau der Landesgesetzgebung mitgearbeitet. Allenfalls hat sie sich mit selbstlosem Eifer (!) beteiligt, um Brauchbares und Wertvolles zustande zu bringen.

„Zum Wohle des Vaterlandes“ stimmten die Konservativen immer nur für das, was ihnen materiell und sachlich vorzuziehen war, mit Hingebung und selbstlosem Eifer kämpften sie gegen all das, was aus Kulturinteresse heraus gefordert wurde.

Das Dreiklassenhaus und seine Konservativen sind einander wert!

Neues nationalliberales Blatt.

Ein aus Nationalliberalen bestehendes Konsortium kaufte im Interesse einer nachdrücklichen Propaganda in der Altmark den in Stendal erscheinenden „Altmarkter“ für 600 000 Mk. Der „Altmarkter“ hatte bei der letzten Wahl den altnationalliberalen Heeren Fuhrmann unterstützt, trieb aber neuerdings, angeleitet durch Schwendemann Fuhrmanns nach rechts eine klare liberale Politik. — Es wird vermutet, daß die Käufer Herrn Fuhrmann nahesteht. Den Nationalliberalen wird übrigens nachgesagt, sie hätten Geld wie Heu.

Die Hoffnung der Ausbeuter.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sind gleich den anderen Blättern des Scharfmacheriums der frohen Hoffnung, daß es in absehbarer Zukunft doch einmal gelingen werde, durch die „wirtschaftsfriedlichen“ Organisationen, die Streikbrüderverbände der Gelben, eine weite Brezche in die Klassenorganisationen des Proletariats zu legen und die Arbeiterklasse damit den despotischen Ausbeutergelüsten des Kapitals wieder bedingungslos auszuliefern. Das Unternehmernorgan gibt sich, dem Anschein nach wenigstens, wirklich der Hoffnung hin, daß durch die Tätigkeit der Gelben allmählich eine „gesündere“ (!) Auffassung von der Stellung des Arbeiters am Wirtschaftsleben um sich greife, nämlich eine „Erstarrung der Klassenmoral“. Was ungeheure Klassenmoral aber verjagt es das Scharfmacherblatt, wenn sich die Arbeiterklasse durch Schöpfung kräftiger Organisationen bemüht, einen größeren Teil des Ertrages der Produktion für die Arbeiterklasse zu erringen!

Gar köstlich ist es, aus dem Artikel des Scharfmacherblattes zu ersehen, von welcher unglaublichen Auffassungen die Gelben sich leiten lassen. In ihre programmatische Auffassung nach den „Berliner Neuesten Nachrichten“ doch folgende:

Es scheint, daß nicht theoretische Erwägungen, sondern die üblichen Erfahrungen der Praxis diesem System den ersten Stof versetzt haben. Man machte die Erfahrung, daß die systematische Kriegführung im Klassenkampf nicht in das Land der Freiheit führe. Selbst wenn ein Streik von Erfolg war, so waren die Verluste, die man im Kampfe erlitten hatte, so groß, daß es zweifelhaft blieb, ob sie durch den erlängten Gewinn ausgeglichen wurden. Man sah, daß die Gewinnmöglichkeiten beschränkt waren, an die Erträge des Unternehmens gebunden blieben, sah andererseits, daß eine Steigerung der Ertragsfähigkeit von selber auch zu einer Verringerung der Löhne führte. So wurde die Frage der Beteiligung des Arbeiters an dem Gewinn des Unternehmens und Arbeiter zu einer solchen zweiten Grades. In erster Stelle stand die Ertragsfähigkeit des Unternehmens und des ganzen Gewerbes.

In der Tat, eine Sorte von Arbeitern, der die Frage der Verteilung des Ueberschusses zwischen Unternehmern und Arbeitern erst in zweiter Linie steht, die sich zum Vorteil des gewinnhelfenden Unternehmertums mit jedem Lohn zufrieden gibt, nur in der abgeschmackten Sorge, daß durch einen Kampf mit dem Unternehmertum das ganze Gewerbe selbst geschädigt werden könne, ist für das Unternehmertum ein wahres Gottesgeschenk! Denn wie unfähig verblendet müssen solche Arbeiter sein, die nicht einmal die Frage aufwerfen, warum dann just immer die Arbeiter nachgeben sollen, warum denn nicht auch das an Kopfzahl doch so unendlich schwächere Unternehmertum die Frage der Verteilung des Ueberschusses zwischen Unternehmern und Arbeitern als sekundäre betrachtet und aus einer solchen Anschauung heraus lieber den Arbeitern anständigere Löhne zahlt, als es auf einen Konflikt ankommen zu lassen, der angeblich die Ertragsfähigkeit des Unternehmens überhaupt in Frage stellt! Aber gelbe Arbeiter sind eben von dem Unternehmertum und seinen Handlangern in einer derartigen geistigen Rückständigkeit erhalten worden, daß das Denken für sie die schwerste Arbeit ist!

Was die Scharfmacher von dem unergründlichen Stumpfheit ihrer lieben Gelben erwarten, beweist auch folgender Ertrag der „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Niemand bezeichnet es einmal als einen Ausfluß des deutschen Wesenszuges der Treue, daß der Mensch, wenn er sich einmal einer Richtung, einer Anschauungsweise angeschlossen habe, ihr mit solcher Beharrlichkeit zugehöre, daß er schließlich mit wachem Feuereifer für sie fechte, ohne zu wissen, warum und weshalb.“

Unsere Scharfmacher bilden sich also wirklich ein, daß nicht nur die Handvoll von Streikbrechern, die sie sich durch alle erdenklichen Mittel der Korruption heranzuzüchten vermochten, mit wachem Feuereifer für die Geldadinteressen des Unternehmertums „fechten“ werden, „ohne zu wissen warum und weshalb“, sondern ein erheblicherer Prozentsatz der Arbeiterklasse überhaupt!

Die Zeiten sind denn aber doch Gottseidank vorüber, trotz aller Massenverdümmungsbestrebungen, die zurzeit im Schwange sind!

Streitjustiz.

Vor der Streikkammer des Landgerichts Dortmund spielte sich kürzlich eine heitere Geschichte ab. Eine Anzahl Streikender unterhielt sich während des Streiks über die Aussichten der Bewegung. Der Bergmann Herzog aus Dorsfeld meinte, daß am Ende wohl wieder Maßregelungen erfolgen würden. Da warf ein Kamerad dazwischen: „Dann laßst Du ja Gemeindefulle werden!“ Herzog gab zurück: „Was, Gemeindefulle?“ In diesem Augenblick kamen einige Streikbrecher vorbei, und einer dieser fand zwischen den Worten und seiner geschlechtlichen Vergangenheit gewisse Beziehungen heraus. Der Streikbrecher wollte gehört haben: „Du Gemeindefulle“, und er meinte, weil er von seiner ersten Frau geschieden sei und mit der zweiten eine Zeitlang in wilder Ehe gelebt hatte, könnte nur er derjenige sein, welcher usw. Gegen diesen Schluß versuchte der Streikfönder mit der spitzigen Frage anzukämpfen, warum sich denn ein anderer Streikbrecher nicht beleidigt gefühlt habe, dem der Ausdruck „Gemeindefulle“ von seiner militärischen Vergangenheit her geläufig sei! Das Gericht fand, es könne auch der andere Streikbrecher gemeint sein und sprach den Angeklagten frei. Der Staatsanwalt hatte Th. M. Geldstrafe beantragt.

Am 20. März, also nach dem Streik, hatte der Bergmann Hroffa aus Hamen in einer Wirtschaft das bekannte Plakat des Regierungspräsidenten: „Ruhung an die Bevölkerung!“ abgerissen, zusammengeknüllt und zum „Abwischen“ empfohlen. Auch dieser Sünden kam vor die Streikkammer. Er gab an, daß ihm gesagt worden sei, er dürfe das oberrheinische Plakat nach Beendigung des Streiks abreißen. Nach gründlicher Beratung wurde der Angeklagte freigesprochen mit der Mahnung: „Nun Sie es aber nicht wieder!“ Die Bekannmachung, hieß es, habe nur Sinn und Zweck während des Streiks gehabt. Nach dem Streik habe sie nicht wirken wollen und sollen. Es wurde nicht angenommen, daß der Angeklagte „böswillig“ gehandelt habe.

Ein Arbeitswilliger als Streikfönder! Die Bergleute Huhn und Dubiecki aus Hohlhausen waren der Beleidigung, der verächtlichen Nötigung und des Werfens von Steinen angeklagt. Dubiecki wurde am stärksten belastet. Von ihm wurde als erwiesen angenommen, daß er aus einer Gruppe mit Steinen und Zementsteinen geworfen habe. Er erhielt 2 Monate Gefängnis. Gegen Huhn folgten mehrere Streikbrecher aus, daß er gerufen habe: „Schämt Ihr Euch nicht, daß Ihr jetzt von der Jechse kommt?“ Huhn suchte sich mit dem Hinweis aus der Schlinge zu ziehen, daß er doch während der ganzen Zeit des Streiks gearbeitet habe! Es gelang ihm aber nicht. Er erhielt 2 Wochen Gefängnis!

Eine sonderbare Nötigung.

Vom Schöffengericht Reddinghausen war der Bergmann Weech wegen Nötigung (§ 183) zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er vor der Frau eines Arbeitswilligen ausgespuckt und dadurch deren Ehemann zur Einstellung der Arbeit veranlaßt haben sollte. In dem Urteil heißt es, daß es keinen Zweifel unterliegen könne, daß sich der Ehemann durch das Auspucken des Angeklagten vor seiner Frau bedroht gefühlt habe.

Die Strafkammer in Vadum schloß sich diesem sonderbaren Urteil an und verwarf die Berufung.

Eine schwarze Verleumdung.

Bei den bayerischen Landtagswahlen im Februar d. J. wurde der Genosse Probst-Ludwigshafen zum Abgeordneten für den Wahlkreis Speyer gewählt. Einige Wochen später brachte das Organ des Zentrumsabgeordneten Dr. Jäger, die „Wälder Zeitung“, einen Artikel unter der Überschrift: „Die Probst Landtagsabgeordneter wurde“, in dem Genossen Probst der ehrenfähige Vorwurf gemacht wurde, er habe sich die Kandidatur erkauft. Zuerst sei ein anderer Genosse zu dieser Kandidatur ausgetreten gewesen, Probst habe es aber fertig gebracht, daß er als Kandidat nominiert wurde. Am Schluß des Artikels hieß es: „Gätten die Speyerer Genossen diese neueste Heldentat des strebsamen Politikers Probst am 4. Februar gewußt, wir bezweifeln, ob derselbe die Stadt Speyer vertreten würde.“

Genosse Probst strengte Klage gegen den Redakteur der „Wälder Zeitung“ an. In der Verhandlung vor dem Speyerer Schöffengericht am Mittwoch konnte der Beklagte nicht den Schatten eines Beweises erbringen, er wüßte vielmehr einen Vergleich eingehen, in dem es u. a. heißt:

„Ich erkläre, daß der Privatkläger in der ganzen Angelegenheit sich korrekt und den Sagenungen seiner Partei entsprechend verhalten hat. Ich nehme die weitere Behauptung des Artikels, daß sei die neueste Heldentat des strebsamen Politikers Probst“ gleichfalls als unabweisbar mit Bedauern zurück, da ich zu dieser Behauptung keine Veranlassung hatte.“

Die Kosten des Verfahrens einschließlich der sämtlichen Endlagen des Privatklägers hat der Beklagte zu tragen. Die Publikation des Vergleichs hat in fünf plötzlichen Tageszeitungen zu erfolgen.

England.

Der Liberalismus und die Arbeiterpartei.

London, 3. Juli. (Fig. Ver.)

Der Tod Enoch Edwards, des Vorsitzenden der Bergarbeiterföderation, hat in unerwarteter Weise zu einer politischen Krise geführt. Edwards vertrat im Parlament den Wahlkreis Hanley, wo er im Jahre 1906 als liberaler Arbeitervertreter gewählt wurde. Als sich die Bergarbeiterföderation drei Jahre darauf der Arbeiterpartei anschloß, gingen die Bergarbeitervertreter im Parlament und mit ihnen natürlich auch Edwards' notgedrungen zur Arbeiterpartei über. Das hinderte aber die liberalen Wahlvereine der von Bergarbeitern vertretenen Kreise nicht, bei den nächsten zwei Parlamentswahlen die Kandidaturen der Bergarbeitervertreter zu betreiben, als seien diese ihre eigenen Kandidaten. Schon seit langem hat sich die Arbeiterpartei bemüht, die unerträglichen Zustände, die daraus resultieren, daß Mitglieder der Arbeiterpartei auf Betreiben der Organisation der liberalen Partei gewählt werden, aus der Welt zu schaffen, aber man scheint keine großen Fortschritte gemacht zu haben. Der Tod des Parlamentsmitglieds für Hanley hat die Arbeiterpartei mit einem Schlag vor die Notwendigkeit gestellt, die Frage zu lösen. Die Liberalen Hanleys beanspruchen den Wahlkreis für sich, indem sie darauf hinweisen, daß das verstorbene Parlamentsmitglied durch die liberale Parteiorganisation und von liberalen Wählern gewählt worden sei. Sie haben auch schon einen Kandidaten aufgestellt, den Unliberalen Duthwaite, der sich durch seine Schriften über die Landesreform bekannt gemacht hat und wohl mit dem jetzt wieder ausgegebenen liberalen Mittel der Landesreform operieren soll. Die Arbeiterpartei hat die Kriegserklärung der Liberalen zur Freude aller ihrer tüchtigsten und fortschrittlichsten Elemente prompt und energisch erwidert. Sie hat beschlossen, nicht allein den Wahlkreis Hanley mit einem Kandidaten zu verteidigen, der von dem Bergarbeiterverband von Nordhampshire gewählt werden wird, sondern auch die Liberalen in Crewe anzugreifen, wo vor einigen Tagen das Unliberale

Parlamentsmitglied McEaren, der Hauptwortführer der Frauenrechtlerinnen im Parlament, gestorben ist. Der Beschluß der Arbeiterpartei sagt ferner, daß die Arbeitervertreter im Parlament, falls es in den beiden Wahlkreisen zu dreiseitigen Wahlkämpfen kommen sollte, das Parlament während der Dauer der Nachwahlen verlassen sollten, damit die ganze Kraft der Partei für ihre Kandidaten in Hanley und Crewe eingesetzt werden könne.

Dieser Beschluß der Arbeiterpartei wird im Parlament eine eigenartige Lage schaffen. Zwar ist die Arbeiterpartei numerisch nicht stark genug, um durch ihre Abwesenheit den Sturz der Regierung herbeizuführen. Die Abwesenheit von 42 Arbeitervertretern wird es indes den Konservativen, die augenblicklich ihre Leute im Parlament straff zusammenhalten, viel leichter machen, der Regierung durch Ueberraschung eine Niederlage beizubringen. Zudem werden die knappen Mehrheiten bei den kommenden Abstimmungen die Regierung moralisch schädigen. Daß die Liberalen ihren Kandidaten in Hanley zurückziehen werden, scheint ausgeschlossen; ihr Vorgehen hat die volle Unterstützung der liberalen Parteileitung in London. Was nun auch in Hanley geschehen mag, in Crewe werden die Liberalen mit ziemlicher Sicherheit verlieren. Crewe ist einer der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte Englands und die Eisenbahner haben der Regierung nicht vergeben, daß diese bei dem Streik im letzten Jahre Militär aufmarschieren ließ. Es waren auch die Eisenbahner, verbündet mit den Bergarbeitern, die vor einigen Tagen dem Obersten Seely, der sich nach seiner Ernennung zum Kriegsminister einer Neuwahl unterziehen mußte, fast eine Niederlage beibrachten, indem sie für den konservativen Gegenkandidaten stimmten. Allerdings muß man bei dieser Aktion der Arbeiterpartei mit einer Gegenaktion der Regierung rechnen. Es kann sein, daß die Regierung während der Zeit der Nachwahlen die Beratung der Gewerkschaftsvorlage (Osbornevorlage) oder der Wahlreform ansetzen wird, um so die Arbeitervertreter aus Parlament zu fesseln.

Oesterreich.

Der Widerspenstigen Zähmung.

Bei der Beratung des Budgetprovisoriums kamen die tschechischen und slowakischen Redner unter wüsten Ausfällen auf die Kaufereien tschechischer Erzedenten mit deutschen Studenten in Prag zu sprechen. In anderen Zeiten hätte sich das Abgeordnetenhaus sofort in eine Stätte des wildesten Rabas verwandelt — diesmal blieben die hundert Patentdeutschen still, sachlich, höflich — denn hoch über allen heiligsten Gütern steht dem deutschen Mann die Sicherheit der Regierung und die pünktliche Bewilligung ihrer Staatsnotwendigkeiten!

Beibehaltung der Schnapsbrennerprämien.

Zur Deckung der Forderungen auf Vervollständigung der Eisenbahner beantragten die sozialdemokratischen Abgeordneten die Aufhebung der Schnapsbrennerprämien, die jährlich 14 488 847 Kronen ausmacht. Sie schwanken zwischen 311 430 Kronen jährlich für den Fürsten Fürstenberg — den bekanntesten österreichisch-deutsch-bahischen Patrioten und Herrenhäusler — und 27 500 Kronen jährlich für den Deutschen Ritterorden, der ebenso Schnaps brennt wie z. B. die katholische Kirche oder der kaiserliche Familienfonds, der sich jährlich über 300 000 Kronen schenken läßt. Der Ministerpräsident in Vertretung, Herr Baron Heinold, hat erklärt, auf eine Aufhebung der Schnapsbrennerprämien aus Rücksicht auf die — erworbenen Rechte — nicht einzugehen. Im übrigen kündigte er an, daß die Herren Schnapsbrenner im Herrenhaus der Aufhebung nicht zustimmen würden. Aber die Oberpatronen brauchen gar nicht erst zur Rettung ihrer heiligsten Güter auszurücken — die deutschfreihändlerisch-agrarische Mehrheit des „Volkshauses“ ersparte ihnen das. Man lehnte die Vervollständigung der Eisenbahner ebenso dreist ab, wie die Prämienföderung der Zusehmillionäre.

Aus der Partei.

Auflösung des böhmischen Parteitag.

Am Sonntag und Montag war in Serajewo der Parteitag der böhmisch-herzegowinischen Sozialdemokratie verammelt. In mehreren Resolutionen wurde den ungarischen und kroatischen Genossen die Sympathie ausgesprochen und die Demokratisierung des fast absolutistisch regierten Reichslandes gefordert. Zum Zweck der Förderung einer kulturellen Einigung der Südslawen wurde die Herausgabe einer Zeitschrift in lateinischer und agrarischer (russischer) Schrift angeregt. In einer großen öffentlichen Versammlung sprachen als auswärtige Delegierte Abg. Slaret, Wien, Koratsch, Kroatien, Dugmedziew, Bulgarien und Lujowitsch, Serbien. Montag nachts wurde der Parteitag polizeilich aufgelöst, weil er gegen die polizeilichen Verfügungen in Serajewo und dem Reichsland protestieren wollte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Pressejäger.

Am Mittwoch stand der Genosse Pabst von der „Nordhauser Volkszeitung“ wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften vor der Strafkammer. Er hatte aus der Zeitschrift des Vereins für Volkserkunde einige Artikel übernommen, die scheinbar geschichtliche Vorgänge behandeln, in ihrer Auffassung aber völlig harmlos sind und weit ab von jeder fernsten Angelegenheit liegen. Wer besonders in ländlichen Kreisen verkehrt, weiß, wie häufig solche Rätsel den Unterhaltungsstoff bilden. Das Gericht nahm aber an, daß es dem Angeklagten bei der Veröffentlichung der Rätsel darauf ankomme, geschichtliche Erregung bei den Lesern hervorzurufen, und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 50 Mark. — Bemerkenswert ist, daß der Staatsanwalt erst durch die Denunziation des Vereins zur Bekämpfung der Unzüchtigkeit (Sitz Berlin) zur Klageerhebung kam.

Das liberale Versammlungsrecht.

Welche Schwierigkeiten Arbeitern in den Weg gelegt werden, wenn sie von ihrem Versammlungsrecht Gebrauch machen wollen, lehrt wieder einmal folgender Fall. Genosse Christiane aus Eisleben beabsichtigte am 7. Juli an dem Hofe der Witwe Diez in Langenbogen im Mansfeldischen eine Versammlung abzuhalten. Der Bezirksrat glaubte, trotzdem der Amtsvorsteher Koch bereits zweimal bei ähnlichen Anlässen Schwierigkeiten gemacht hatte, diesmal der Genehmigung sicher zu sein, da der Hof durch seine Lage sich besonders gut für Versammlungen eignet. Aber die Versammlung wurde wiederum verboten, weil in dem Hofe aus Mietern wohnen, deren Zugang zu ihren Wohnungen verhindert oder doch erschwert werde. Es befanden sich auch Ställe mit Rindern auf dem Hofe. Darin sei Stroh, es sei also feuergefährlich und im Interesse der öffentlichen Sicherheit sei die Versammlung zu verbieten, da bei dem zu erwartenden starken Besuch der Versammlung nicht alle in der

Sof gingen, sondern auf der Straße stehen müßten, wo dann die Autos die Leute maulstot fahren könnten. — Es wird natürlich der Beschwerdeweg bis zur höchsten Instanz beschritten.

Jugendbewegung.

Nichts gelernt?

Die Nutzer nach einem Zwangs-Jugendpflege-Gesetz mehren sich. Vor einem Monat (in der Nummer vom 6. Juni) konnten wir mitteilen, daß der Deutsche Jugendbund eine Dittscheit an leitende Persönlichkeiten gerichtet hat, wonach alle Jugendlichen unter 18 Jahren zur Teilnahme an der bürgerlichen Jugendbewegung gezwungen werden sollen, weil diese trotz eifriger Werbetätigkeit und starker finanzieller Unterstützung die arbeitende Jugend nicht zu gewinnen vermöchte.

Dieser die staatsliche Jugendpflege diskreditierende Gedanke hat inzwischen neue Anhänger gefunden. Auf dem am letzten Sonntag in Heidelberg abgehaltenen Kongress des Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele ertönte ebenfalls der Schrei nach Einführung obligatorischen Spiel- und Turnunterrichts für Fortbildungsschüler. Und im „Scherischen Tag“ (Nr. 65) jammert Dr. Otto Kark über den positiven Widerstand einzelner (?) Lehrkräfte gegenüber der sogenannten Jugendpflege, der auf den Einfluß sozialdemokratischer Väter zurückzuführen sei. Der Herr weiß zu prophezeien, daß die Ablehnung der Jugendpflege durch die Sozialdemokratie dieser nur wenig nützen werde. Dem „die Gesetzgebung wird sich dieses wichtigen Zweiges der Jugendberziehung annehmen müssen“. Damit arbeite der Staat (der Herr versteht unter dem Begriff „Staat“ die herrschenden Klassen) der allgemeinen Wehrpflicht vor und erhöhe zugleich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des einzelnen, um das Bedürfnis der herrschenden Klassen nach willigen Soldaten und billigen Ausbeutungsobjekten zu befriedigen. Daß es den Herrschaften nicht auf die körperliche Ausbildung der Arbeiterjugend schlechthin ankommt, das beweist allein der unerbörte Kampf, der gegen die Arbeiterturnvereine und die proletarische Jugendbewegung von den Innungen, Polizei und Staatsanwalt geführt worden ist.

Schon dieser Kampf sollte den Nutzern nach einem neuen Ausnahmengesetz gegen die Bewegung des heranwachsenden Proletariats die Tatsache zum Bewußtsein gebracht haben, daß diese in den wirtschaftlichen Verhältnissen wurzelnde und von der Macht der Arbeiterorganisationen getragene Bewegung nicht mit einem Stück Papier aus der Welt geschafft werden kann. An Versuchen dieser Art hat's wohlrich nicht gefehlt. Man erinnere sich nur der Bestimmungen in den Lehrverträgen, wonach die Lehrlinge die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen verboten worden war. Trotz dieser allgemein eingeführten Bestimmungen ist die proletarische Jugendbewegung groß und stark geworden, vielmehr gerade deswegen. Dagegen mühen die Handwerksmeister es bald bereuen, ein solch zweischneidiges Schwert demut zu haben.

Die die „Arbeiter-Jugend“ mittelst, hat der Innungsausschuß der Stadt Weimar, der 13 Innungen mit rund 400 Mitgliedern umfaßt, das Großherzogliche Staatsministerium ersucht, die Genehmigung zu dem Beschluß der Handwerkskammer, nach dem den Lehrlingen, der Besuch politischer Versammlungen und solcher Vereinshäuser, die politischen Zwecken dienen, untersagt sein soll, zurückzuziehen. Die proletarische Jugendbewegung ist nämlich seit der Wirksamkeit jener Bestimmung in Weimar um das Doppelte gewachsen!

In diesem einen Falle könnten die Leute, die sich jetzt nach einem Zwangs-Jugendpflegegesetz die Rechten heißer schreien, lernen, wie zwecklos ihr Geschrei selbst dann ist, wenn es erhört werden sollte.

Soziales.

Ein Streit um die Auslegung des Buchbindertarifvertrages.

Beschäftigte gestern die Kammer des Berliner Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Magistratsrats Schulz. Als Kläger traten eine Reihe von Buchbindern auf, vertreten durch die Leiter der Zahlreiche Berlin des Deutschen Buchbinderverbandes H. Würzberger. Beklagte waren die Firmen Kaufmann u. Wed, Kirchner u. Schwedhelm und Bloch u. Co.

Zwischen der Vereinigung der Berliner Lederfabrikanten und dem Deutschen Buchbinderverband ist am 30. Juni 1911 ein Tarifvertrag für die Berliner Album-, Wappen- und Galanteriewarenindustrie abgeschlossen worden, der in seinem § 2 die Arbeitszeit an den Sonntagen und den Vorabenden gesetzlicher Feiertage auf 7½ Stunden festsetzt, während für die übrigen Tage der Woche die neunstündige Arbeitszeit gilt. In dem abgelaufenen Tarifvertrage war noch ausdrücklich bemerkt worden, daß dieser frühere Arbeitsvertrag ohne Lohnabzug zu gelten sei, während der neue Vertrag diese Klausel nicht enthält. Infolgedessen weigerten sich neben anderen Firmen auch die Beklagten, den Lohnabzug für diese Zeit, soweit es die Vorabende der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage betraf, zu bezahlen. Die angerufene Schlichtungskommission hat am 10. Januar 1912 entschieden, daß die wegfallenden Stunden nicht zu bezahlen sind. Das als Berufungsinang angerufenen Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts hob am 13. März 1912 diesen Spruch wieder auf und entschied, daß die an Vorabenden gesetzlicher Feiertage wegfallenden Stunden zu bezahlen sind. In der Begründung wird gesagt, daß zwar der neue Tarifvertrag nicht über die Bezahlung sage, aber im alten Tarifvertrage sei sie vorgesehen gewesen. Aus den Protokollen über die neuen Tarifverhandlungen gehe auch nicht hervor, daß über diesen Punkt Erörterungen gepflogen wurden. Deshalb sei anzunehmen, daß keine Partei eine Änderung in dieser Beziehung erstrebte. Der neue Tarif schreibe anßerdem auch vor, daß bestehende bessere Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen, eine Nichtbezahlung der wegfallenden Stunden, die nach dem alten Tarife vorgeschrieben war, wäre aber eine Verschlechterung.

Die Beklagten unterwarfen sich dem Spruche des Einigungsamtes nicht. Sie verweigerten nach wie vor die Zahlung und ließen es auf eine Entscheidung des Gewerbegerichts ankommen. Nach ihrer Meinung sei die Entscheidung des Einigungsamtes deshalb anfechtbar, weil dieses von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist. Es habe nicht beachtet, daß die Beklagten auch unter dem alten Tarif diese Zeit nicht bezahlt haben. Der Posten über Lohnabzug habe sich auch nur auf Wochenlöhner, nicht aber auf Stundenlöhner bezogen.

Der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz, sprach vor der Beratung seine Verwunderung darüber aus, daß gegen den Spruch des Einigungsamtes das Gewerbegericht angerufen werde. Mit Recht fragte er, wozu denn die Schlichtungskommission und das Einigungsamt bestehen, wenn eine Partei, deren Erwartungen nicht enttäuscht, den Spruch umzustoßen versucht. Eine derartige Aufassung sei sonderbar und gleiche derjenigen eines Prozeßführenden, der bis zum Reichsgericht klage und sich nachher doch weigere, zu bezahlen, weil nach seiner Ansicht das Reichsgericht falsch geurteilt habe.

Nach längerer Beratung fällt das Gericht das folgende Spruch: Die drei verflagten Firmen werden verurteilt, die an den Vorabenden gesetzlicher Feiertage wegfallenden Stunden dem Klagenantrag gemäß zu bezahlen. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß es sich umstrettig um Firmen handele, die sich dem abgeschlossenen Tarife angeschlossen haben. Für diese Firmen ist bei der in Frage kommenden Streitfrage die Entscheidung des Einigungsamtes bindend. Dieses habe entschieden, daß die an den Vorabenden der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage wegfallenden Arbeitsstunden wie nach dem alten Tarif zu bezahlen sind. In der Begründung sei das Einigungsamt davon ausgegangen, daß diese Zeit früher bezahlt worden sei. Diese Auffassung hat das Gewerbegericht nach sorgfältiger Prüfung für die richtige gehalten.

Gewerkchaftliches.

Wie die Arbeitgeber neuerdings die Christlichen einschätzen!

Einen feinen Plan hat die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ ausgeheckt. In ihrer Angst, daß die nunmehr endgültig beschlossene gewerkchaftlich-gewerkschaftliche „Volksversicherung“ zu einer neuen Stärkung und Kräftigung der verhassten und gefürchteten freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen führen wird, schlägt sie vor, eine Konkurrenz aufzumachen: Christliche und Gelbe sollen gemeinsam unter dem Patronat der Herren Arbeitgeber ebenfalls eine Volksversicherung ins Leben rufen.

Am liebsten möchte natürlich auch der Artikelsschreiber in der „Arbeitgeber-Zeitung“, daß das kaiserliche Aufsichtsammt für Privatversicherung dem Plan der freien Gewerkschaften und des Zentralverbandes der deutschen Genossenschaften einen Strich durch die Rechnung mache. Dann würde man die Kräftigung der gewerkchaftlichen Bewegung hintanhaltend und könnte gleichzeitig den beiden großen Versicherungsgesellschaften, der „Victoria“ und der „Friedrich Wilhelm“, die heute in „Volksversicherung“ machen, ihre Millionenprofite sichern. Aber der Herr sieht doch ein, daß es auf diesem Wege nicht gehen wird; denn die „roten Genossen“ werden schlau genug sein, sich keine „formalen Verstöße“ zuschulden kommen zu lassen, die ein Einschreiten der Aufsichtsbehörde angängig machen würden. So geht es also nicht. Deshalb rückt er mit seinem entzückenden Plan der christlich-gelben Konkurrenz heraus.

Es gab eine Zeit — und sie ist noch gar nicht so ferne —, da warf das Scharfmachertum mit Vorliebe „freie“ und „christliche“ Gewerkschaften in einen Topf. Wir kennen zum Beispiel Dutzende von Fabrikverlassen, in denen die Maßregelung aller organisierten Arbeiter angedroht wurde, ohne Rücksicht darauf, ob ihre Organisationen „frei“ oder „christlich“ hießen. Und sogar im schwarzen München-Blablabla schätzte man die Christen also ein. Inzwischen haben sich aber die Herren eines Besseren belehren lassen. Der Bergarbeiterstreik und die dabei bewiesenen treuen Streikbrecherdienste der Christlichen haben das übrig dazu getan, sie in der Achtung des Unternehmertums gewaltig steigen zu lassen. Nun trägt man schon kein Bedenken mehr, sie mit den Gelben auf eine Linie zu stellen.

Sie haben es verdient, die Giesberts, Behrens und Genossen! Wer weiß, ob sie nicht auch wirklich mitmachen? Der Haß gegen die „Freien“ hat ja schon längst bei ihnen jede ruhige Überlegung verdrängt. Die Angst vor der „roten“ Konkurrenz hat sie ja schon hundertfach zu Schritten veranlaßt, die alles, nur nicht im Interesse der Arbeiterbewegung waren. Wir halten es gar nicht für ausgeschlossen, daß sie den Rat der „Arbeitgeberzeitung“ befolgen und mit den Gelben gemeinschaftlich eine besondere „Volksversicherung“ gründen.

Uns könnte es nebenbei nur recht sein. Die freigewerkchaftlich-gewerkschaftliche Volksversicherung würde deshalb doch blühen und gedeihen. Die Zusammenarbeit mit den Gelben und dem Scharfmachertum aber würde bei allen anständigen Arbeiterelementen die Christlichen um den Rest ihres Credits bringen.

In jedem Falle darf man gespannt sein, wie sie auf den Vorschlag des Scharfmachersorgans reagieren werden. Wie schließlich die Reaktion auch ausfällt: Gezeichnet sind sie auf immer! Die Thyllen, Stinnes usw. kennen ihre Pappenhäuser. Wenn einer der ihrigen einen solchen Vorschlag machen kann, wie ihn in ihrer letzten Nummer die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.“ gemacht hat, so genügt das für jeden Stundigen. Gelbe und Christliche Hand in Hand: das Bild von so kompetenter Seite einmal gezeichnet, wird so leicht nicht wieder den Augen der deutschen Arbeiter entschwinden.

Berlin und Umgegend.

Eine Lohnbewegung der Fleischer.

Unter den Fleischern in Berlin ist seit einiger Zeit das Verlangen nach einer allgemeinen Lohnbewegung laut geworden. Die schlechten Arbeitsverhältnisse, unter denen die Fleischer leiden müssen, haben die Aufzuredenheit weit verbreitet, und die im Zentralverbande organisierten Gesellen hegen große Hoffnungen auf eine allgemeine Lohnbewegung. In Vertrauensmännerversammlungen beschloß man sich vielfach mit der bestehenden Lage und wünschte ein energisches Vorgehen der Verbandleitung, die solchen Wünschen gegenüber eine gewisse Zurückhaltung bewahrte, und zwar aus wohlverstandenen Gründen, wie Paul Bergmann in einer Mitgliederversammlung am Mittwochabend ausführlich darlegte. Die Versammlung fand in den „Rustlerkellern“ statt, war recht gut besucht und hörte zunächst einen Vortrag von Dr. Kurt Moserfeld über „Das Koalitionsrecht und seine Gegner“, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Dann referierte Bergmann über die Stellungnahme des Vorstandes zu der angeregten Lohnbewegung. Er wies mit Nachdruck alle Vorwürfe gegen den Vorstand zurück und erklärte, daß die Leitung nur aus tatsächlichen Gründen und nach sorgfältiger Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse, sowie in dem Gefühl ihrer Verantwortlichkeit der Mitgliedschaft gegenüber den Vorschlag bekämpfen müsse, eine Lohnbewegung für ganz Berlin zu eröffnen. Dagegen sei die Leitung zu einer teilweisen Bewegung gern bereit, wo immer die Verhältnisse einen baldigen Erfolg bereithielten. Die innere Berechtigung für eine Lohnbewegung sei unüberkennbar vorhanden; aber ein allgemeines Vorgehen sei zurzeit noch nicht geboten. — Nach einer längeren Diskussion über Bergmanns Referat beschloß die Versammlung, daß in Berlin mit einer Lohnbewegung bezirkweise vorgegangen werden solle. Die nötigen Vorbereitungen zu treffen, wird Aufgabe einer Kommission von fünf Mitgliedern sein, die sofort von der Versammlung eingesetzt wurde, und die in der nächsten Versammlung schon einen Bericht über die unternommenen Schritte erstatten soll.

Achtung, Friseurgehilfen! Wegen Tarifschutz für Verbandsmitglieder gesperrt: Oehl, Sparrstr. 18, Raegelin, Landsberger Allee 148. Die neue gültige Kontrollkarte ist weiß mit rotem Rand. Der Monat Juli muß getempelt sein. Verband der Friseurgehilfen.

Brüggelzonen im Ausschank der Brauerei Friedrichshagen.

Zwischen dem Dekanomen des Brauereiausshanks Friedrichshagen und dem Verbands der Gastwirtschaften bestehen Differenzen, über die wir schon wiederholt berichtet haben. Die Zwistigkeiten haben leider durch das Verhalten der Arbeitswilligen und des Dekanomen eine unangenehme Zuspitzung erfahren. Als Angehöriger des Verbandes der Gastwirtschaften im Lokale aufstrebende Flugblätter über den Stand der Dinge verbreiteten, wurden sie von den Arbeitswilligen in den Saal geschleift und dort mißhandelt. Weber verhinderte der Dekanome Herr Wäntner dies, noch fanden die Mißhandlungen Schutz bei einem anwesenden Gendarmen oder dem hinzugelommenen Schutzmann Nr. 6. Ob solche Dinge geeignet sind, das Publikum für Herrn Dekanomen Wäntner und seine Arbeitswilligen zu begeistern, erscheint uns mindestens fraglich. Die **Verantw.** Redakteur: Albert Bachs, Berlin. Inseratenteil veranm.

Differenzen spitzen sich durch solche Vorkommnisse nur zu und die Gastwirtschaften werden durch sie angespornt, den Kampf mit größerer Schärfe als je zuvor zu führen.

Deutsches Reich.

Der unrühmlich bekannte Heinrichsbrief

macht den christlichen Herrschaften viel Kopfschmerzen. Der einst dazu ausersehen war, wie eine Bombe zu wirken, kehrt sich jetzt gegen seine Urheber. Als das Schöffengericht in Essen, das von Herrn Imbusch selbst in Anspruch genommen war, gegen den Genossen Bierenkämper wegen Verleumdung verhandeln sollte, lehnte er das selbstangerufene Gericht als besangen ab. Das Gericht hatte sich in einem vorher gegen Imbusch verhandelnden Verleumdungsprozess auf den Standpunkt gestellt, daß Herr Vogelmann, Mitglied des Vorstandes des Gewerkschaftsvereins, als Schreiber angesehen werden könne, es hätte festgestellt, daß dieser bei der Abgabe von Schriftproben vor Gericht seine Handschrift verstellte. Das war eine bittere Pille! Die Beschluszkammer des Landgerichts Essen hat nunmehr den Ablehnungsantrag abgelehnt.

Gegen das Koalitionsrecht der Straßenbahner.

Der Lübecker Straßenbahnbahnhöfische war es nicht ein großer Dorn im Auge, daß ein Teil der bei ihr beschäftigten Straßenbahngestellten dem Deutschen Transportarbeiterverband angehörte. Angesichts der niedrigen Gehälter, die im Betriebe bezahlt werden — 3,40 M. Lohngeld für die Führer, ohne Vergütung der freien Tage, 3,80 M. täglich für die Schaffner als Anfangsgehalt — glaubte die Behörde wohl, Grund zu der Annahme zu haben, daß eines Tages die Leute kommen würden und einen angemessenen Lohn fordern würden. Dem suchte sie zuvorzukommen durch einen Erlaß, der die Organisation der Straßenbahner zertrennen soll:

Bekanntmachung.

In gegebener Veranlassung machen wir darauf aufmerksam, daß den Angestellten der Lübecker Straßenbahn jede Zugehörigkeit zu einem Verbandsverband, wie z. B. dem Transportarbeiterverband, dem Straßenbahner-Organisation und ähnlichen Verbänden untersagt ist. Die Angestellten haben durch die Unterschrift des Anstellungsvertrages diese Verpflichtung ausdrücklich anerkannt. Ein Verstoß gegen dieses Verbot ist ein Vertragsbruch und wird als solcher behandelt werden, d. h. es wird sofortige Entlassung unter Verfall der Kaution erfolgen.

Lübeck, den 25. Juni 1912.

Lübecker Straßenbahnbetriebsverwaltung.

Auf diese Weise glaubt man, die Straßenbahner völlig wehrlos machen zu können. Nicht nur Entlassung, sondern auch der Verfall der mühsam zusammengebrachten Kaution in Höhe von 150 M. soll erfolgen, wenn ein Straßenbahner von dem ihm geschuldeten Koalitionsrecht Gebrauch macht. Gegen dieses ungewöhnliche Vorgehen einer Behörde wandte sich Genosse Stelling, der Vorsitzende der Lübecker Transportarbeiter, in der Dienstadt der Lübecker Bürgerschaft in scharfer Weise. Der Senat wußte auf die Angriffe Stellings nichts zu erwidern, sondern behauptete nur, daß die Behörde zu ihrem Vorgehen berechtigt sei. Interessant war auch die Tatsache, daß unser Genosse Stelling, der doch auch Bürgerschaftsmitglied ist, von den verschiedensten Seiten, u. a. auch von dem Polizeikommissar Lippert, beobachtet wird, ob er sich gelegentlich mit Führern der Straßenbahn unterhält. Die gehässige Antwort auf ein derartiges Verhalten blieb selbstverständlich nicht aus. Nichtsdestoweniger ist diese Verfolgung eines Mitgliedes der Lübecker Bürgerschaft geradezu beschämend für ihre Urheber. Bei der bürgerlichen Mehrheit der Lübecker Bürgerschaft, die zum großen Teil aus Liberalen besteht, fanden die Straßenbahner natürlich keinerlei Unterstützung.

Der Streik der Kellner im Café Bauer in Karlsruhe ist beendet. Nachdem eine Verständigung zwischen der Organisation und dem Unternehmer erzielt ist, sind sämtliche Kellner wieder eingestellt worden.

Die Tischlerinnungsmeister und der Arbeitswilligenschutz.

Der Bund deutscher Tischlerinnungen, der am Montag und Dienstag in Kiel seinen 20. Jahrestag abhielt, hat sich auch mit der Frage des Arbeitswilligenschutzes beschäftigt. Er beschloß nach einem Referat des in Hagenow durchgefallenen Tischlermeisters Pauli, den Gesamtantrag der vereinigten Innungsverbände Deutschlands zu eruchen, daß er den ihm vom Hansabunde übermittelten Entwurf zum Schutze der Arbeitswilligen dem Bundesrat als Material überweise, mit der Maßgabe, daß das Streikpostenstreichen und das Boykottieren Einzelner von ganzen Erwerbsständen gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt wird. Der Tischlerkongress fordert weiter, daß überall die Errichtung von Innungskassen erstrebt werden müsse, weil die Krisenklassen in sozialdemokratischen Händen seien.

Ausland.

Der Streik in den französischen Häfen.

In Havre beschloßen die Holzfäller, Segler, Kohlenverlader, Dodarbeiter und Hilfsangehörigen, insgesamt 2600 Mann, sich mit dem Streik der Seeleute solidarisch zu erklären und die Arbeit niederzuliegen. Auch in Marseille erklärten die Doder den Generalstreik. Sie haben den eingeschriebenen Seeleuten ihre völlige Solidarität zugesichert und sich verpflichtet, die Arbeit erst wieder aufzunehmen, wenn die Dodarbeiter und die eingeschriebenen Seeleute Genußnahme erhalten. Die eingeschriebenen Seeleute verpflichteten sich gleichfalls, die Arbeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Dodarbeiter und die eingeschriebenen Seeleute es auf Grund eines gemeinsamen Abkommens beschlossen haben werden.

Aus der Frauenbewegung.

Säuglingspflege.

Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und zur Heranziehung eines gesunden Nachwuchses gehört neben dem Verständnis der sozialen Geminnisse auch die Kenntnis der individuellen Kinderpflege. In den letzten Jahrzehnten hat die medizinische Wissenschaft sich eingehend mit den Bedingungen der gesunden Entwicklung des Kindes beschäftigt. Mit manchem Schlandrian in der Kinderstube muß infolgedessen gebrochen werden. Das Kaiserin-Auguste-Victoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat nun den richtigen Gedanken verwirklicht, daß die Belehrung nicht erst bei der Mutter, sondern schon beim Kinde anfangen müsse. In seinem Auftrage hat Antonie Jermer eine „Säuglingspflegebibel“ verfaßt. Der Direktor des Hauses, Professor Langstein, schreibt dazu im Vorwort: „Die Belehrung, die die Frau als Mutter empfängt, kommt meist zu spät; die Mutter, die für die Mutterschaft nicht festgefülltes Wissen über Kinderpflege mitbringt, wird ein Spielball von Aberglauben, Ueberlieferung unrichtiger und schädlicher Gebräuche, beeinflussbar von

* Säuglingspflegebibel von Schwester Antonie Jermer. Mit einem Vorwort von Professor Dr. Leo Langstein und 42 Abbildungen nach Photographien. Verlag von Julius Springer in Berlin. (72 Seiten.) Einzelpreis 90 Pf. Bei Abnahme von mindestens 20 Exemplaren 80 Pf., von mindestens 50 Exemplaren 70 Pf., von mindestens 100 Exemplaren 60 Pf. **Verlag.** Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

dem unverständigen Rat. Und so kommt es, daß ein nicht kleiner Teil der Säuglinge an der Unwissenheit seiner Mutter zugrunde geht, ein anderer krank wird und niemals volle körperliche und geistige Leistungsfähigkeit im Leben erreicht. Dem kann meines Erachtens nur gesteuert werden, wenn im Schulalter bereits dieser wichtige Zweig der Volksgesundheit gelehrt wird, dessen Vernachlässigung das Deutsche Reich jährlich fast eine halbe Million Menschen kostet. Schon das Kind soll sich Kenntnisse von der Säuglingspflege erwerben, das heranwachsende Mädchen weiterbauen auf dem, was es als Kind aus der Bibel gelernt hat.“

In kurzen Fragen und Antworten wird gelehrt, wie die älteren Kinder ihre kleinen Geschwister besorgen, sie kleiden, betten, halten, kurz ihnen helfen sollen. Die Sprache ist klar und leicht faßlich und wird außerdem durch eine Reihe guter, instruktiver Abbildungen erläutert. Das Buch ist auch für Mütter zur Lektüre sehr geeignet. Für Proletarierinnen störend wirkt die Verbeugung vor der „gütigen Landesmutter“ im Vorwort. Der einzige Fehler des empfehlenswerten Büchleins ist sein zu hoher Preis (90 Pfennig). Der weiten Verbreitung unter Kindern und Müttern, die wir ihm dringend wünschen, wird dadurch Abbruch getan werden.

Die Landtagsabgeordnetein.

Der böhmische Landesausschuß beschloß, die Wahl der in den Landtag gewählten Frau Bil-Kunzele einer besonderen Landtagskommission zuzuwenden, um die Frage des passiven Frauenwahlrechts prinzipiell zu lösen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, Führung durch die Sezeßion, Aurfürstendamm 208/209. Billetts a 25 Pf. daselbst bei den Vorstandsmitgliedern.

Letzte Nachrichten.

Die deutschen Kompensationen in Afrika.

Paris, 4. Juli. (B. Z. V.) „Siecle“ will mitteilen können, daß die in Bern tagende deutsch-französische Kongo-Kamerun-Kommission die Grenzlinien zwischen französisch- und Deutsch-Kongo festgesetzt habe, über die Arbeitsmethode der französisch-deutschen Grenzbestimmungskommission einige gemordet sei und beschlossen habe, daß die Gebietsübergabe ohne jede Zeremonie erfolgen werde. Die Deutschen würden einfach ihre Truppen oder ihre Kolonialbeamten in die neu erworbenen Gebiete schicken. Die Umgestaltung der französischen Konzeptionsgesellschaften in deutsche werde die Lösung von heiklen juristischen Fragen notwendig machen, doch glaube man, daß es möglich sein werde, ein die beiderseitigen Interessen schonendes Uebergangsregime zu finden. Unter diesen Umständen sei es möglich, daß man das Verständigungsprotokoll bereits im Laufe der nächsten Woche werde unterzeichnen können.

Aus dem österreichischen Parlament.

Wien, 4. Juli. (B. Z. V.) Das Abgeordnetenhaus erledigte eine Reihe von Gesetzentwürfen und Anträgen. Am Schluß der Sitzung beantragte der Sozialdemokrat Adler, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung unter anderem den Bericht des Sanitätsausschusses über Epidemien zu stellen. Der Antrag wurde mit 74 gegen 70 Stimmen angenommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Ruthenen stimmten gegen den Antrag. Der polnische Sozialdemokrat Keger machte in einem beleidigenden polnischen Jurist den Ruthenen Vorwürfe wegen ihrer Haltung bei der Abstimmung, worauf der Ruthene Petrich mit erhobenen Fäusten auf Keger kürzen wollte. Er wurde von mehreren Abgeordneten mit Mühe zurückgehalten. Der Vizepräsident Bernerstorfer schloß die Sitzung unter großer Erregung und großem Lärm, der noch längere Zeit andauerte.

Englands Verteidigungsmassnahmen.

London, 4. Juli. (B. Z. V.) Das Reichsverteidigungskomitee hat heute eine bedeutsame Sitzung abgehalten. Das Komitee war zusammengesetzt aus einer Anzahl Minister einschließlich Lord Haldanes und einer Anzahl höherer Offiziere der Marine und der Armee. Die Sitzung dauerte fast den ganzen Tag. Die Verhandlungen werden geheim gehalten, aber es wird angenommen, daß die Flottenpolitik, insbesondere im mittelländischen Meer, Gegenstand der Beratung war. Die Beschlüsse des Komitees müssen vom Kabinett ratifiziert werden.

Der kanadische Premierminister Borden ist mit dem gesamten kanadischen Kabinett hier eingetroffen, um mit der Reichsregierung über die Reichsverteidigung zu beraten.

Der marokkanische Gegenstand.

Paris, 4. Juli. (B. Z. V.) Aus Tanger wird gemeldet: Der neue Moggi (Präsident), der unter den Uerga-Stämmen den heiligen Krieg predigt, hat sich bei dem Nigata-Stamm, etwa 50 Kilometer nördlich von Fes, niedergelassen. Eine Anzahl Deserteur der scharifischen Armee haben sich ihm angeschlossen. Sein Einfluß nimmt unter den Stämmen in der Gegend von Fes und Tanger zu.

Vorussisches aus Frankreich.

Paris, 4. Juli. (B. Z. V.) Das Polizeigericht von Lens verurteilte den Erzbischof Chesnelong wegen „Schaustellung aufrührerischer Abzeichen“ zu sechs Frank Geldbusse, weil er aus Anlaß des Jeanne d'Arc-Festes sechs päpstliche Fahnen gezeigt hatte.

Der endlose Bürgerkrieg in Mexiko.

Mexiko, 4. Juli. (B. Z. V.) Die Streitkräfte der Rebellen, die General Querta bei Vadimba geschlagen hat, haben sich unter dem Befehl des Generals Del Zorro nach Norden zurückgezogen und dort neue, stark befestigte Stellungen eingenommen. Ein neuer Zusammenstoß der Regierungstruppen mit den Rebellen wird schon in den nächsten Tagen erwartet, da General Querta mit einem entscheidenden Schloge die Rebellion niederzuerwerfen hofft. Auf beiden Seiten herrscht gewaltige Erbitterung.

Eisenbahnkatastrophe im Staate New York.

New York, 4. Juli. (B. Z. V.) Die Katastrophe bei Corning ist noch umfangreicher als die ersten Nachrichten erkennen ließen. Der Loksalug, in den der Schnellzug hineinfuhr, war vollgeproppert mit Ausflüglern, die anlässlich des heutigen Unabhängigkeitstages, des amerikanischen Nationalfeiertages, sich zu den Festplätzen in der Umgebung von Corning begeben wollten. Der Expresszug fuhr etwa drei Kilometer vor der Station in der Loksalug hinein. Es dauerte Stundenlang, bis Hilfe am Plage war. Die meisten der Schwerverletzten, die zwischen den Trümmern festgeklemmt waren, starben, bevor ihnen Hilfe zuteil wurde. Die Gesamtzahl der Getöteten beläuft sich auf

87 Personen, unter denen sich auch zahlreiche Frauen und Kinder befanden. (Siehe auch unter „Aus aller Welt“.) **Paul Singer & Co., Berlin SW.** Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Parteiausschuß, Kontrollkommission und Fraktionsvertretung.

Von G. Ledebour.

Während Parteivorstand und Reorganisationskommission eine Veränderung in der Zusammensetzung des Parteivorstandes für völlig überflüssig halten, glauben sie dem Bedürfnis nach Stärkung des politischen Elements in der Parteileitung dadurch Rechnung tragen zu können, daß sie die Einsetzung einer neuen Körperschaft, des Partiausschusses, vorsehen haben.

Bei wichtigen, die Gesamtpartei berührenden Fragen hat der Parteivorstand die Vorstände der Bezirke, oder Landesorganisationsleitungen gütlichlich zu hören oder eine Konferenz ihrer Vertreter zu veranstalten.

Zunächst hat es den Anschein, als ob durch diese neue Einrichtung die politische Aktionsfähigkeit des Parteivorstandes erhöht werden könnte. Das ist aber ein Trugschluß. Um politische Aktionen im gegebenen Moment mit entscheidender Energie durchführen zu können, genügt es für eine Körperschaft nicht, daß sie in der Regel nur alle Vierteljahre einmal zusammentritt.

Wesentlich ist auch der für den Partiausschuß geplante Wahlmodus. Er würde der landsmannschaftlichen Zersplitterung Vorzuch leisten, die sonst schon recht bedenkliche Erscheinungen zum Beispiel in den süddeutschen Staaten gezeitigt hat.

Kleines feuilleton

Hebbel und die Wiener Zensur. Von Hebbels Drama „Maria Magdalena“ hat das Wiener Hofburg-Schauspiel eine bisher unbekannt Theaterbearbeitung entdeckt.

Die Professor A. M. Werner, der Herausgeber der Hebbelschen Jubiläumsausgabe des näheren nachweist, hat Hebbel das schon an verschiedenen Bühnen aufgeführte Stück, um es dem Grafen v. Dietrichstein zu hochgeneigter Verächtlichkeit für das Hofburgtheater mundgerecht zu machen, unbarbarisch verschnitten.

Was verändert ist der Schluß. Meister Anton fügt sich ohne Selbsterdgedanken ins Unabwendbare und entläßt seine künftliche naive Natur. Dieser gemilderte Schluß sollte den künftlichen Publikum, deren Unverständnis Julian Schmidt in einem hochhaften „Grenzboten“-Ausflug gezeigt hatte, entgegenkommen.

Das Martyrium, daß sich Hebbel auferlegt hatte, war umsonst gewesen.

Zur Luftschiff über den Atlantischen Ozean? Die Katastrophe des Luftschiffes „Atlan“ und das Ende des Ingenieurs Ganiman haben die Frage nach der Möglichkeit der Kreuzung des Atlantischen Ozeans im leichten Luftschiff um so mehr wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, als bekanntlich von deutscher Seite ernsthaft der Versuch geplant ist, im Ballon von Teneriffa nach den westindischen Inseln zu gelangen.

Ganiman ist der zweite, der bei einem solchen Versuche Piaslo erlitten hat, und sein unglückliches Geschick erinnert an den ersten Versuch seines Landmannes Wellman, dessen Begleiter Ganiman auf jener ein wenig dilettantischen Fahrt im Oktober des Jahres 1910 gewesen war, bei der die Fahrtteilnehmer gerade noch das nackte Leben retten konnten, während das Luftschiff den Stürmen und Fluten preisgegeben werden mußte.

Sollte wirklich die Mehrheit des Parteitag sich für den Partiausschuß entscheiden, so müßte der Kommissionsentwurf mindestens dahin verbessert werden, daß die Vertretung darin nach der Zahl der organisierten Genossen geregelt wird, daß also auf etwa 20 000 oder 30 000 organisierte Parteimitglieder ein Ausschußmitglied zu wählen wäre.

Beil nun der Ausschuß an sich eine höchst ansehnliche Einrichtung ist, nicht minder aber auch das vorgeschlagene Wahlverfahren Bedenken erweckt, muß entschieden Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß der Versuch gemacht wird, auf Umwegen, ehe noch der Parteitag gesprochen hat, die Durchführung des Vorstandesplans sicherzustellen.

Für den diesjährigen Parteitag sollen bereits Vorschläge gemacht werden, damit die Wahl der Partiausschußmitglieder auf dem Parteitag erfolgen kann für den Fall, daß der Parteitag die vorgeschlagenen Veränderungen beschließt.

Sind einmal in den sämtlichen 29 Bezirken, in die der Parteivorstand jetzt das Reich zerlegt hat, die 33 Kandidaten gewählt, so ist es natürlich so gut wie sicher, daß sich dann auch auf dem Parteitag eine Mehrheit nicht nur für diese Bezirksteilung, sondern auch für das gesamte Wahlverfahren nach Landsmannschaften zusammenfinden wird.

Dieser Vorschlag, der darauf hinausläuft, auf Umwegen dem Vorstandesplan von vornherein die Durchführung zu sichern, berührt aber um so unangenehmer, da es sich bei der Frage, ob Erweiterung des Vorstandes oder Einsetzung des Partiausschusses, um den Kern der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei handelt.

Auch die Neuordnung der Stellung der Kontrollkommission fordert den Widerspruch heraus. Durch die vorgeschlagene Änderung wird die Stellung der Kontrollkommission gegenüber dem Parteivorstand nicht gestärkt, sondern geschwächt. Denn während bisher die Kontrollkommission zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand zu wirken hat, will der Entwurf dieses ganz allgemeine, also auch politische Kontrollrecht beschränken auf die Kontrolle der Verwaltungsbeschlüsse des Parteivorstandes sowie auf Beschwerden auf Grund des § 17 oder § 19 des Statuts.

Aus diesen Ausführungen geht wohl zur Genüge hervor, daß die Funktionen des Vorstandes, der Kontrollkommission und des neu geplanten Partiausschusses in einem engen Zusammenhang miteinander stehen, sich gegenseitig bedingen und deshalb auch gegeneinander abzuwägen werden müssen.

man die projektierte deutsche Ozeanfahrt des Ballons „Suchard“ keineswegs angetreten werden. Ursprünglich für das Frühjahr 1912 geplant, ist die Expedition über das Weltmeer auf das Jahr 1913 verschoben worden, weil man nur unter den günstigsten aeronautischen und meteorologischen Verhältnissen die Fahrt unternehmen will.

Die Schwierigkeit bei einem solchen Unternehmen beruht einmal auf der Unmöglichkeit, während der Fahrt von außen her Hilfe heranzuholen, sofern sich an dem Luftfahrzeug aus irgendeinem Grunde ein Defekt einstellt, dann in dem noch zu geringen Aktionsradius unserer leichten Luftschiffe. Das Wasser hat keine Landungsplätze und keine Luftschiffballen, in die sich der Ozeanflieger im Falle einer Havarie zurückziehen kann; befindet sich das Luftschiff einmal über dem Meere, so muß es auch fähig sein, die weite Reise, wie man im Sportjargon sagen würde, „durchzustehen“.

Man kann unter diesen Umständen nicht anders sagen, als daß auch die geplante Ozeanfahrt des „Suchard“ ein Wagnis darstellt. Nun sind allerdings ohne Wagenart große Ziele nicht zu erreichen; es fragt sich nur, ob eine Ueberstiehung des Atlantik im Luftschiff überhaupt als ein „großes Ziel“ zu betrachten ist. Praktischen Wert kann aus dem gelungenen Unternehmen auf absehbare Zeit hinaus nicht ausgesprochen werden; es kommt hinzu, daß nach dem Urteil der bedeutendsten Meteorologen die Ueberstiehung des Atlantischen Ozeans nur dann Aussicht auf günstiges Gelingen verspricht, wenn sie mit Hilfe des im Frühjahr im subtropischen Nordatlantik regelmäßig wehenden Nordostpassats unternommen wird.

Wäre ein Luftschiff für die Ueberquerung des Ozeans genügend Vortriebsstoff mitführen können, so wäre das Gelingen weit eher zu erwarten, als unter dem derzeitigen Aktionsradius, der immer noch viel zu gering für die weite Fahrt ist. So kann der Ballon „Suchard“ nicht annähernd so viel Benzin an Bord nehmen, als für die Ueberquerung des Atlantik erforderlich ist. Aus diesem Grunde soll eben das Luftschiff wie ein Freiballon vom Passatwind mit dessen sieben Meter betragender Sekundengeschwindigkeit getrieben werden. Die Wirtnahme von 8000 Litern Benzin ist vorgesehen; mit diesem Quantum können aber die beiden Motoren keineswegs dauernd arbeiten. Seht alles gut, so mag, was gewiß zu wünschen wäre, der Erfolg nicht ausbleiben. Aber erst wenn es ein Luftschiff gibt, dessen Aktionsradius die Ueberquerung des Atlantik ohne Rücksicht auf die Windrichtung ermöglicht, wird man von einer befriedigenden Lösung des Problems sprechen können.

durch die Art und Weise, wie der Partiausschuß gebildet werden soll, die landsmannschaftlichen Tendenzen in der Partei mehr noch, als es bisher schon der Fall ist, gefördert werden. 5. daß die durchaus im Interesse einer prinzipiellen Führung der Parteigeschäfte wirkende Kontrollkommission im Einfluß und Geltungsbereich geschnitten würde.

Demgegenüber hätten die hier skizzierten Vorschläge den Vorschlag: 1. dem bürokratischen Element im Vorstand sein gegenwärtiges Zweidrittelübergewicht zu nehmen und seinen Einfluß auf ein erträgliches Maß zu beschränken, 2. den Vorstand durch die Vermehrung um eine größere Zahl vom Parteitag direkt zu wählen, der Beisitzer aus den in verschiedenartigen Wirkungsbereichen tätigen Genossen und Genossen intellektuell und politisch zu bereichern und ihn aktionsfähiger zu machen, 3. die Verantwortlichkeit des Vorstandes als einer einheitlichen Körperschaft ungeteilt zu erhalten und dadurch das Verantwortlichkeitsgefühl zu stärken, 4. die Kontrollkommission als politische Aufsichtsinstanz zu erhalten und für ihre Tätigkeit zu stärken; schließlich 5. den landsmannschaftlichen Einflüssen in den Zusammenkünften der Bezirksvertreter ein völlig hinreichendes Betätigungsfeld zu sichern.

Es bleibt nun noch die Frage der Fraktionsvertretung auf den Parteitagen zu erörtern. Gegenwärtig hat jedes Mitglied der Reichstagsfraktion wie jedes Mitglied des Vorstandes oder der Kontrollkommission das Recht, auf dem Parteitag zu erscheinen; sein Stimmrecht ruht nur bei der Abstimmung über Reichstagsangelegenheiten. Der Entwurf schlägt vor, die Vertretung der Fraktion auf ein Drittel ihrer Mitgliederzahl zu beschränken. Der Grund ist der, daß die Zahl zu groß wird für die Parteitage. 110 Reichstagsabgeordnete sind allerdings eine Zahl, die auf dem Parteitag stark ins Gewicht fällt, selbst wenn, was zu erwarten ist, sich die Zahl der Delegierten mit der wachsenden Zahl der organisierten Genossen gleichfalls stetig vermehrt.

Run ist indes von anderer Seite schon mit Recht darauf hingewiesen worden, daß der Reduktionsvorschlag überflüssig, wie notwendig andererseits das möglichst vollständige Erscheinen der Fraktionsmitglieder auf den Parteitagen ist, weil die Parteitage ja keineswegs etwa nur Zusammenkünfte zu geschäftlichen Zwecken sind, sondern in erster Linie und in der Hauptsache der Partei die politische Direktive geben sollen. Da müßten aber alle Reichstagsabgeordnete zur Stelle sein, da sie ja die politischen Aufträge der Partei auszuführen haben und über die Wahrnehmung ihrer Mandate nicht nur insgesamt, sondern auch jeder einzelne für sich, der Partei Rechenschaft schuldig sind. Das Band zwischen den Reichstagsabgeordneten und der Partei würde bedenklich gelockert werden, wenn ein Teil von ihnen nicht zu erscheinen brauchte. Sie können sich zwar in ihren Kreisen um Mandate bewerben, berauben aber damit gerade in keinen Kreisen andere Genossen der Möglichkeit, an den Parteitagen teilzunehmen. Auch die Notwendigkeit, innerhalb der Fraktion durch Wahl die Fraktionsvertreter zu bestimmen, hat viel Mithiges; sie würde eine Quelle von Unannehmlichkeiten werden.

Run bietet sich aber ein Ausweg, der die Spitze des übermäßigen Einflusses der Fraktion bei den Abstimmungen umschiffen. Es könnte den Reichstagsabgeordneten die Berechtigung zur Teilnahme an den Parteitagen in vollem Umfange belassen werden, sie bräuchten aber kein Stimmrecht zu haben. Natürlich müßte dann auch den Mitgliedern der übrigen Körperschaften, das heißt zur vollen Teilnahme an den Parteitagen berechtigt sind, das Stimmrecht genommen werden, also dem Vorstand, der Kontrollkommission und eventuell dem Ausschuß, wenn der eingelegt werden sollte. Beraten und Anträge zu stellen, stände nach wie vor jedem Teilnehmer frei, abzustimmen hätten jedoch nur die Delegierten. . . .

Der Schapiroprozeß.

Darmstadt, 4. Juli. (Privattelegramm d. „Vorwärts“.)

In der heutigen Sitzung nahm zunächst der Vertreter der Nebenklägerin, Polizeioffizientin Schapiro, Rechtsanwalt Dr. Löwenberg das Wort, um nach einer Schilderung des Mißtaus, in dem sich die in den einzelnen Fällen vernommenen Mädchen bewegten, auf die Tätigkeit der Polizeioffizientin näher einzugehen. Nach ihm sprach der Vertreter des Nebenklägers Weigeordneten Berndt.

Humor und Satire.

Ljgow im Kientopp.

Am Mittwoch eine kinematographische Aufnahme zu dem vaterländischen Film Theodor Körner gemacht. 450 Personen, Berliner Schauspieler und Schauspielerinnen sowie einige Schwabronen Gardebrigaden, teils als Franzosen, teils als Rühmer verkleidet, wirkten mit. Es wurde die Veränderung eines Dorfes durch Franzosen und ein Angriff der Rühmer markiert.

Was glänzt dort am Walde im Sonnenschein?

Hör's näher und näher brausen. Es zieht sich hinunter in düsteren Reihn Und gelbende Höner erschallen daren. — Ach Leute, laßt euch nicht grausen! Denn wenn ihr die schwarzen Gefellen fragt: — Das ist fürs Kino 'ne Komödienjagd.

Als welche Chasseurs und Husaren gar hunt Galoppieren Gardebrigaden. Sie mimen den Erbfeind, den bösen Hund, Sie reiten die Bauern in Klump und in Grund — Vermummte Kullissenbewohner. Und wenn ihr der Komödie Sinn esragt: Das ist fürs Kino 'ne patriotische Jagd.

Und nun sprengen Ljgowsche Jäger herbei — Verkleidete Gardereiter. Sie müssen dienen der Jahre drei; Da bleibt viel Zeit für die Nummerlei Im Dienst patriotischer Streiter. Und wenn ihr den Kinofragen fragt: Damit — macht man auf die Dummen Jagd.

Ernst.

Notizen.

Der vielumworbene junge Mann. Das Jagdbuch des Kronprinzen hat einen seltsamen Kronprinzenenthusiasmus ausgelöst. Die bürgerlichen Blätter liegen sich bereits in den Haaren darüber, wer von ihnen den „Schriftsteller-Menschen“ am besten versteht. Das „Berliner Tageblatt“ ist hell entrüstet über die Konträre, die die „Post“ ihr macht. Mit Recht, denn das Blatt, das bereits am Tage der Buchausgabe sich rühmen konnte, das epochemachende Opus 1 zu behandeln, hat natürlich den Vorrang. Außerdem sind nach der liberalen Legende Kronprinzen immer liberal, selbst wenn sie das Gegenteil davon beweisen.

Eine Daumier-Ausstellung ist im Kupferstichkabinett eröffnet worden. — Kunstchronik. Aus dem Nachlaß Franz Starbina hat die Stadt Charlottenburg durch ihre Kunstdirektion das große figurenreiche Gemälde „Ruhpromenade in Karlsbad“ angekauft.

Die Oper im Walde. Bei Sopot finden seit einigen Jahren Opernaufführungen im Freien statt. Diesmal eröffnete man die Reihe der Darbietungen mit Smetaras „Verkaufter Braut“, die am 2. Juli vor 4000 Personen gegeben wurde.

Rechtsanwalt Pagenstecher, der in seinen Ausführungen namentlich die gegen Berndt seitens des Angeklagten erhobenen Beschuldigungen zurückwies und zum Schluß beantragte, mit Rücksicht darauf, daß Berndt nach Berlin gehe, auch die Publikation in Berliner Blättern auszuspähen. Dann erging sich der Verteidiger des Angeklagten Hirsch, Justizrat Dr. Bernstein, in längeren Ausführungen, denen er vorausschickte, daß die Ehre der Nebenkläger, der Polizeikommission und des Beigeordneten Berndt, unanfechtbar aus der Verhandlung hervorgegangen ist. Sein Plädoyer konnte er heute noch nicht beenden und wird es am Freitag fortsetzen.

Vom Theaterelend.

Dieser Tage drucken wir unter der Ueberschrift: „Vom Theaterelend“ einen Engagementsvertrag, wie sie Direktor Fritz Steidl aus Berlin mit seinen Angelassen abzuschießen pflegt, ab und machten einige Glossen dazu. Herr Fritz Steidl, der mit seiner Gesellschaft Ende Juni in Nürnberg gastierte und zurzeit in Köln auftritt, wurde wegen der Veröffentlichung seines famosen Vertrages, die am letzten Sonnabend auch im Nürnberger Parteiblatt erfolgte, offenbar sehr nervös. In diesem Zustand nahm Herr Steidl die Waise des gebildeten Mannes ab und gab sich ungeschämt, so wie er wirklich ist, indem er im Nürnberger Apollotheater, wo er einige Wochen die Kunst seiner Untergebenen zeigte, folgenden Anschlag anheftete:

An meine Mitglieder!

Öffentlicher Anschlag im Apollotheater. Nürnberg 29. 6. 12.

In einer geradezu schamlosen Weise ist das total irrige Urteil und die erschreckliche Unerfahrenheit im Bühnenbetriebe des Nürnberger Gewerbeberaters von der sozialdemokratischen Presse in der üblichen, alles bedenkenden Weise ausgebeutet worden zum Zwecke der Aufweglung.

Die Bezahlung meiner Ballettdamen, welche größtenteils erst bei mir Längerinnen werden, ist anerkanntermaßen im Verhältnis zu anderen Unternehmern eine sehr gute! Doch sich unter der Flagge „Bühnenmitglieder“ hin und wieder auch Dirnen eindringen, ist eine ebenso bekannte Tatsache! Diese Elemente meinem Ensemble fernzuhalten, bin ich jederzeit bemüht und geschieht dies nicht zuletzt im Interesse der von mir engagierten anständigen Damen! In blöder Weise werden nun von der Zeitung der „Genossen“ meine Mitglieder bejammert!! Ich fordere nun hiermit alle diejenigen, die sich bei mir gequält fühlen, auf, sich freiwillig sofort zu melden, und ich bin bereit, den Vertrag mit jedem, der bei mir nicht mit Lust und Liebe tätig ist, gerne zu lösen. Als ehrlos würde ich denjenigen ansehen müssen, der sein Brot bei mir mit Unwillen isst und von obigem Vorschlag keinen Gebrauch macht. Der Anschlag zu den famosen Pressenartikeln war die Entlassung des Hrn. E. . . . deren „Qualität“ ja jedem hinreichend bekannt ist, so daß ich es unter meiner Würde halte, hierüber an dieser Stelle noch etwas zu sagen. Ich habe gegen den Mediateur Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gestellt.

Nürnberg, den 29. 6. 12.

Fritz Steidl.

Dieser Anschlag paßt stilistisch als auch inhaltlich ausgezeichnet zu Herrn Steidls famosem Engagementsvertrag. Es ist dieser Anschlag eine treffliche Ergänzung und Illustration dieser Verträge. In gespreizter Form teilt Herr Steidl mit, daß er gegen den Mediateur des Nürnberger Parteiblattes Strafanzeige beim Staatsanwalt gestellt. Der würdige Herr Direktor wird da eine kleine Enttäuschung erleben. Bayerische Staatsanwälte sind vorläufig noch nicht in dem Bereich des Herrn Fritz Steidl. Möglicherweise wird es umgekehrt und es hat sich vielleicht der Direktor seines so hübsch stilisierten Anschlages wegen noch zu verantworten. Das Nürnberger Parteiblatt deutet dies bereits an.

Das Veramnisurteil des Nürnberger Gewerbegerichts bezeichnet Herr Steidl als „total irrig“ und den Nürnberger Gewerbeberichter taxiert der Theaterdirektor schnoddrig als „erschrecklich unerfahren“. Der Gewerbeberichter, ein Rechtsrat, hat nun zufällig mehrere bemerkenswerte Arbeiten über die Lage der Bühnenangehörigen veröffentlicht; er wird Herrn Fritz Steidl aus Berlin W. jedenfalls noch einiges zu sagen haben.

Herr Direktor Fritz Steidl scheint noch nach weiteren Erfolgen in der Presse zu geizen. Die „Leipziger Volkszeitung“, die ebenfalls seinen Vertrag abgedruckt hatte, beglückt er mit folgendem Schreiben:

Nürnberg, den 29. Juni 1912.
Apollo-Theater.

An die „Leipziger Volkszeitung“!

Ihr schamloser Artikel betr. mein Ensemble ist mir nach hier geschickt worden. Derartige Beschuldigungen eines anständigen Unternehmers sind ja nichts unbekanntes bei Aufreizungsblättern Ihrer Sorte! Wenn der Geist vorhanden gewesen wäre bei dem Verfasser des Artikels und die dem Gewerbeberichter vollständig abgehende Kenntnis des Theaterelends, wo sich oft versuchen Dirnen einzuschleichen und wo man Mittel haben muß ohne die Hilfe der Sittenpolizei diese los zu werden, so hätte man einen Vertrag wie den meinigen nicht so frivol bloß um Stoff für die sonst den Spalten in der Zeitung, durch falsche Auslegungen bedübelt! Ich fordere Sie nun auf Grund des Preßgesetzes auf, sofort zu berichten daß mein Ensemble nicht seinen Sitz im Metropol-Theater in Berlin hat. Dieses ist nie und nirgends angegeben! Ferner, daß die Entlassene keine Künstlerin gewesen ist sondern eine, einen Monat tätig gewesene Statistin, welche hochbornem mit 100 Mark monatlich bezahlt wurde. Bei dieser Gelegenheit vergessen Sie nicht Ihren Genossen zu erwähnen, welche Jammerdäne Sie selbst in Ihrem Betriebe zählen entgegen der täglich inflative Proben nur ständigen Tätigkeit bei mir. Sie werden sich schämen hüben! Was muß im Geschäftsleben eine Dame für 100 Mark monatlich alles können. Meine Choristinnen bekommen außer Schuh und fleischfarbige Trikots alles geliefert auch elegante Salon-Toiletten und die in dem Vertrage bezeichnete moderne Garderobe bezieht sich lediglich auf das wenige, was die Betreffende am Tage auf dem Reize trägt. Zum Beweise hierfür stehen alle meine Damen bereit, dies zu bezeugen. Gerade weil ich dem sozialen Standpunkt weiten Raum gebe, ist die absichtliche Entstellung des Sinnes meines Vertrages eine schamlose Verhöhnung niedrigster Art. Eine unerhörte Dreistigkeit aber ist es, bei meinem Unternehmen die beliebigen aufreizenden Schlagworte von „Schaberei, jämmerlichen Wagen“ (Ihre traurigen Verleumdungen verdient bestimmt nicht so viel.) anzuwenden. Aber man soll ja raffinierte Entstellungen der Tatsachen, wie der aus totaler Verbümmung geschriebene Bericht enthält, nicht unbeantwortet lassen. Sagen Sie bitte Ihrem Berichterstatter, daß wohl vielleicht in seinen Kreisen Leute wie „Verbrecher“ photographiert werden, die Bühnenleute in dessen werden zum Zwecke der Veröffentlichung ihrer Kunst und Kunstfertigkeiten photographiert. Als eine Mißachtung kann dies demnach nur in Ihren Kreisen angesehen werden. Die Konventionstraße von 1200 Mark ist doch bei Betrachtung des Halbes und der Person für vernünftige Menschen, die noch etwas Grube im Schädel haben, nur eine nie anzunehmende Parze. Was den Uelaud anbelangt, so ist derselbe bisher nie angewendet und wird speziell in diesem Jahr, wenn auch mit großen Opfern, durchgespielt, da die enormen Verluste nicht im Sommer zu bedenken sind. Da wir schon von den Schweichroschen der armen Arbeiter allerorts Gewerkschaftshäuser errichten sehen, wird man auch wohl demnach noch Theater aus den Parteiklassen bauen. Dann wird der famose „Verleumdung“ wohl zum Theaterdirektor hinaufgehoben? Das Theater muß ja „ne tolle Nummer werden!“ Rufe, behalle dein Antlitz. Es wäre jedenfalls von Interesse, zu erfahren, was Sie Ihren Zippmamsells, Arbeiterinnen

und an Gehalt zahlen, zumal Kräfte, die noch nichts leisten können. Uebrigens: liefern Sie Ihren Angestellten Kleidungsstücke, wie Schuhe, Strümpfe, Kleider, Hüte usw. Unsere Damen geben für moderne Garderobe keinen Pfennig extra aus, der Paragraf bedeutet vielmehr soviel, daß bei Strafen die Damen in ihren eigenen Kleidern zu erscheinen haben. Ferner: würden Sie es gerne sehen, wenn das bei Ihnen beschäftigte weibliche Personal vor Ihrem Geschäftshaus Posto sagt, um Herrenbekanntschaften anzuknüpfen? — Ich glaube Ihrem Berichterstatter gerne, daß er Hrn. E. mehr wie 100 Mark Gage zahlen und ihr auch jämliche Strahengarde kleiden lassen würde! Er hat aber auch gar keine Ahnung vom Theaterfach und kann daher nicht taxieren, was Hrn. E. Leistungen wert sind! Essen und trinken darf in den Garderoben niemand, weil sonst die prächtigen Kostüme Fettflecke bekommen würden! Die Stadt verlassen darf ohne Erlaubnis kein Mitglied, weil es schon oft geschehen ist, daß die Rückkehr verweigert und so die Vorstellung in Frage gestellt wird. In erster Linie bezieht sich dieser Paragraf gerade auf Solo-Träpfe! Selbstverständlich ist mit „Stadt verlassen“ die Fahrt in einen Bororo oder nahe gelegenen und mit häufiger Verbindung versehenen Platz gemeint! Aus diesen kurzen Ausführungen muß es Ihnen schon klar sein, welche kolossalen Irrtümer Ihr Herr Berichterstatter begangen hat. Mit der Ihnen gebührenden Achtung

Fritz Steidl.

Wer jetzt nicht überzeugt ist, daß Herr Steidl aus Berlin das Muster eines Theaterleiters darstellt!

Aus Industrie und Handel.

Vom Geldtrutz.

Trust-Untersuchungen sind in Amerika geradezu epidemisch. Die Trusts und ihre Kalaien, die Behörden, lassen diese Erhebungen in der Regel mit ruhiger Gelassenheit über sich ergehen. Um so mehr mußte es auffallen, daß Geldtrust und Bundesregierung nervös wurden, als Lindbergh am 29. Januar d. J. im Repräsentantenhaus (Zweite Kammer des Bundesparlamentes) auf eine gründliche Untersuchung des Geldtrutz drang: ein Beschluß, der ausgangs März zum Beschluß erhoben wurde.

Ganz offen bereiteten die Großbanken den eingeleiteten Erhebungen Schwierigkeiten aller Art und gefanden damit ein, daß sie mehr als die vorher untersuchten Trusts das Licht zu scheuen haben. Ihnen leistete der Bundes-Justizminister Widersham, allezeit ein getreuer Knecht des Großkapitals, Vorspann.

Widersham suchte den New Orleanser Bundes-Distriktsanwalt Charlton A. Beattie aus dem Dienste zu drängen. In seiner Ratlosigkeit hatte Beattie die ergangene Weisung, den Geldtrutz scharf unter die Lupe zu nehmen, für bare Münze genommen und dementsprechend gehandelt.

Was hat man unter dem Geldtrutz zu verstehen? Unmittelbarer Träger desselben ist das Clearing House, das seinerseits wieder von dem Geldtrutz kontrolliert wird, bei dessen Gründung Morgan einen „Schnitt“ von über 69 Millionen Dollars machte.

Die 28 Direktoren (Mitglieder des Aufsichtsrats) des Stahltrutz (United States Steel Corporation) kontrollieren vermöge ihres Besitzes an Aktien und ihrer Eigenschaft als Direktoren anderer Gesellschaften annähernd 55 Proz. der auf 18 Milliarden Dollars geschätzten Eisenbahnen des Landes, d. h. Eisenbahnen im Werte von 10 Milliarden Dollars. Außerdem üben Direktoren des Stahltrutz in den Aufsichtsräten von Banken, Treuhänder-Gesellschaften, Versicherungs-Gesellschaften, Erzeuger-Kompagnien und industriellen Korporationen mit einer Gesamtkapitalisierung von über 20 Milliarden Dollars den bestimmenden Einfluß aus. Rechnet man noch dazu, daß zwischen den Magnaten des Stahltrutz und den Gewaltigen des Petroleumtrutz ein uniges Artverhältnis besteht, so leuchtet ohne weiteres der gewaltige Einfluß ein, den der Geldtrutz und dessen Gebieter Morgan auf das amerikanische Wirtschaftsleben ausübt.

Vor dem parlamentarischen Untersuchungskomitee, nach seinem Vorsitzenden auch Pujokomitee genannt, warf Morgan sich in die Brust und versicherte, er sei im Oktober 1908 „dem Lande zu Hilfe gekommen“, indem er einer Anzahl von Banken 25 Millionen Dollars vorgeschossen, eine Verhäufung des damaligen Banktrutzs wie eine weitere Aufspaltung der Geldknappheit verhindert und ein Sinken des Zinsfußes für tägliches Geld von 100 Proz. auf 6 Proz. bewirkt habe.

Diese von Börsenblättern seit Jahren geflüstert verbreitete Darstellung fand ziemlich allgemeinen Glauben. Wäre es Morgan doch ein leichtes gewesen, die damalige Geldknappheit in dem angegebenen und in noch viel größerem Umfang aus eigenen Mitteln zu beseitigen! Lag es doch in dem Interesse der Bankwelt, die Katastrophe sich nicht noch weiter verschärfen zu lassen! Fallierten doch damals Banken, welche zwar unter dem Einflusse der Geldknappheit zeitweilig zahlungsunfähig, aber keineswegs bankrott waren! Im Falle der jüngsten Enttäuschungen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese Banken auf Morgans Gehilfe durch Entziehung der Clearing House (Abrechnungsstelle) Darlehenszertifikate abgeklacht wurden.

Am Tage nach der Vernehmung Morgans hatte Cortelhou, der unter Roosevelt Bundesfinanzminister war, vor dem Pujokomitee zu erscheinen. Er behauptete, daß das Bundesbankamt im Oktober 1908 42 Millionen Dollar bereit stellte, um den bedrängten Banken Beistand zu leisten. Die Verteilung des Geldes legte Cortelhou in die Hände Morgans, „weil dieser allgemein als der Führer der ganzen auf die Rettung der Situation gerichteten Bewegung angesehen wurde. An wen und unter welchen Bedingungen Morgan das ihm zinsfrei überlassene Geld weitergab, habe ich (Cortelhou) mich nicht gekümmert“.

Aber jedenfalls hat Morgan, wie weiter festgestellt wurde, von dem ihm im Interesse bedrängter Banken zur Verfügung gestellten 42 Millionen Dollars nicht weniger als 1 1/2 Millionen sich selbst zugewiesen und das Geld drei Monate mit großem Gewinn für sich, den Millardär, arbeiten lassen. Mit 25 Millionen hat er anderen Banken ausgeholfen, aber wohlwermert gegen sechs Prozent Zinsen, die er in die eigene Tasche steckte.

Kun lieferle Francis Wolfe Steffen, in Firma Pierpont J. Morgan u. Co., ein Verzeichnis der 14 von Morgan bedachten Banken. Den Löwenanteil erhielten neun zur sogenannten Morgan-Gruppe gehörige Finanzinstitute, deren Gewinne zu einem erheblichen, wenn nicht zum größten Teil in Morgans Tasche fließen. Der Rest fand den Weg zu fünf anderen, gleichfalls zu dem Clearing House wie zu dem Geldtrutz zählenden Banken.

Pierpont J. Morgan, dem „uneigennützigsten, opferwilligsten Mitter der Situation“ in der Finanzpanik vom Oktober 1908 wurde so in der vom Pujokomitee geführten Untersuchung die selbstgefällige Maske vom Gesicht gerissen. Durch niedrige Manipulationen hat der Krösus sich bereichert, indem er die vom Bundes-Finanzministerium anlässlich des Debats im Herbst 1908 zinslos bereit gestellten Millionen teilweise zu seinem eigenen Vortheile wieder in der eigenen Bank „arbeiten“ ließ, teilweise gegen Rins befreundeten, unerschütterten Bankhäusern ließ. Seine mit dem Gelde der Steuerzahler verhäufte Stellung mißbrauchte Morgan, ungewisse Banken zu ruinieren und damit die vorhandene Krise zu verschärfen.

Gerichts-Zeitung.

Die Direktion der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft, die zu einem im Februar ausgebrochenen Streik der Metallarbeiter ihres Depots Uesdomstraße ein Nachspiel veranstaltete und den „Vorwärts“-Redakteur Genossen Wachs wegen vermeintlicher Nicht-anerkennung einer „Verichtigung“ vor den Strafrichter zog, kann mit der Staatsanwaltschaft und den Gerichten zufrieden sein.

Gegen das Urteil des Amtsgerichts Berlin-Mitte, durch das im Mai unserem Genossen Wachs eine Geldstrafe von 10 M. auferlegt wurde, weil jene „Verichtigung“ im „Vorwärts“ nicht inner-

halb der vorgeschriebenen Frist, sondern erst einige Tage später veröffentlicht worden sei, meinte die Staatsanwaltschaft noch Berufung einlegen zu sollen. Zwar schien ihr 10 M. Geldstrafe genug, aber sie forderte, daß durch Gerichtsurteil auch noch die nachträgliche Aufnahme der „Verichtigung“ angeordnet werde, weil der „Vorwärts“ sich nicht vorchriftsmäßig wiedergegeben habe. Das Amtsgericht hatte abgelehnt, nachträgliche Aufnahme anzuordnen, da ja die „Verichtigung“ tatsächlich schon einmal, wenn auch zu spät, veröffentlicht worden sei. Auch Wachs legte Berufung ein und forderte Freisprechung, weil jene „Verichtigung“ nicht den Vorschriften des Preßgesetzes entsprochen habe, so daß er gar nicht verpflichtet gewesen sei, sie aufzunehmen.

Vor dem Landgericht Berlin I, das durch Strafkammer I (unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Neuenfeldt) zu entscheiden hatte, erklärte gestern Wachs, daß jene Aufschrift der Omnibusgesellschaft nicht eine vorchriftsgemäße „Verichtigung“ gewesen sei und auch in der Veröffentlichung durch den „Vorwärts“ nicht als „Verichtigung“ habe gelten sollen. Veröffentlicht habe er sie lediglich aus Royalität, um auch den Gegner zum Worte kommen zu lassen. Allerdings seien ihr noch Erläuterungen angehängt worden, die sich auf inzwischen noch eingeholtene Aufkünfte des Metallarbeiterverbandes stützten, und aus diesem Grunde habe die Veröffentlichung sich verzögert. Aber eine Frist habe ja nicht innegehalten zu werden brauchen, weil man es eben nicht mit einer vorchriftsgemäßen „Verichtigung“ zu tun hatte.

Zur Begründung der Berufung des Angeklagten führte dann sein Verteidiger Rechtsanwalt Kurt Rosenfeldt näher aus, warum jene Aufschrift der Direktion keine „Verichtigung“ im Sinne des Preßgesetzes sei. Sie beschränke sich nicht auf Verichtigung tatsächlicher Angaben durch andere tatsächliche Angaben. Sie mache an zwei Stellen den Versuch, die den Angaben des „Vorwärts“ entgegengesetzten, von ihr behaupteten Tatsachen durch weitere Angaben zu begründen, von denen in dem zu „Berichtigenden“ Artikel des „Vorwärts“ gar nicht die Rede gewesen sei. Gegen den Antrag des Staatsanwalts, die Beurteilung aufrechtzuerhalten und nachträgliche Aufnahme anzuordnen, machte der Verteidiger geltend, daß Freisprechung mindestens deshalb erfolgen müsse, weil Wachs in gutem Glauben die Aufschrift nicht als „Verichtigung“ angesehen und daher nicht als solche behandelt habe. Sie sei aber veröffentlicht worden, darum liege kein Grund vor, nochmalige Aufnahme anzuordnen.

Der Staatsanwalt, der die Aufschrift trotz den vom Verteidiger angeführten formalen Bedenken für eine vorchriftsgemäße „Verichtigung“ hielt, hielt die vom „Vorwärts“ gewährte Veröffentlichung der Aufschrift lediglich wegen formaler Bedenken nicht für eine vorchriftsgemäße Wiedergabe der „Verichtigung“. Was hatte er daran auszusetzen? Der „Vorwärts“ hatte die Direktionsaufschrift weggelassen. Zwar hatte er dafür die Unterschrift sozusagen zur Ueberschrift gemacht, indem er an der Spitze die einleitenden Worte setzte: „Die Direktion der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft sendet uns folgende Aufschrift, die sie „Verichtigung“ nennt.“ Aber das blieb freilich immer noch etwas, was dem Staatsanwalt Pein machte, nämlich das Wörtchen „nennt“. Das habe, meinte er, zwischen die von der Direktion herübergehende Ueberschrift „Verichtigung“ und den darunter gestellten Text der „Verichtigung“ selber nicht eingeschoben werden dürfen, weil ja Einschließen in „Verichtigungen“ den Zeitungen nicht gestattet seien. „Saar-spalterei“ nannte das der Verteidiger.

Auch das Gericht sah keine formalen Bedenken gegen die Aufschrift und erklärte sie für eine ausnahmsweise „Verichtigung“. Wenn der Angeklagte sie nicht als „Verichtigung“ behandeln zu müssen gemeint habe, so habe er sich nicht in gutem Glauben, sondern in einem Rechtsirrtum über seine Befugnisse befunden. Daher sei die Geldstrafe von 10 M. aufrecht zu erhalten. Es sei aber auch nachträgliche Aufnahme anzuordnen, weil bei der bereits erfolgten Veröffentlichung, wenn auch der „Vorwärts“ nicht den Sinn der „Verichtigung“ geändert habe, durch Einschließen des Wörtchens „nennt“ und durch Weglassung der Unterschriften die Formvorschriften verletzt seien.

Nebendei bemerkt: am Sinn war nichts geändert worden, und sogar den „Vorlaut“ hatten wir völlig unverändert wiedergegeben. Aber das Gericht „seht Rüden und schluckt Kamele.“ Nicht seine Formverletzung der Direktion und stößt sich an Formverletzungen des „Vorwärts“. Und es erklärt, daß die von uns veröffentlichte „Verichtigung“ — keine „Verichtigung“ sei! Die Auffassung des Landgerichts ist unhalbar; weder die Ueberschrift „Verichtigung“, noch die Unterschrift des Einsenders sind ein Bestandteil der „Verichtigung“. Nimmt man aber das Gegenteil an, so brauchte der „Vorwärts“ die so zu einer Verichtigung eingestempelte nicht aufzunehmen, weil diese Verichtigung mit Einschluß des Einsenders selbstverständlich nicht vom Einsender unterzeichnet war. Die „Verichtigung“, nicht ein Teil derselben muß vom Einsender nach § 11 des Preßgesetzes unterzeichnet sein.

Der Mann mit den vier „Bräuten“.

Ein gefährlicher Heiratsschwindler, der mehrere Dienstmädchen, um ihre gesamten Ersparnisse gebracht hat, mußte sich in der Person des Drogerien Hans Lehmann vor der 6. Strafkammer des Landgerichts III verantworten.

Der Angeklagte hatte im Jahre 1910, während er sich bei einem Rentier Friedländer als Diener in Stellung befand, die dort als Hausmädchen tätige Martha G. kennen gelernt. Nach kurzer Bekanntschaft gab er der G. das Versprechen sie zu heiraten, und wußte sie auch zu überreden, ihm ihre gesamten Ersparnisse in Höhe von 4000 M. zu übergeben. Lehmann richtete sich mit diesem Gelde in Steglitz ein Drogeriegeschäft ein, welches jedoch nicht ging. Er verband es dann, die G. dazu zu bewegen, sich bei Verwandten 3000 M. zu borgen und ihm auszugeben. Mit diesem Gelde eröffnete L. ein neues Geschäft in der Richtigkeitsstraße, nachdem er das erste Geschäft in Steglitz aufgegeben hatte. Nachdem auch dieses Geld verbrannt war, sah sich der Angeklagte noch einer neuen Geldquelle um. Diese fand er in der Person des Dienstmädchens L., die er im Zoologischen Garten kennen gelernt hatte. Dieser erzählte er, daß ihm sein Chef das Geld zur Einrichtung eines Drogeriegeschäfts zur Verfügung gestellt habe, er brauche jetzt nur noch das Geld für die anzuschaffenden Waren. Die L. ließ sich ebenfalls verleiten, dem Schwindler ihre gesamten Ersparnisse in Höhe von 1900 M. auszugeben. Als die L. schließlich erfuhr, daß der Angeklagte auch noch mit zwei anderen Mädchen intime Beziehungen angeknüpft habe, stellte sie ihn hierüber zur Rede. Der Angeklagte erklärte ihr, höchst empört über diese „Verleumdungen“, daß es auf der ganzen Welt keinen Menschen gebe, der es so eitellich mit ihr meine wie er. — Die betrogenen Mädchen, von denen zwei außerdem noch ein schreiendes „Andenken“ von dem Angeklagten erhalten hatten, erkannten schließlich, daß sie einem Schwindler zum Opfer gefallen waren und erlittenen Anzeige. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte in höchst gemeingefährlicher Weise mit der Vertrauensseligkeit und teilweise auch Dummheit heiratssüchtiger Mädchen verfahren habe, auf 2 Jahre Gefängnis. Außerdem wurde der Angeklagte wegen Fährdverdachts sofort verhaftet.

Wann wird die Reichsgläubigkeit Heiratssüchtiger aufföhren.

Aus aller Welt.

Wüßschlag in eine Militärabteilung.

Aus Innsbruck (Tirol) wird uns gemeldet: Während der Gefühlsbildung der hiesigen Garnison in den Bergen des Unterpustertales ging ein furchtbares Gewitter mit Hagelschlag nieder. Die Lebung wurde sofort eingestellt und der Rückmarsch ins Tal angetreten. Auf dem Rückmarsch schlug der Wüß in eine Kompanie von Tiroler Kaiserfährern, wodurch ganze Reihen zu Boden geschleudert wurden. Leider hat der Wüß zwei Offiziere getötet. Einer der Kaiserfährigen blieb sofort tot auf dem Plage, während ein zweiter mit schweren Brandwunden in das Garnisonshospital transportiert werden mußte. Die übrige Mannschaft

wurde nur vorübergehend betäubt und kam mit dem bloßen Schreden davon.

Krieg im Frieden.

Ueber das schwere Unglück bei den Schießübungen auf dem Truppenplatz Potsdener Lager gibt das Generalkommando des neunten Armeekorps folgende Darstellung: Beim gefechtsmäßigen Schießen des Feldartillerie-Regiments Nr. 9 traf ein Feldhaubitzen-Geschütz durch seitliche Abweichung beim Zielen den steinernen Beobachtungsturm 5, in welchem außer einer Anzahl von Mannschaften zwei Offiziere (Oberleutnant König vom Feldartillerie-Regiment Nr. 45 und Leutnant v. Boehm vom Feldartillerie-Regiment Nr. 9), der Sergeant Wulf, Unteroffizier Schnabel, die Kanoniere Hensel und Schilling vom Feldartillerieregiment Nr. 9 sowie Unteroffizier der Reserve Freudenreich vom Feldartillerieregiment Nr. 45 sich zur Beobachtung der Ziele befanden. Das Geschütz schlug ein Loch in den Turm. Durch die in den Turm hineingeworfenen Steinmassen wurden die Kanoniere Hensel und Schilling getötet. Der Oberleutnant König erlitt mehrere Quetschungen am Kopf und linken Oberarm. Leutnant v. Boehm wurde an der Nase leicht verletzt. Sergeant Wulf erlitt neben mehreren Quetschungen eine schwere Verletzung der linken Unterrippengegend dicht über der Lende. Der Unteroffizier Schnabel erlitt eine leichte Quetschwunde an der Unterlippe, der Unteroffizier der Reserve Freudenreich neben mehreren Quetschungen eine Gehirnerschütterung und einen komplizierten Bruch des rechten Oberarmes. Sämtliche Verletzte außer dem nur leicht verletzten Leutnant v. Boehm befinden sich im Lazarett des Truppenübungsplatzes. Die drei schwer Verletzten sind noch nicht außer Lebensgefahr; die eingeleitete Untersuchung wird das Nähere ergeben.

Explosion im Steinbruch.

Durch vorzeitige Explosion einer Mine hat sich am Mittwochabend in einem Steinbruch in der Nähe von Marzelle ein schweres Unglück zugetragen, dem sechs Menschenleben zum Opfer fielen. Eine 15 Mann starke Arbeiterkolonne war in dem Steinbruch damit beschäftigt, eine Mine zu legen. Die Mine, die 30 Kilogramm Sprengstoff enthielt, kam zur Explosion, ehe sich die Arbeiter in Sicherheit bringen konnten. Die umherfliegenden Felsstücke erschlugen sechs Arbeiter, während die übrigen neun schwere Verletzungen erlitten. Bei einigen von ihnen fürchtet man, daß auch sie dem Tode verfallen sind.

Zur Katastrophe auf Seehe Osterfeld.

Nach den Mitteilungen der Verwaltung der Seehe Osterfeld hat die Untersuchung über die Ursache der Schlagwetterexplosion folgendes ergeben: Der zum Schießen berechnete Ortstiefe war in der Schicht nicht zugegen. Von den anderen beiden Gesteinhauern war keiner zum Schießen berechnigt. Es ist deshalb der Schießmeister aus einer anderen Abteilung zum Abtun der Schäfte in den betreffenden Aufbruch gerufen worden. Aus den Ausgabebüchern für Sprengstoffe ist zu ersehen, daß der Schießmeister noch gegen Ende der Schicht Dynamit für den Ausbruch genommen hat. Es waren fünf Vordächer angelegt, die zunächst durch das Gestein, dann durch das 40 Zentimeter mächtige Flöz nach Matthias II gingen und 50 Zentimeter weiter in das Hangende weitergetrieben waren. Die Schäfte sind vom Schießmeister mit Zeitändern abgetan worden. Als Sprengmaterial ist Dynamit, nicht Sicherheits Sprengstoff verwandt worden. Das Unglück kam nur durch Schuld des Schießmeisters oder der an der Schießstelle beschäftigten zwei Vergleute entstanden sein. Da das Kohlenflöz durchbohrt war, so durfte nach den bergpolizeilichen Vorschriften nicht mit Dynamit geschossen werden. Entweder haben die Leute dem Schießmeister nicht mitgeteilt, daß das Kohlenflöz bereits durchbohrt war, oder der Schießmeister hat trotzdem Dynamit verwandt. Kohlenstaub hat bei der Explosion nicht mitgewirkt.

Diese einseitige Darstellung der interessierten Verwaltung läßt sich erst dann nachprüfen, wenn die Vernehmung der schwerverwundeten Vergleute erfolgt ist. Ob außer dem entweder — oder nicht doch noch eine dritte Möglichkeit besteht?

Eisenbahnkatastrophe im Staate New York.

Ein schweres Eisenbahnunglück meldet der Telegraph aus der nordamerikanischen Stadt Corning. Ein Schnellzug stieß auf einen auf der Station stehenden Personenzug der Adirondack-Eisenbahn, der von New York nach Buffalo bestimmt war. Die beiden hintersten Wagen des Personenzuges wurden umgeworfen. Die meisten Insassen wurden tot daraus herabgezogen. Es sollen dreißig Personen getötet und fünfzig verletzt sein.

Nach einer weiteren Meldung sind aus den Trümmern des verunglückten Zuges der Adirondackbahn 34 Leichen geborgen worden, von denen die meisten Leichen von Kindern sind. Zahlreiche schwerverletzte sind noch unter den Trümmern begraben. Die Zahl der Toten wird sich wohl auf 40 erhöhen.

Die feindlichen Brüder.

Der Streit zwischen der Berliner und Kölner Richtung des Zentrums treibt ergötliche Blüten. Aus den Liebenswürdigkeiten,

die sich die Frommen in den Zentrumsblättern der verschiedenen Richtungen an den Kopf werfen, könnte ein Raschmenbruder sein Schimpfwörterlexikon reichhaltig ausstatten. Aber nicht nur mit Schimpfwörtern wird die „gerechte Sache“ verteidigt, man regaliert sich auch mit pregefehligen Verächtlichkeiten, unter denen die des verantwortlichen Redakteurs des päpstlichen Organs „Das katholische Deutschland“ eine Musterleistung darstellt. Er sendet an seine Brüder in Christo, die die „Schlesische Volkszeitung“ redigieren, folgende famose Verächtlichkeit:

„Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Verächtlichkeit:

„In Nr. 288 der „Schlesischen Volkszeitung“ vom 27. Juni 1912 befindet sich folgende Stelle:

„Der als verantwortlich zeichnende Redakteur des „Katholischen Deutschland“ heist Alois Kammel; er ist 22 Jahre alt.“

Diese Behauptung ist insofern unrichtig, als ich nicht 22, sondern 21 Jahre alt bin.

Ergebenst
Alois Kammel.“

D Kammel!

Kleine Notizen.

Arbeitererfolg. Auf der Hütte Wöhring bei Duisburg ist Donnerstagvormittag bei der Reparatur eines Gewölbes ein Gerüst eingestürzt. Ein Arbeiter wurde unter den Trümmern begraben und war sofort tot; einer ist schwer verletzt. Drei Leichtverletzte konnten sich ohne Hilfe nach Hause begeben.

Schreckstat eines Vaters. Der Arbeiter Wagner in Rühlheim a. Rh. zertrug nach einem Streite seine Tochter auf das Fenster und stürzte sie auf die Straße, wo sie mit lebensgefährlichen Verletzungen liegen blieb.

Schwerer Automobilunfall in Rumänien. In der vergangenen Nacht ist in Bukarest ein Automobil mit einem Eisenbahnzug zusammengestoßen. Drei Personen wurden schwer verletzt und drei getötet, unter ihnen der französische Publizist Pierre Gilot.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 40. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Reichsricht! Von Th. Rothstein (London). — Verleumdung, Kontrollkommission und Fraktionsverteilung. Von G. Ledebour. — Der improvisierte Bruch. Von H. Kautsch. (Schluß). — Arbeitsnachweis und Gewerkschaftskampf. Von Julius Deutsch. — Technische-wirtschaftliche Rundschau. Von H. Woldt. — Literarische Rundschau: Gewerkschaft und Volkswirtschaft. Von Th. Brauer. — Zeitschriftenchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 8. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 2. Juli verstarb unser Genosse, der Köpfer
Otto Briesemeister
(Bismarckstr. 5).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Parkstr.-Kirchhofes, Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
230/5

Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschl.
Filiale Groß-Berlin.
Den Kollegen zur Kenntnis, daß am Dienstag, den 2. Juli 1912 der Kollege
Otto Briesemeister
(Begeh Wedding)
im Alter von 37 Jahren an der Lungen- und Nierenkrankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem neuen Parkstr.-Kirchhof der St. Pauli-Gemeinde in der Seestraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim.
Bezirk Pankow.
In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch verstarb nach langer Krankheit unser Genosse, der Metallarbeiter
Hermann Skala
im Alter von 29 Jahren an der Prostatenkrankheit.
Wir werden unserem dahingeschiedenen Genossen ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Pankower Kirchhofes (Schönholzer Heide) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.
241/9

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am 30. Juni verstarb unser Mitglied
Friedrich Köppe.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Köpenicker Friedhofes, Jochenwälder Straße, aus statt.
57/18
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß am 1. Juli unser altes Mitglied, der Steinbildhauer
Richard Michel
im Alter von 47 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag, den 5. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem Hasareth-Friedhof in Reinholdsdorf-Bezirk (Berliner Str., Ausgang Köpenicker Weg) vom Birjow-Krankenhaus aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
20/6

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kellerarbeiter
Max Goetze
am 2. d. Mts. im Alter von 26 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Hasareth-Kirchhofes in Reinholdsdorf aus statt.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierarbeiter
Emil Will
am 28. Juni im Alter von 27 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.
65/4

Am 2. Juli, nachmittags 3 Uhr, entschlief nach langem, schwerem Leiden unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester
Anna
im Alter von 20 Jahren.
Dies zeigen tiefbetruert an
Berthold Gligemann
nebst Frau und Töchtern.
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Reinholdsdorfer Friedhofes, Rastendorfer Weg, aus statt.
10A

Ermittelt sage ich allen Freunden und Bekannten sowie dem Gesangsverein der Arbeiter, dem Männerverein der Arbeiter und der dritten Männerabteilung des Turnvereins „Fichte“ für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen besten Dank.
Wwe. Auguste Kühn
10A nebst Kindern.
Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin, Nichte und Braut
Martha Lehmann
sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
23545
Die trauernde Mutter, Geschwister und Bräutigam.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, Bruders und Schwagers
Emil Brozeit
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Parteigenossen, den Kollegen und Kolleginnen im Transportarbeiter-Verband, der Freien Volksbühne, des Arbeiter-Stenographenvereins Amds, den Sängern und besonders Herrn Welle für die trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank.
Witwe Pauline Brozeit
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten und verehrten Mannes, des Bohrens
Paul Presser
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen der S. A. G., dem Sozialdemokratischen Wahlverein, dem Gesangsverein Bogtischer Säger und insbesondere Herrn Welle für seine trostreichen Worte meinen herzlichsten Dank.
Witwe Margarete Presser
geb. Seidel,
61K
Strangelstraße 76.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Hautleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.
E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutsstr. 22/26.

Heute Freitag
eröffnen wir
Nieder-Schönhausen, Kaiser-Wilhelm-Straße 79,
unsere
90. Verkaufsstelle.

Sonnabend, den 6. Juli
bleiben alle Geschäftsräume aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Firma und der in Landeshut (Schles.) stattfindenden Jubiläumfeier
geschlossen.
Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei
F.V. Grünfeld
Landeshut (Schles.) Berlin W, Leipziger Str. 20-21.

Das Möbel-Magazin
Otto Piehl
Brunnenstrasse 120
Das Möbel-Magazin liefert auf Teilzahlung I. zu sehr soliden, billigen Preisen II. liefert keine „Sazzar-Waren“ sondern prima Qualitäten III. hat durch grosse Umsätze die billigsten Preise IV. ist also die vorteilhafteste Bezugsquelle im Norden V. besitzt ca. 600 q Meter Ausstellungs-Räume

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
General-Depot von F. J. Burrus St. Kreuz i. L.
Größte Firma in Feinschnitt-Tabaken des Kontinents
Spezialität: **Shag Tabake u. Zigaretten.**
Amt Moritzplatz 3014.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.
Unverwundbar! Leistungsfähigkeit! Allein-Vorkauf!
Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte, stark. Ganz schwere Leder-Plat-Taschen. Große Flächen unsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezial-Haus größter Maßstabes
Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 23
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 18.
Haupt-Katalog gratis und franko.
Nachdr. verboten.
Reparaturen. Spez.: Unverwundbar! Leistungsfähigkeit! Allein-Vorkauf!
Spezial-Haus größter Maßstabes
Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 23
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 18.
Haupt-Katalog gratis und franko.
Werkstätte für Kunstgegenbau in Berlin N. 24, Al. Hamburgerstr. 17.

A. Wertheim

G. M. B. H.

Versand-Abteilung
Berlin W. 66, Leipzigerstr. 132/37

Die Firma A. Wertheim
hat zu ähnlich lautenden
Firmen Keinerlei Beziehung

Leipzigerstr. 126-30 132-37 Königstr. 31/32 Rosenthalerstr. 27/31 Oranienstr. 52/55
am Bahnhof Alexanderplatz

Lebensmittel-Verkauf

Soweit vorhanden.

*Zusendung ausgeschlossen.

<p>Fleischwaren</p> <p>Harte Zervelatwurst in Fett- und Darm Pfd. 1.60 Zervelatwurst in Rinddarm Pfd. 1.30 Salamiwurst Pfd. 1.30 Bauernmettwurst mit Knoblauch Pfd. 1.00 Berliner Mettwurst . Pfund 70 Pf. *Weiche Mettwurst . . Pfd. 1.05 *Teewurst Pfd. 1.10</p> <p>Landschinken ca. 8-11 Pfund schwer Pfd. 1.25 Westfäl. Knochenschinken Pfd. 1.50 Mausschinken ca. 2 1/4-3 Pfd. schwer . . Pfd. 1.25 Schinkenspeck in Stücken von 1 1/4-4 Pfd. Pfd. 1.15 Delikatess-Sülze Dose 50 Pf. Fleisch-Salat Dose 50 Pf. Schweinskopf in Burgunder-Gelée . . Dose 55 Pf.</p> <p>Kakao und Schokolade</p> <p>Deutsch. Kakao 65, 85 Pf. 1.40 Block-Schokolade . . Pfund 80 Pf. Haushalt-Schokolade 70, 95 Pf. Vanille-Schokolade 1.20, 1.30</p>	<p>*Fleisch</p> <p>Roastbeef 1.10, ohne Knoch. 1.50 Brust u. Fehlrippe Pfd. 85 Pf. Kamm u. Querrippe Pfd. 75 Pf. Kalbskeule und Nierenbraten i. ganzen Pfd. 1.00 Kalbsbrust 75, Spitze 90 Pf. Kalbskamm und Bug 70, geteilt 75 Pf. Hammelkeule u. Rücken i. ganz. Pfd. 90 Pf. Dicke Rippe 85, Dünnung 75 Pf. Rückenfett und Linsen . 65 Pf. Schweinebauch Pfund 70 Pf. Schweinekamm u. Schuft Pfd. 90 Pf. Schulterblatt ca. 4 Pfund schw. Pfd. 75 Pf. Pökelschinken Pfund 1.25</p>	<p>Fruchtsäfte mit Raffinade eingekocht</p> <p>Himbeersaft . . . 1/4 Fl. 95 Pf. 1.30 Kirschsafte . . . 1/4 Fl. 95 Pf. 1.30 Johannisbeersaft . . . 1/4 Fl. 95 Pf. Erdbeersaft 1/4 Fl. 1.25</p> <p>Ananassaft 1/4 Fl. 1.30 Zitronensaft m. Zucker 1/4 Fl. 95 Pf. 1.30 Zitronenmost mit Zucker, 1/4 Fl. 1.15</p> <p>Speisen-Fabrikate gefärbt</p> <p>Pudding- u. Gries-Puddingpulver mit verschiedenem Geschmack 5 Pakete 24 Pf. Rote Grütze-Pulver mit versch. Geschmack, 5 Pak. 30 Pf. Creme-Pulver mit versch. Geschmack, 2 Pak. 25 Pf. Eispulver mit verschiedenem Geschmack . 2 Pakete 28 Pf.</p> <p>Kunst-Geleepulver mit versch. Geschmack, 2 Pakete 35 Pf. Saucen - Pulver mit Vanille-Geschmack, 5 kleine Pakete 24 Pf., 1/4 Ko. Paket 20 Pf. Feinste Bourbon - Vanille Glas, 3 Stangen 40, 75 Pf. 1.15</p>
<p>Ständiger Verkauf: „Trumpf“ feine Speise-Schokolade Pfund 1.50</p>	<p>*Obst und *Gemüse</p> <p>Pflaumen Pfund 15, 18 Pf. Essbirnen Pfund 15 Pf. Kirschen Pfund 12, 18 Pf. Saure Kirschen . . . Pfund 18 Pf. Zitronen Dutzend 25, 35 Pf. Grüne Bohnen . . . Pfund 10 Pf. Tomaten Pfund 17 Pf.</p> <p>Weisskohl Kopf 8, Wirsingkohl 7 Pf. Mohrrüben 4 Bund 10 Pf. Salat-Gurken . . . Stück 8, 15 Pf. Wachsbohnen . . . Pfund 16 Pf. Blumenkohl . . . Kopf 20, 25 Pf. Kopfsalat 5 Köpfe 10 Pf. Kohlrabi 2 Mandel 10 Pf.</p>	<p>Ständiger Verkauf: Pudding-Pulver Mandel und Rosinen Paket 25 Pf.</p>
<p>*Räucherwaren</p> <p>Stralsunder Bücklinge 3 St. 20 Pf. Geräuch. Schellfische St. 10 Pf. Kieler Flundern Pfund 50, 70 Pf. Ahlbecker Flundern 3 Stück 20 Pf. Aale Pfd. 1.05, 1.60, Bund 38 Pf. Neuesauere Gurken 8, 10, 15 Pf. Neue Matjesheringe 3 Stück 25 Pf. Sardellen Pfund 75, 90 Pf. Lachsstör Pfund 58, 65 Pf.</p> <p>*Wild u. *Geflügel</p> <p>Junge Gänse Pfd. 65, 75, 85 Pf. Gänse-Rümpfe . . . Stück 4.25 Junge Enten Stück 1.90 bis 3.50 Suppenhühner St. 1.50 bis 2.50 Junge Hühner St. 55 Pf. bis 1.50 Grosse Brathühner . . Stück 1.95</p> <p>Wildschwein Keule 90, Rücken 90, Blatt 70 Pf. Rehwild zu billigsten Preisen</p>	<p>*Fische</p> <p>Schellfische Pfund 8, 10 Pf. Seelachs ohne Kopf, in ganz. Fisch. Pfd. 6 Pf. Bratschollen . . . Pfund 9 Pf. Rotzungen Pfund 9 Pf. Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fisch. Pfd. 9 Pf. Limandeszungen Pfund 14 Pf. Steinbutten . . . Pfund 42 Pf. Lebende Schleie Pfund 78 Pf. Lebende Karpfen Pfd. 77 Pf. Leb. Aale 65, 95 Pf. 1.10, 1.35</p>	<p>Bowlen-Wein</p> <p>Borsdorfer Apfelwein 1/4 Fl. 34 Pf. 1910 Wellensteiner . 1/4 Fl. 85 Pf. 1910 Westhofener . . 1/4 Fl. 68 Pf. 1909 Saint Mathieu rot 1/4 Fl. 66 Pf. 1910 Obermoseler . . 1/4 Fl. 75 Pf. 1909 Saint Juan rot . 1/4 Fl. 82 Pf.</p> <p>Braunsch. Schiffsmumme konzentriert, 1/2 Dose 1.15, 1/4 Dose 2.20</p> <p>Butter und Käse</p> <p>Kochbutter Pfund 1.18 Tischbutter Pfund 1.24 Tafelbutter Pfund 1.28, . . 1/2 Pfund - Stück 64 Pf. Camembertkäse . . . Stück 23 Pf. Briekäse Pfd. 65, Holländer 95 Pf. Limburger Käse . . Pfund 55 Pf. Romatour-Käse . . . Stück 32 Pf. Faust- u. Spitzkäse 3 Stück 25 Pf.</p> <p>Bratenschmalz . . . Pfund 65 Pf. Marmelade (garantiert rein) etwas gefärbt, Pfd. 33 Pf. Kuh- und Landkäse 3 St. 35 Pf. Schweizer Pfd. 92, Tilsiter 72 Pf. Steinbuscher Käse . . Pfund 92 Pf. Emmentaler Käse . . Pfd. 1.15 Speise-Quark Stück 10 Pf.</p>

Ständiger Verkauf:
Stadt-Küche Leipziger Strasse König-Strasse
Arrangements von Dejeuners, Dinners, Soupers, Buffets, Banketts für Berlin und Auswärts.
Gebr. junge Hühnchen 1.50 u. 1.70
Gebr. junge Enten . . . Stück 4.00
1/4 gebr. junge Gans 1.25 - 1.75
Reise - Kartons . . . 2.50 enthält: 1/2 Flasche Rotwein oder 1/4 Fl. Sherry, 1/2 gebratenes Huhn, 1 Glas Salat, Obst, Brötchen. - 1 Trinkglas, Messer, Gabel, Löffel etc.

Vor und nach der Arbeit eine



JOSETTI-CIGARETTE VERA 3 Pf

Kenner sagen:

Die wohlschmeckendsten und besten Suppen sind die von **Knorr!**

3 Teller Suppe für 10 Pfg.

Probieren heißt, sich überführen

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch arbeitende **Mann**

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei

Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 148 - Neufölln: Bergstr. 66
Nähe Alexanderplatz. 24 Weinmeisterstrasse. am Friedrichshain. (Rixdorf) am Ringbahn.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie

Möbel direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - eigene Tischlerei und Polstererei. - Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Partei-Angelegenheiten.

Königlicher Wahlkreis, 7. Abteilung. Sonntag, 7. Juli: Familien-Ausflug zum „Alten Freund“ nach Bickelwerder. Abfahrt: 9.15 Bahnhof Friedrichstraße. — Nachzügler werden in Bickelwerder erwartet.

Charlottenburg. Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses eine äußerst wichtige Mitgliederversammlung für die dritte Gruppe statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Vorkardt. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. (Wahl eines Gruppenführers.) Der Vorstand.

Bezirk Straßau. Sonntag, den 7. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr: Generalversammlung im Lokal Steinide, Alt-Straßau 5. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Diskussion. 3. Neuwahlen. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Schönhaufen bei Königs-Wusterhausen. Sonnabend, den 6. Juli, abends 8 Uhr, bei Otto Pätzsch: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die soziale Lage der Stallschweizer (Meller).

Ueber die soziale Lage und die besonderen Arbeitsbedingungen der Stallschweizer ist bisher so gut wie nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. In dieser Hinsicht ist es bei dieser Kategorie von Arbeitern noch so — oder noch schlechter — bestellt, wie vor etwa 20 Jahren bei den Bädern, bis dann Veibel mit seinen Erhebungen das ganze Elend dieser Arbeiter ausdeckte und damit den Stein ins Rollen brachte. Die Stallschweizer sind vorwiegend ländliche Arbeiter, sind aber auch in großer Anzahl in den Großstädten vorhanden. Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Großviehbestandes mit seiner großen Viehzucht einerseits, und das schnelle Wachsen der Großstädte andererseits, in denen die Nachfrage nach Milch von Kühen, die unter „tierärztlicher Kontrolle“ stehen, beständig steigt, haben diesen Beruf hervorgerufen. Anfanglich rekrutierten sich die Schweizer besonders aus Süddeutschland (Bavarn) und Sachsen, heute kommen sie aber aus allen Teilen des Reiches. Daß diese Leute unter den denkbar schlechtesten Bedingungen leben, oft noch schlechter als der schlechtestgestellte Landarbeiter, ist bei der Art dieses Berufes nicht weiter verwunderlich. Ist der Landarbeiter schon sehr schwer über seine schlechte Lage aufzuklären und der Organisation zuzuführen, so ist es bei dem Schweizer — auch dem städtischen — noch schwerer. Erstens mag das Verkommen dieser Leute aus den rückständigsten ländlichen Gegenden als Erklärungsgund dafür gelten, dann aber auch ihr völliges Abgeschlossenheit von jeder Öffentlichkeit. Aus diesem Grunde ist es nur zu begrüßen und kann dem Verbands der Land- und Waldarbeiter nicht hoch genug angerechnet werden, daß er zum erstenmal über die Lage dieses Berufes in Groß-Berlin Erhebungen angefertigt hat. 12 Schweizer (Meller) Wohnungen in Groß-Berlin. Ein Beitrag zum Kampf gegen das Kost- und Logiswese“ betitelt sich die 20 Seiten starke Broschüre, die gleichzeitig mit dem Jahresbericht des genannten Verbandes erscheint. Die schriftlichen Darlegungen werden durch zwölf Photographien, welche die „Wohnungen“ dieser Schweizer zeigen, wirksam unterstützt. Nur trifft es zu, was auch in dem Bericht gesagt wird, daß auf der Photographie solche Löhner, Wohnungen genannt, sich noch besser ausnehmen, als in natura. Welch graufames, düsteres Elend spricht aus diesen, fast im Telegrammstil gehaltenen Darlegungen! Das Vieh verfügt in diesen zwölf Kollereien zweifellos über bessere Räumlichkeiten, als die das Vieh wartenden Menschen. Die Kühe darf man nicht ständig in Räume sperren, die weder Licht noch Luftzufuhr haben; sie würden über kurz oder lang zugrunde gehen. Aber die Menschen dürfen in solchen licht- und luftleeren, dumpfigen, verpesteten Löhern hausen; sie kosten ja kein Geld. Die zwölf „Wohnungen“ liegen teilweise im Keller, teilweise auf flacher Erde, in mehreren Fällen liegt die „Wohnung“ auf dem Heuboden. Wirkliche Fenster befinden sich nur in den wenigsten dieser „Wohnungen“. Der Fußboden besteht meist aus Lehm oder Zement, des öfteren zur Hälfte aus Zement und zur anderen Hälfte aus Brettern. Keines der „Zimmer“ ist heizbar. Das „Bett“ besteht meistens aus Strohsack, Unterbett, Kopfkissen und Deckbett. Aus einer Kollerei in Lichtenberg wird aber gemeldet, daß das „Bett“ sehr einem Haufen Lumpen ähnlich ist. Die Bettwäsche wird alle 6—12 Wochen gewechselt, was bei dem unfaulbaren Körperzustande der Schweizer und bei dem völligen Mangel einer Bade- oder Waschgelegenheit nur als eine Schweinerlei bezeichnet werden kann. Das Handtuch wird jede Woche erneuert. Oft dienen diese „Wohnungen“ noch als Aufbewahrungsort für allerhand Futtermittel, wie Kartoffeln, Rüben usw. Die ohnehin schon stickige Luft wird hierdurch geradezu unerträglich. Die Arbeitszeit dieser armen Elenden beträgt 70—90 Stunden pro Woche. An Lohn empfangen sie neben freier Kost, die oft noch sehr ungenügend ist, 40—50 M. monatlich. Mußt es da nicht wie ein John an, wenn fünf von diesen zwölf Kollereibesitzern das berühmte Schild in der Haustüre haben: „Küche unter tierärztlicher Kontrolle, Milchunterprüfung im städtischen Nahrungsmittelamt.“ Die Kühe stehen unter tierärztlicher Kontrolle, während die dienstbaren Geister des Kuhstalles im eigenen Schmutz ersticken, in Löhern, Wohnungen genannt, kampieren, in denen sie den gefährlichsten Krankheiten ausgesetzt sind. Und diese im Schmutz erstarrten Leute drücken den Kühen die Milch aus dem Euter! Ist das hygienisch? Psiu Teufel! Und da regt sich kein behördliches Organ, keine Gesundheitspolizei. Nicht einmal die Berliner Bevölkerung ahnt, unter welchen unhygienischen Bedingungen die Milch gewonnen wird, die als reine Kindermilch angepriesen wird. Bis dann so eine vaterlandslose Arbeiterorganisation kommt und solche, alle Schichten der Bevölkerung schädigenden, miserablen Zustände aufdeckt. Hier kann nur, ebenso wie bei der Bäderbewegung, Abhilfe geschaffen werden, indem die konsumierende Bevölkerung und die zuständige Arbeiterorganisation einen erbitterten Kampf gegen derartige, allem Fortschritt Hohn sprechende Zustände inszenieren, im Interesse der 600—700 Stallschweizer, die unter diesen Umständen ihr Leben fristen, und im Interesse der Volksgesundheit.

Ferienarbeiten.

Die großen Ferien stehen vor der Tür und werden von unsern Kindern mit Sehnsucht erwartet. Frei von jedem Schulzwang sollen sie fünf Wochen der Erholung und dem Kräftesammeln widmen. Vielen winkt eine Reise zu Verwandten aufs Land oder eine Wanderung durch die Berge oder ein Aufenthalt an der See. Nach Schluß des Unterrichts am letzten Schultage werden die Bücher beiseite gepackt, um dort zu ruhen, bis die Vorbereitungen für den ersten Schultag auch sie wieder aus der ihnen so gern gegönnten Ruhe aufschrecken, wenn nicht ein gestrenger Lehrer seinen Schülern eine unwillkommene Zugabe in Form von Ferienaufgaben gemacht hat.

Es kann nicht geleugnet werden, daß viel in den fünf Wochen der Ferien vergessen wird und daß eine Auffrischung der Wissenskstoffe auch in den Ferien manchmal ganz angebracht wäre. Aber meistens versehen Ferienaufgaben ganz ihren Zweck. Sie drücken auf die Ferienfreude und werden von Tag zu Tag hinausgeschoben, bis sie schließlich am letzten Tage wie ein schreckliches Gespenst sich einstellen, das nicht eher weicht, als bis mit aller Energie und Eile die lästigen Arbeiten erledigt sind. Unter solchen Umständen sind sie ganz zwecklos, ja sogar schädlich, da sie dem ersten Schultage einen düsteren Stempel aufdrücken. Auf eine ökonomische Verteilung umfangreicher Schularbeiten während der Ferien braucht die Schule bei den Kindern nicht zu rechnen, denn Kinder handeln noch nicht ökonomisch. Sie lassen sich das Unangenehme bis zuletzt, was sogar bei Erwachsenen vorkommen soll. Darum fort mit den Ferienaufgaben. Viele Lehrer haben aus dem angeführten Grunde mit dem Brauch der Ferienaufgaben schon gebrochen.

Am Sonnabend, den 6. Juli, fällt die Juristische Sprechstunde aus.

Ferien-Sonderzüge kündigt die Eisenbahndirektion gegenwärtig für das reisende Publikum an. An den Platzaufstellungen und auf den Bahnhöfen findet man die Bekanntmachungen mit den näheren Angaben, den Abfahrtszeiten usw., angehängt. Nur die wichtigste Angabe, die Hauptreise für jeden, der einen Extragug benutzen will, fehlt, nämlich der Preis für die Fahrt. Um den Preis zu erfahren, muß man erst nach einer besonderen Auskunftsstelle gehen. Die große Masse der Reisenden, die einen Extragug nach der Sächsischen Schweiz, dem Harz, dem Riesengebirge oder nach der See benutzen, tun es der Billigkeit wegen, denn ein Vergnügen ist die Fahrt im Extraguge gewöhnlich nicht. Der Preis für die Fahrt spielt für die große Mehrzahl die allererste Rolle. Die Abfahrtszeiten, die Vorschriften für Gepäck usw. werden viel später erwochen. Zuerst heißt es: Wie weit reichen meine Mittel, was kostet die Fahrt nach hierhin, nach dort hin? Und da ärgert sich jedermann, der auf den Bekanntmachungen über Ferien-Sonderzüge diese wichtigste Frage nicht beantwortet findet. Die reichen Leute fahren lieber nicht mit dem Extraguge, weil damit mancherlei Unbequemlichkeiten verbunden sind, und weil sie es nicht nötig haben, ängstlich auf den Preis zu sehen. Der kleine Mann aber, der über die Mittel verfügt und sich eine Ferienreise mit dem Extraguge gönnen kann, stellt vor allen Dingen eine Kostenrechnung auf. Das sollte auch die Eisenbahndirektion wissen und bei allen Bekanntmachungen über Ferien-Sonderzüge auch gründlichen Bescheid über die Preise der Fahrten geben, anstatt mitzuteilen, wo man sich Auskunft darüber holen kann, wie es heute geschieht. Warum so unpraktisch? —

Der erste Ansturm der Ferienreisenden hat gestern begonnen. Obwohl die Schulen ihre Porten noch nicht geschlossen hatten, sah man doch schon viele Elternpaare, die zusammen mit ihren Sprößlingen der Reichshauptstadt den Rücken schrieben und vom Sietliner, Görlitzer und Anhalter Bahnhof aus die See oder das Gebirge aufsuchten. Schon um 7 Uhr morgens machte sich ein starker Andrang, namentlich auf dem Sietliner Bahnhof bemerkbar, wo bereits einige Vor- und Sonderzüge nach den großen Ostseebädern abgelaufen wurden. In langer Reihe fuhren Auto- und Pferdetrotschen, Wagen der Berliner Pafefahrt und der Bz. Bg. vor dem riesigen Bahnhofgebäude im Norden der Stadt vor und in dem weiten Vorraum, sowie auf dem Perron herrschte ein Gedränge, das die wesentlich vergrößerten Posten an den Billettschaltern kaum allen Anforderungen nachzukommen vermochten. Da natürlich die einzelnen Züge auch nicht im entferntesten die ungeheuren Gepäckmengen zu befördern vermocht hätten, hatte die Eisenbahnverwaltung eigene Gepäckzüge eingelegt, die die zahllosen Koffer und Gepäckstücke der Reisenden an Ort und Stelle beförderten. Nicht ganz so gewaltig war der Verkehr auf dem Görlitzer Bahnhof, wo erfahrungsgemäß erst am 1. und 2. Ferientag der Hauptverkehr einsetzt, doch wurden auch hier bereits Sonderzüge abgelaufen, da die jahrplanmäßigen D- und Personenzüge dem Andrang des Publikums unmöglich gerecht geworden wären. Der Anhalter Bahnhof, auch dem bereits seit mehreren Tagen lebhafter Verkehr herrscht, war auch gestern morgen das Ziel vieler und die schmale Zufahrtsstraße vom Astanischen Platz und der Königgräber Straße verdrängte kaum den riesigen Wagenpark zu fassen, der in langem Zuge heranrollte. Wie die Bahnhofsoberanten, die zu Beginn der Ferienzeit überbürdet sind und die sich vor Fragen seitens der Reisenden kaum zu retten wissen, behaupten, hat der Reiseverkehr diesmal gegen die Vorjahre einen erheblichen Aufschwung genommen und das Bahnhofpersonal sieht den nächsten Tagen mit gemischten Gefühlen entgegen, die eine noch ganz erhebliche Steigerung des Reiseverkehrs bringen dürften.

Das Augusta-Hospital soll erweitert werden durch Neubauten in der Schornhorststraße. Der Vorstand des Augusta-Hospitals hat beschlossen, die seit über 42 Jahren schon bestehenden großen hölzernen Voraden durch den Neubau eines massiven Kranfengebäudes zu ersetzen. Den Neubauten muß das bisherige Leichenhaus und die Begräbniskapelle weichen. Sie sind durch einen stotlichen Bau ersetzt, der den erweiterten Bedürfnissen Rechnung trägt, denn auch das gegenüberliegende Jndelidenhaus macht bei Bestattungen vielfach Gebrauch von dieser Kapelle des Augusta-Hospitals. Diese Bauarbeiten werden jetzt abgebrochen und dann soll mit den Neubauten begonnen werden. Im Erdgeschoß soll die „innere Klinik“ für Männer und im ersten Geschoß, außer der „äußeren Klinik“, die Operationsäle, Röntgenräume usw. eingerichtet werden. Für Verwaltungszwecke und Arztwohnungen sind weitere Räume bestimmt, die im Spätsommer 1913 fertig sein sollen.

Vom Waisenhaus Berlin

erzählt eine dem Berliner Kommunalreissim dienende Zeitungs-korrespondenz, daß es schon wieder vergrößert werden soll. Die Notiz, die in galligem Ton sich über die Zunahme der Waisenhausfrequenz äußert, ist unter anderem von der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlicht worden. Wir lesen da, daß die Frequenz von Jahr zu Jahr wächst und „schon auf rund 4000 Kinder gestiegen“ ist. Die Angabe bezieht sich wohl auf das Verwaltungsjahr 1910/11, das in der Zeitungsnotiz an einer anderen Stelle genannt wird. Von wo der Verfasser sich die „Frequenz“ 4000 hergeholt hat, ist nicht recht klar. Was müssen die staunenden Leser des Agrarierblattes, die Berlin nicht kennen, sich dabei denken! Vielleicht werden sie gar auf den tollen

Gedanken kommen, daß in unserem Waisenhaus 4000 Kinder gleichzeitig verpflegt werden. Nein, so groß ist die Anstalt wirklich nicht. Der Etat für das jetzt laufende Jahr 1911/12 nahm beim Waisenhaus Berlin im täglichen Durchschnitt eine Belegung mit nur 270 Kindern an, und auf etwa 270 hatte auch im vorhergehenden Jahr 1910/11 der tägliche Durchschnitt sich gestellt. Da aber dieses Waisenhaus für viele Kinder lediglich Durchgangsstation ist, in der sie nur kurze Zeit verweilen, so können selbst bei der täglichen Belegungsziffer von 270 im Laufe eines Jahres Tausende aufgenommen und entlassen werden.

Mit „rund 4000“ ist anscheinend die Zahl der Kinder gemeint, die im Jahre 1910/11 in Waisenpflege kamen; genauer waren es 4326. Jene Zeitungsnotiz hebt hervor, „und etwa 3300“ davon seien in Berlin geboren; genauer waren das 3215. Sie knüpft daran die folgende Behauptung, die manchen nicht wenig überraschen wird: „Aber auch die Mehrzahl dieser 3300 sind von Reichs wegen keine geborenen Berliner. Sie sind vielmehr von auswärtigen Müttern hier in Entbindungshäusern, dem Odbach, der Charité usw. geboren und dann verlassen worden.“ Also nicht die sündigen Berlinerinnen, sondern die Auswärtigen sind es, die ihre hier geborenen, vermutlich unehelichen Kinder einfach verlassen? Und solche von auswärtigen Müttern verlassene Kinder, die dann der Waisenpflege anheim fallen, sollen unter den aufgenommenen eines einzigen Jahres in so großer Zahl gewesen sein, daß sie die „Mehrzahl“ von 3000 waren? Was werden die in den kleinen Städten und auf dem Lande wohnenden Leser und Leserinnen des Agrarierblattes sagen, wenn sie hören, daß die Früchte der vielbesagten Sittenlosigkeit unserer Reichshauptstadt zu einem so großen Teil gar nicht auf dem Berliner Sumpfboden gewachsen, sondern aus den unerbundenen Gefüßen provinzieller Tugend importiert sein sollen! Die Tatsache steht allerdings fest, daß eine nicht geringe Anzahl der unehelichen Geburten Berlins nicht den Berlinerinnen, sondern der Provinzial-schuld zu danken ist, die in der Großstadt unbemerkt sich ihres Mutterglaubens zu entledigen sucht. Aber der Verfasser jener Notiz hat in seiner Klage über die den Berliner Stadt-fäden belastende Zunahme der Waisenkinder sich im Eifer des Schimpfens eine saubere Uebertreibung geliebt, auf die in ihrer Unschicklichkeit die „Deutsche Tageszeitung“ hineingefallen ist, weil ihre blinde Wut über die unausfalsame Abwanderung der Landbewohner nach den Großstädten sich wieder einmal Luft machen wollte.

Aus dem Verwaltungsbericht der Waisenverwaltung teilt die Notiz auch Zahlen über die Gründe mit, aus denen die Kinder in Waisenpflege kamen. Der Bericht sagt z. B., daß im Jahre 1911/12 von überhaupt 4326 in Waisenpflege gekommenen Kindern 1291 „wegen Armut der Eltern“ aufgenommen wurden. Die Notiz gibt das so wieder: „1291 wurden aufgenommen wegen Armut der Eltern, die die Kinder hungern ließen.“ Dieser aus Eigenem hinzugefügte Satz von den „Eltern, die die Kinder hungern ließen“, war etwas für die „Deutsche Tageszeitung“. Es verstand sich von selber, daß sie ihn begierig aufgriff und unterfützt abbrückte. Edle Seelen finden sich!

Verbesserungen im Straßenbahnverkehr. Der bisher in der Leibnizstraße endigende Teil der Linie 88 wird über die Kant- und Wilmerdorfer Straße bis zum Stuttgarter Platz mit der Endstation in der Kaiser-Friedrich-Straße verlängert, um später dem Zuge der letzteren weiter zu folgen. Zur Unterscheidung von den nach Wilmersdorf fahrenden Wagen der Linie 88 wird der in der Kaiser-Friedrich-Straße endigende Teil die Liniennummer 188 führen. — Die Linie Z wird vorläufig ihren Endpunkt an der neuen Abfahrtsstelle in der Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Stuttgarter Platz, erhalten. Sobald die Linie U im Zuge des Kaiserdamms bis zum Reichs-konzertplatz verlängert wird, wird auch die Linie Z eine Verlängerung durch die Holtenauerstraße, Joachim-Friedrich-Straße und den Kurfürstendamm bis zum Ringbahnhof Halensee erhalten.

Verzweiflungstat einer Mutter.

Eine furchtbare Tragödie hat sich am gestrigen Morgen in dem Hause Mariendorfer Straße 1/2 in Steglitz abgespielt. Dort ertränkte die 33jährige Portiersfrau Marie Friedrich ihre fünf Kinder in der Badewanne und versuchte sich dann selbst das Leben zu nehmen, wurde jedoch von hinzukommenden Hausbewohnern noch im letzten Augenblicke gerettet. Ueber die Ursachen der furchtbaren Tat, die von der unglücklichen Mutter offenbar in einem Anfall von Geistes-störung verübt wurde, erfahren wir folgende nähere Einzelheiten: Vor etwa vier Monaten war von dem Hausbesitzer, Maurermeister Beck, der Schuhmacher Friedrich als Portier des erst vor einem Jahr erbauten Hauses Mariendorfer Straße 1/2 engagiert worden. Er, der im 38. Lebensjahre steht, vernachlässigte seinen Dienst vom ersten Tage an und überließ, da er ständig trank, seiner Frau die gesamten Arbeiten. Diese war jedoch schon mit ihrer Wirtschaft und ihrer Sorge um sieben im Alter von einem halben Jahr bis zu sieben Jahr stehenden Kindern derartig über-lastet, daß sie kaum allen an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden vermochte. Hierzu kam, daß Frau F. seit mehreren Jahren an einem Brustleiden erkrankt war, das sie zeitweilig völlig arbeitsunfähig machte. Ihr Mann trug zum Lebensunter-halt der Familie sehr wenig bei, da er nur gelegentlich arbeitete und seiner Frau die ganze Sorge überließ. Er mißhandelte die Frau auch häufig, wenn sie ihm nicht genügend Geld von ihrem großen Verdienst ablieferte und so waren eheliche Szenen zwischen dem Paare an der Tagesordnung. Die Frau verstand es trotz alledem, ihren Nummer vor der Welt zu verbergen, doch nahmen die Rohheiten ihres Mannes in letzter Zeit einen so bedrohlichen Charakter an, daß Frau F. einer in dem Hause wohnenden jungen Frau sich offenbarte und dieser mitteilte, daß sie ihren Mann verlassen werde, wenn dieser sich nicht bald ändere. Am Dienstagabend war es zwischen den Friedrichschen Eheleuten wiederum zu einem heftigen Streit des Geldes wegen gekommen und der Schuh-macher mißhandelte seine Frau derartig, daß die Hilferufe der unglücklichen durch das ganze Haus schallten. Friedrich drohte seiner Frau, daß es ihr noch viel schlimmer ergehen werde, wenn sie ihm nicht das Geld, das sie von dem Hauswirt am 1. des Monats erhalten hatte, ausliefern werde. Daraufhin reiste der Entschluß in Frau F., zusammen mit ihren Kindern aus dem Leben zu scheiden. Am Mittwochabend teilte sie einem im Hause wohnenden Dienstmädchen mit, daß sie mit ihren Kindern während der Nacht eine in der vierten Etage des Hinterhauses leerstehende Wohnung beziehen werde, um sich vor ihrem Mann zu retten. Sie bat auch das Mädchen, ihr mitzuteilen, wenn der Schuhmacher seine im Keller des Hauses gelegene Wohnung verlassen habe, damit sie dort das Mittagessen für sich und die Kleinen zubereiten könne.

Als das Dienstmädchen dann am gestrigen Vormittag um 8 1/2 Uhr die von der Portiersfrau während der Nacht innegehabte Wohnung betrat, entdeckte sie niemand, doch drang ihr aus dem daneben gelegenen Badezimmer ein dumpfes Stöhnen entgegen. Auf dem Fußboden lagen nebeneinander die fünf Kinder ohne jede Bewegung, doch konnte man an der Art der Stellung und den völlig durchgehenden Kleider erkennen, daß sie nicht schliefen, sondern daß sie offenbar ertränkt worden waren. Die Frau selbst lag in der Badewanne und gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Das Dienstmädchen benachrichtigte sofort mehrere Hausbewohner, die ihrerseits zwei Ärzte hinzuriefen. Auch das nächste Polizeirevier wurde umgehend verständigt. Die Untersuchung der Ärzte ergab, daß die fünf Kinder sämtlich den Tod durch Ertrinken gefunden hatten. Die Mutter hat die Kleinen also offenbar sämtlich ertränkt. Frau F. wurde sofort in das Krankenhaus Vichterfelde geschafft, wo sie nach ihrer Rückkehr ins Bewußtsein in Erkenntnis ihrer furchtbaren Tat in so schwere Krämpfe verfiel, daß bei dem völlig getrüebten Nervensystem der Frau an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die Leichen wurden polizeilich beflaggt.

Aus Wuhlgarten, der Anstalt für Epileptische, wird berichtet: In der Nacht vom 25. zum 26. Juni brach unter den Kranken — männlichen wie auch weiblichen — eine choleraartige Erkrankung aus. Alle wurden von einem betartigen Durstfall befallen, daß die vorhandenen Koffeinzugaben und Nachtrinken bei weitem nicht ausreichten. In ihrer Angst mächten die Kranken den Not in die Erde und die betlägerigen Wänden in die Betten und wälzten sich vor Schmerzen in ihrem Kot. Unter diesen Umständen waren in kurzer Zeit alle Abteilungen in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Das Pflegepersonal wurde zu der äußersten Anstrengung herangezogen. Die Arbeiten des Personals wurden noch dadurch außerordentlich erschwert, daß in diesen Abteilungen weder Entföschung noch sonst ein Desinfektionsmittel vorhanden war, so daß für das Parteipersonal die große Gefahr der Ansteckung bestand. Die Ursache dieser Krankheitserscheinung wird in dem zum Mittagessen gereichten Dörren (Rohrbröden) zu suchen sein. Die Kranken beklagten sich bereits während des Essens über den eigenartig sauren Geschmack und bereits wenige Zeit später über Leibschmerzen. Hier ist nun eine merkwürdige Tatsache zu erwähnen, daß das Essen vor der Ausgabe durch die Oberköchin, vom Deconomieinspektor oder auch Direktor revidiert und gekostet wird. Trotz alledem ist am festlichen Tage nichts Anstößiges gefunden worden. Sollte es nun zutreffen, wie Frau Sama behauptet, daß für die Kostproben besondere Öfen gekostet wird?

Vom Pflegepersonal wird bereits seit längerer Zeit die Bildung einer Menagekommission gefordert. Das Bedürfnis nach einer solchen Kommission muß geradezu als dringend bezeichnet werden, da ähnliche Vorkommnisse, wie geschildert, wenn auch in milderer Form, hier zur Tagesordnung gehören können.

Auf einem Schulausflug ertrank. Mittwoch nachmittag erkrankte der zwölfjährige Schüler Bruno Neubauer aus Berlin, Graubener Straße 5, beim Baden im Kolosse. Der Knabe befand sich mit seiner Schule und in der Begleitung seines Lehrers auf einem Ausflug nach Köpenick, und auf der Rückkehr habe er gemeinsam mit anderen Schülern und erkrankt, ehe ihm Hilfe geleistet werden konnte.

Die Leiche eines Erhängten wurde gestern morgen in der Stadtforst am Müggelsee, etwa 200 Meter vom Restaurant Kniezack entfernt, von einer Fischer abgehängt. Nach den vorgefundenen Papieren handelt es sich um einen Darmhändler aus Steinitz, der durch geschäftliche Schwierigkeiten zum Selbstmord getrieben wurde. Er hatte einen Brief an seine Frau und einen Zettel an seinen Hauswirt bei sich.

Zwischen den Buffern gerammt. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag auf dem Bahnhof Plauenburg bei Wernau ereignet. Auf dem Güterbahnhof waren die Aufsicherer eines Plauenburger Holzhandlung damit beschäftigt, von einem Wagon Holz abzuladen. Dabei stießen sie versehentlich die Bremse des Güterwagens und der schwere Wagon rollte über das nach Wernau zu belegene Gefälle hinab. Nach etwa 100 Meter Fahrt prallte der Güterwagen auf einen anderen, der auf dem toten Gleis stand. Bei dem Zusammenstoß der beiden Wagen wurde der 13jährige Schüler Ernst Schade aus Berlin, der sich bei seinen Verwandten in Plauenburg aufhielt und auf den Gleisen vor dem zweiten Wagon spielte, von den Buffern erfasst und erlitt so furchtbare Verletzungen, daß er schon nach wenigen Augenblicken verstarb.

Schwerer Unglücksfall auf der Wussuminsel. Bei den Wussumbauten auf dem Inselgelände hat sich ein verhängnisvoller Unglücksfall zugetragen. Der Bauarbeiter Friedrich Wehler, Weberstraße 46 wohnhaft, hatte über einem etwa 14 Meter tiefen Schacht gearbeitet. Als er in den Schacht hinunter sah, muß er wohl einen Landaufschubler erlitten haben, denn plötzlich kippte er um und fiel nach vorn in den Abgrund. Unten schlug der Verunglückte noch auf einen eisernen Träger auf. Er erlitt schwere innere Verletzungen sowie Beinbrüche, so daß er in rechte bedenklichem Zustande nach der Charité gebracht werden mußte.

Von einem Automobil überfahren und schwer verletzt wurde der achtjährige Schüler Fritz Ulrich, Neue Hochstraße 26, bei den Eltern wohnhaft. Er hatte mit anderen Knaben aus der Straße gespielt. Als er über den Fahrbahn rann, beachtete er nicht das Herannahen eines Dieselmotors. Das Vorderrad des Kraftwagens rief den Knaben zur Erde und nun ging das Hinterrad des schweren Gefährts über Brust und Beine des Verunglückten fort. In besinnungslosem Zustand wurde er nach dem Vichow-Krankenhaus gebracht, wo schwere Querschnitte und Verwundungen festgestellt wurden. Es ist leider wenig Hoffnung vorhanden, den Knaben am Leben zu erhalten.

Spurlos verschwunden ist seit 1. Juli morgens 7 1/2 Uhr der elfjährige Hans Dietrich, Liebenburgerstr. 7 bei den Eltern wohnhaft. Bei seinem Fortgang trug er einen weißen Strohhut mit blauem Band, weiß-blau gestreifte Watrofenhülse, blaue Wollsocken, braune Wadenstrümpfe, Sandalen und einen grünen Kodenmantel. Der Knabe ist mittelgroß, hat blonde Haare, blaue Augen und als besonderes Erkennungszeichen auf jeder Wade einen eisenringförmigen braunen Leberfleck.

Wer irgend welche Nachricht über seinen Aufenthaltsort geben kann, wird gebeten, diese nach Liebenburgerstr. 7 oder ein Polizeirevier gelangen zu lassen.

Vorort-Nachrichten.

Vinstenberg. Johann Jeyffson, ein alter Parteilveteran, wurde am Mittwoch auf dem Friedhof in Wriezahn im Alter von 65 Jahren zu Grabe getragen. Ein großer Teil Parteigenossen erwiderte ihm die letzte Ehre und Genosse Schulte gedachte in eindringlichen, zu Herzen gehenden Worten des Toten. Genosse Jeyffson, von Beruf Klavierbauer, gehörte schon in jungen Jahren dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ an und hat der Partei bis zum Tode angehört. Weil er Schwede war, mußte er sich in unserem Volkstaat Preußen sehr zurückhaltend bewegen; aber im engeren Kreise seiner Freunde und Bekannten war er ein treuer Berater und Ratgeber. Im Alter von 62 Jahren hat man ihm nach einem Ausweisungsbefehl überbracht, als er von Berlin nach Vinstenberg überbedelte, um sich als Zigarettenhändler niederzulassen. Im „Vorwärts“ wurden damals diese Volksschicksalen gehässig gebraut und die Ausweisung schließlich wieder aufgehoben. Somit hatte der Heimattote doch wieder eine Heimat gefunden. Alle, die ihn gekannt, werden ihm ein treues Andenken bewahren!

Charlottenburg.

Die städtischen Arbeiter waren am Mittwoch zahlreich im Volkshaus versammelt, um zu einer Reihe wichtiger Fragen Stellung zu nehmen. Seit Juni 1909 bestehen in Charlottenburg in der Mehrzahl der städtischen Betriebe Arbeiterausschüsse. Nach dem Regulator ist der Magistrat berechnigt, die gesamten Ausschüsse zusammenzuführen, wenn Angelegenheiten von größter Tragweite zu erledigen sind. Trotzdem dieser sogenannte „Allgemeine Arbeiterausschuss“ seit über drei Jahren besteht, hat der Magistrat bisher noch keine Sitzung einberufen. Die Arbeiter haben nunmehr von ihrem Recht Gebrauch gemacht und selbst die Sitzung beantragt. In der Versammlung wurden nach einem eingehenden Referat Volentzes die nachstehenden Anträge beschlossen und der „Allgemeine Arbeiterausschuss“ mit ihrer Vertretung beauftragt:

1. Das Gewerbegericht für alle städtischen Betriebe als Schiedsgericht in Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten anzuerkennen.
2. Alle städtischen Arbeiter und Angestellten, insbesondere das Haus- und Pflegepersonal der Krankenhäuser und Pflegeanstalten der Krankenversicherung zu unterstützen.
3. Allen städtischen Handwerkern, Arbeitern und Angestellten Dienst- bzw. Berufsberatung zu gewähren.
4. Abänderung des Regulators für die Arbeiterausschüsse.
5. Die Bestimmungen über die Familienzulagen in der Weise zu ändern, daß allen städtischen Arbeitern für jedes Kind unter 15 Jahren ein monatlicher Zuschuss von 5 M. gewährt wird.
6. Eine Arbeitsnachrichtstelle für städtische Arbeiter zu schaffen. Die Betriebsleiter sollen gehalten sein, alle freien Stellen dort anzumelden. Ebenso sollen die Betriebsleiter verpflichtet sein, etwaige Entlassungen aus Arbeitsmangel vorher dieser Stelle mitzuteilen, um zu ermöglichen, daß bei etwaigen Entlassungen die Arbeiter nach anderen Betrieben überwiesen werden können.

Steglitz.

Ein Schachturnier veranstaltet der hiesige Arbeiterturnverein Sonnabend, den 6. Juli, im Restaurant „Vierenswäldchen“. Da dem Verein nach wie vor die Turnhallen verweigert werden und er sehr unter Drangsalierungen der Behörden zu leiden hat, wird die Arbeiterschaft besonders auf die Veranstaltung hingewiesen.

Zehlendorf (Bannseebahn).

Die Leiche eines 16jährigen jungen Mannes fanden Streckenwärtner auf der Bannseebahn zwischen den Stationen Schlachtensee und Nilsalsee. Der Kopf war ihm völlig vom Kumpff abgetrennt. Nach den bei dem Toten vorgefundenen Papieren handelt es sich um einen Georg Vartisch aus Schöneberg, dessen Eltern in der Goltzstr. 7 ein Kleiderwarengeschäft betreiben.

Nieder-Schönhausen, Nordend.

Die Generalversammlung des Bezirkswahlvereins am Dienstag war infolge des wolkenbruchartigen Regens nur schwach besucht. Der Vorsitzende, Genosse Buchweitz, berichtete über das letzte Halbjahr. In diesem fanden drei Mitglieder- und sechs öffentliche Versammlungen statt. Die Mitgliederzahl betrug 444 (im Vorjahr 378) und zwar entfielen auf die Orte Nieder-Schönhausen 276 (246) männliche und 60 (48) weibliche, Nordend 27 (28) männliche und 4 (9) weibliche, Plauenfelde 18 (18), Schildow 10 (8), Wilsleben 38 (39) männliche, 1 (0) weibliche, Schönfisch 8 (1) und Summt 7 (0) Mitglieder. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser ist von 442 auf 524 gestiegen. Den Kassenbericht erstattete Genosse Schaper. Bei einer Einnahme von 8064,87 M. und Ausgabe von 8017,78 M. verbleibt ein Bestand von 47,11 M. Die Bibliothek weist gegenwärtig 260 Bände auf und befindet sich beim Genossen Ernst Jellrich, Waldowstr. 28b II. Bücher können dort wochentags von 6-9 Uhr entnommen werden. Von einer lebhaften Tätigkeit der Agitationskommission berichtete Genosse Käsehägen. Im letzten Halbjahr fanden drei Mitglieder- und zwei öffentliche Versammlungen statt. Die „Fackel“ wurde in 6700 Exemplaren verbreitet, außerdem gelangten 3000 Flugblätter und Broschüren zur Verteilung. In die Bezirksleitung wurden als erster Vorsitzender Genosse Buchweitz, als erster Schriftführer Genosse Kanneberg und als erster Kassierer Genosse Reinhardt gewählt. Die Ausschüsse und Kommissionen wurden durch verschiedene Reumauern ergänzt. Das Sommerfest findet am Sonntag, den 14. Juli, bei Liedemitz statt.

Da im nächsten Jahre die Landtagswahl stattfindet, ist es nötig, daß jeder Genosse die preussische Staatsangehörigkeit besitzt. Heber den Erwerb derselben erteilt Genosse Käsehägen, Trosdowitzerstr. 21, Auskunft.

Bernau.

Die nur schwach besuchte Generalversammlung des Wahlvereins nahm den Bericht des Vorsitzenden, Genossen Schneider, über das abgelaufene Geschäftsjahr entgegen. In Arbeiten hat es im letzten Jahre nicht gemangelt und fanden 223 Vorbereitungen 441 Ausgänge gegenüber. Mitgliederversammlungen fanden 12 und öffentliche Versammlungen 16 statt. Die Kasseier hatte eine besonders starke Beteiligung auszuweisen und konnten dem Bezirkswahlfonds 117 M. überwiesen werden. Der Frauentag gestaltete sich ebenfalls zu einer imposanten Kundgebung. Dem Kassenbericht, erstattet vom Genossen Künze, ist zu entnehmen, daß die Einnahmen 3237,84 M. und die Ausgaben 3113,82 M. betragen. Der Kassenbestand beträgt 123,82 M. Lebhaftige Klagen erhebt der Kassierer darüber, daß ein Teil der Mitglieder im Bezahlen der Beiträge sehr langsam ist, wodurch ihm die ordnungsgemäße Kassenführung sehr erschwert wird. Der Mitgliederstand hat sich von 283 auf 386 erhöht, außerdem sind 35 Mitglieder von Ladeburg an Ober-Larnim abgetreten.

Als Obmann der Landtagaktion berichtet Genosse Köhler, daß 17 Agitationstouren stattgefunden haben, wobei 23 000 „Fackeln“ und Flugblätter sowie 550 polnische Druckschriften verteilt wurden. Zur Reichstagswahl sind 45 000 Flugblätter verteilt worden. Bei den Neuwahlen wurden die Genossen Bruno Schneider als 1. Bezirksleiter, Franz Köhler als 2. Bezirksleiter, Max Rosenow als Kassierer und Ernst Freudenberg als Schriftführer gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten forderte der Vorsitzende auf, die Mitgliederversammlungen besser und pünktlicher zu besuchen.

Petershagen bei Frederksdorf.

Der Bezirkswahlverein Petershagen-Frederksdorf hielt am Sonntag seine Halbjahrs-Generalversammlung ab. Den Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung erstattete Genosse Hölzerbarth. Aus ihm ging hervor, daß der Bezirk 64 Mitglieder (darunter 3 weibliche) und 216 Vorwärtsabonnenten zu verzeichnen hat. Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen 248,90 M. und die Ausgaben 224,75 M., der Kassenbestand 24,15 M. In die Bezirksleitung wurden gewählt die Genossen Hölzerbarth (1. Bezirksleiter), P. Görlich (2. Bezirksleiter), P. Jütting (Kassierer), O. Bräuning (Schriftführer), G. Uffenwäcker (son.) und Jean Glah (Beisitzer). Als Revisoren wurden die Genossen Ludwig, Zusecke und Kado, als Bibliothekar Genosse Kramrich gewählt.

Potsdam.

Unverbesserlich. Nach Unterschlagung von über 1000 M. und Fällungen der Polizeigeld ist der Faktor Wälder von hier flüchtig geworden. Wälder, der erst kürzlich aus dem Zuchthaus entlassen worden war, wurde auf Veranlassung einer christlichen Fürsorgestelle für entlassene Strafgefangene in der Potsdamer Vereinsabteilung, einer christlichen Doffin, untergebracht und verstand es, hier das Vertrauen seiner Vorgesetzten zu erwerben, daß er dann mißbrauchte.

Rowatze.

Die Müllabfuhr, die vor etwa Jahresfrist von der Gemeinde wegen Unrentabilität aufgegeben wurde und seit dieser Zeit von einem Unternehmer im Auftrage der eigens zu diesem Zweck gegründeten Wirtschaftsgenossenschaft der Haus- und Grundbesitzer geleitet wird, verspricht anscheinend ein lukratives Geschäft zu werden. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der Genossenschaft wurde festgestellt, daß sich das Unternehmen nach Ueberwindung mancherlei Schwierigkeiten, die hauptsächlich in dem ungünstigen Kontrakt mit dem Fuhrunternehmer, der unregelmäßigen Müllabfuhr, dem Mangel einer geordneten Abfuhrgebühr und dem ungeeigneten, der Gemeinde gehörigen Wagen ihre Ursache hatten, gegen. Schluß des ersten Geschäftsjahres günstig entwickelt habe. Während die Gemeinde in den neun Monaten des Eigenbetriebes etwa 3000-3500 Mark zugeföhrt hatte, konnte die Genossenschaft im ersten Vierteljahr 1912 bereits einen Ueberfluß von 235 M. verzeichnen. So erfreulich dieser Erfolg auch für die Herren Genossenschaftler sein mag, eines hat er mit Deutlichkeit gezeigt: daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter sich seinerzeit mit vollem Recht gegen die Aufgabe der Gemeindeverwaltung gewandt hatten. Ihre Ansicht, daß sich nach Ueberwindung der ersten Schwierigkeiten und zweckentsprechender Regelung der Abfuhrgebühren kein Zuschuß mehr nötig machen würde, wird jetzt auf diese Weise ungemocht als richtig bestätigt.

Spandau.

Tödlich überfahren wurde in der Staatener Straße der Arbeiter Turgenmeister aus dem Feuerwerkslaboratorium. Er hatte zum Schutz gegen Regen seinen Schirm aufgespannt und war daher nicht gewahrt geworden, daß ihm ein Zug der Bölgomer Kleinbahn überholte. Er wurde von der Lokomotive erfasst und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus gestorben ist.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Sonntag, den 7. Juli: Gruppenausflüge nach „Karollinenhof“. 1. Gruppe: Johannishof, Grünau, Karollinenhof (16 Kilometer). Fahrgeld 30 Pf. Treffpunkt 1/2 Uhr Richardplatz. — 2. Gruppe: Rahnsdorf, Müggelsee, Krampeburg, Karollinenhof (17 Kilometer). Fahrgeld mit Ueberreichen 10 Pf. Treffpunkt an den Ringbahnhöfen 1/2 Uhr. — 3. Gruppe: Köhlig-Bühlerparken, Neue Wäldchen, Jagenhals, Bernsdorf, Schmöder, Karollinenhof (20 Kilometer). Fahrgeld 75 Pf. Treffpunkt 6 Uhr Neudorfer Platz. Nachmittags gemeinsame Spiele.

Mittwoch und Freitag: Spielabende auf dem Sportplatz Müllersche Ude Hügelstraße.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 7. Juli: Wanderung von Kilsalsee nach Labow, Jungfernsee, Bömerklinge, Redlig, Potsdam. Abfahrt nach Kilsalsee vom Schlefischen Bahnhof früh 6.06 Uhr; Friedrichstraße 6.17 Uhr; Charlottenburg 6.30 Uhr.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderlokal am Sonntag, den 7. Juli, durch den nördlichen Gemarkungsrand, Kleines, Mittles, Langer See, Leusenberg, Buchsee, Neu-Berndorf, Köhlig, Jellenberg. Abfahrt 5.30 Uhr Wriezener Bahnhof. — Sonntag, den 14. Juli: Spreeabfahrt.

Briefkasten der Redaktion.

Die kritische Sprechstunde findet am Dienstag 9, von vier bis fünf Uhr abends statt. Jeden Sonntag von 7 bis 9 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr abends nach. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Vordruck und eine Zahl als Notiz für den Briefkasten. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentscheidung beigeföhrt ist, werden nicht beantwortet. Welche Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Am Sonnabend, den 6. Juli, fällt die Juristische Sprechstunde aus.

P. 23. 36. 1. Ja. 2. Gilt es nicht. — **A. 2. 622.** Von dem angegebenen Lohn kann nichts beschlagnahmt werden. — **P. 2. 83.** Verschweren Sie sich beim Magistrat. — **A. R. 15.** 1. Ja. 2. 32 Vermögen. 3. Falls die Frau verheiratet, wird ihr Verdienst dem Einkommen des Mannes bei der Veranlagung hinzugerechnet. — **Frust 25.** Richten Sie einen Antrag auf Namensänderung an das Polizeipräsidium. — **W. 3. 26.** Das Mietverhältnis dauert bis 1. April. — **W. 100.** Nein. — **P. 2. 100.** Ja. — **W. 3. 25.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie an, welcher Art die Dienste sind. — **33 1/2.** Anders Ertragens nicht ausreichend. Wir raten zur Klage beim Kaufmannsgericht. — **W. 2. 87.** Sie können die Ehefrau bedürftig seiner Einwilligung. — **A. 77.** 1. Sofern Sie die Darlehensbindung beweisen können; ja. 2. Die Klage ist bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner seinen Wohnsitz hat, zu erheben. — **G. 8. 19.** 1. Sie können bei der Verheiratung dem Kinde Ihren Namen geben. 2. Ja. 3. Nein. 4. Die Gründe erscheinen nicht ausreichend. 5. An das Vormundschaftsgericht. 6. Sie können einen Vorschlag machen. 7. Verheirateter nicht bedingungslos. Das Alter soll mindestens 30 Jahre betragen. 8. Nein. — **W. 100.** Die Angaben reichen nicht aus. Nennen Sie in der Sprechstunde. — **W. R. 200.** 1. Rathofen 12 M., Staatsanwaltschaft 10 M. Staatsanwaltschaften. 2. Amtsgericht Berlin-Tempelhof, Berlin, Hohenstraße 12/13. 3. Gerichtspräsident. — **W. 100.** Dem K. da dieser beim Erwerb in gutem Glauben war. — **Zeitungsentgelt.** Ihre Frau als Mieterin kann dem Sohne des Hauswirts den Zutritt untersagen. Leistet dieser nicht Folge, so kann Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet werden. Zur Befreiung des Angelegten ist der Vermieter verpflichtet. Kommt er einer dahingehenden Aufforderung nicht nach und kann bewiesen werden, daß die Angelegenheit erheblich ist, so erscheint eine Klage auf Vertragslösung durchführbar.

Marktbericht von Berlin am 3. Juli 1912, nach Mitteilung des Amtl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Roden 34,00-35,00. Speisebohnen, weiße, 30,00-30,00. Linsen 40,00-30,00. Kartoffeln (Kleinh.) 9,00-15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40-1,90. Schweinefleisch 1,40-2,00. Kalbfleisch 1,50-2,40. Sammelfleisch 1,70-2,40. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 3,20-4,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,40-2,20. Hefe 1,00-3,20. Bänder 1,00-3,00. Dage 1,20-2,80. Barische 0,90-2,40. Schmalz 1,40-3,20. Mehl 0,80-1,60. 60 Stück Zwiebeln 2,50-4,00.

Witterungsüberblick vom 4. Juli 1912.

Stationen	Barometer Höhe mm Stand	Wind- richtung	Wolkendeckung in 1000er	Temperatur in Grad Celsius am 4. Juli	Stationen	Barometer Höhe mm Stand	Wind- richtung	Wolkendeckung in 1000er	Temperatur in Grad Celsius am 4. Juli
Stettin	765,30	4	16	16	Danzig	762,33	4	16	14
Bamberg	766,00	3	bedekt	16	Petersburg	763,33	1	bedekt	9
Berlin	763,8	2	bedekt	14	Schiff	765,00	4	mäßig	14
Braunschweig	764,34	1	Stegen	13	Aberdeen	770,85	2	bedekt	11
Bremen	764,8	2	halb bed.	12	Paris	764,00	1	bedekt	12
Wien	761,00	3	stetig	15					

Wetterprognose für Freitag, den 5. Juli 1912.
Etwas wärmer, stellenweise heiter bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 3. 7.	am 4. 7.	Wasserstand	am 3. 7.	am 4. 7.
Remel, Elbe	121	0	Saale, Großh.	62	-4
Regel, Anhalter	-49	0	Havel, Spandau	48	+5
Weiße, Elbe	43	-8	Rathenow	19	+13
Dier, Anhalter	125	-13	Havel, Spremberg	86	-10
Elbe, Anhalter	110	-7	Besten	74	-1
Frankfurt	131	-5	Weser, Minden	114	+1
Bärbe, Schumm	3	-2	Rhein, Rheine	302	-8
Landsberg	-2	-5	Rhein, Marginalland	332	-7
Rege, Barmann	0	-6	Saale	285	-5
Elbe, Reitmer	3	+1	Weser	270	-5
Dresden	-114	-14	Regar, Hellborn	43	+7
Saale	210	-15	Rhein, Mainz	125	-6
Magdeburg	168	-12	Weser, Exter	17	-1

) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1230. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1097

Sonntag, den 7. Juli 1912, von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags, findet die

Wahl von einem Revisor

in folgenden Lokalen statt:

- Kaczorowskis Festsäle, Ravenstr. 6.
- Wernickes Festsäle, Ackerstr. 123.
- Frankes Festsäle, Badstr. 19.
- Gliesches Restaurant, Kopenhagener Straße 74.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Eickes Festsäle, Schöneleinstr. 6.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Comenius-Festsäle, Memeler Str. 67.
- Bookers Festsäle, Weberstr. 17.
- Rotts Restaurant, Straßmannstr. 29.
- Lichtenberg, Restaurant J. Ertelt, Pfarrstr. 74.
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen 56.
- Neukölln, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.
- do. Zibells Restaurant, Elbestr. 8.
- do. Rückhelms Restaurant, Bergstr. 98.
- do. Idens Restaurant, Harzer Straße 88.
- Tempelhof, Wilhelmshof, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick und Friedrichshagen, Lehmanns Restaurant, Bahnhofstraße 44 in Köpenick.
- Steglitz, Schellhases Festsäle, Ahornstr. 15.
- Adlershof, Restels Restaurant, Friedenstr. 14.
- Ober-Schöneweide, Warnecks Restaurant, Wilhelmshof-Straße 18.
- Weißensee, Peukerts Restaurant, Berliner Allee 251.
- Pankow, Rozyekis Restaurant, Kreuzstr. 2-4.
- Spandau, Mettes Restaurant, Bismarckstr. 6.
- Tegel, Kakies Restaurant, Berliner Str. 92.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen! Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Wahlleiter ist der Kollege Otto Handke, Charitéstr. 3.

Montag, den 8. Juli 1912: Bezirks-Verfassungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharusäle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Voigt-Theater, Badstr. 58, abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel: Trapps Festsäle, Bahnhofsstr. 1, abends 8 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Oeffs Festsäle, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten: Comeniusäle, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Lichtenberg: Restaurant J. Ertelt, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau und Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 5, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Grabe.
- Südenbezirke: Hohenstaufen-Säle, Rottbuscher Damm 76, abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee: Peukerts Festsäle, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.
- Neukölln: Passage-Festsäle, Bergstr. 150, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz: Schellhases Festsäle, Ahornstraße 15, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Papenfoths Linden-garten, Friedrichshagen, Friedrichstraße 79, abends 8 1/2 Uhr.
- Ober-Schöneweide: Prochowski, Vereinshaus, Schillerpromenade 13, abends 8 Uhr.
- Spandau: Fezells Restaurant, Nischendorfer Straße 5, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen: Bericht von der ordentlichen Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet. Dienstag, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Bezirksversammlung für Moabit im Lokal Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/48. Die Tagesordnung ist die gleiche wie in den oben angezeigten Bezirksversammlungen. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 7. Juli.

1. Abt.: 5 Uhr: Lindenwalde (Wald-Idylle), 1 Uhr: Gr. Beeren (Gelände). Start: Bismarckstr. 58.
2. Abt.: 4 Uhr: Werbellinsee, 1 Uhr: Bernau (Salzmann). Start: Schönleinstr. 6.
3. Abt.: 6 Uhr: Rante (Deutsches Haus, Badetour), 12 Uhr: Bernau (Salzmann). Start: Kaufm. Platz 11.
4. Abt.: 4 Uhr: Brandenburg, 1 Uhr: Wannsee (Fürstenthor). Start: Kästner Platz.
5. Abt.: 6 Uhr: Rübendorf (Sur Platte), 1 Uhr: Biesdorf-Süd (Flug). Start: Gyltium.
6. Abt.: 12 Uhr nachts: Frankfurt a. D. (Gewerkschaftshaus), 1 Uhr: Jörckfelde (Gummlich). Start: Oberberger Str. 28.
7. Abt.: 7 Uhr: Rante (Stodmann), 1 Uhr: Schönwalde (Schule). Start: Schullstr. 20.
8. Abt.: 6 Uhr: Rübendorf (Van Kesseler, Schwedterstr.), 1 Uhr: Friedrichshagen (Gesellschaftshaus, Badetour). Start: Levetowstr. 21.
9. Abt.: 7 Uhr: Eiser, 1 1/2 Uhr: Friedrichshagen (Badetour). Start: Schillingstraße 22.

Jugendliche Bundesgenossen: 6 Uhr: Streitzgasse durch den Plumenthal. Start: Stralauer Brücke 3.

Sonntag, den 14. Juli 1912: **Gan-Fest** im Vergnügungspark „Neue Welt“ und **Korsofahrt mit Musik.** Sammelort: 1 1/2 Uhr: Bergmannstraße 5-7 (Habels Brauerei). Näheres Inserat am Sonntag, den 7. Juli, im „Vorwärts“. — Bundesgenossen! Schmückt die Fahrräder einheitlich mit einem Blumenstrauß an der Lenkstange. Die Festkommission.

Reinickendorf. Vereinstour nach Badlitz. Start: 2 Uhr im Vereinslokal. **Sonnabend, 6. Juli, 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Gördes.**

Gr.-Vichterfelde. Sonntag, 7. Juli: **Großes Sommerfest im Birkenwäldchen.** Um 2 Uhr: Korsiofahrt. Start: Bäckstr. 7. Bundesgenossen, die an der Korsiofahrt teilnehmen, haben freien Eintritt. 12/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal): **Sitzung der Ortsverwaltung.**

Achtung! Die Bibliothek ist wegen Inventur geschlossen. Alle noch ausstehenden Bücher müssen umgehend eingeliefert werden.

Einsetzer.

Wegen der Generalversammlung finden unsere Bezirksversammlungen am Sonntag, den 7. d. M., vormittags 9 Uhr, in den bekannten Lokalen statt.

Montag, den 8. Juli: **Dampferpartie mit Musik nach Hankels Ablage.** Tickets a 1 M. sind in den Bezirkslokale zu haben. Kinder unter 14 Jahren frei. Abfahrt morgens 7 1/2 Uhr von der Kaiserbrücke. Um rege Beteiligung wird gebeten. 86/6

Nordhäuser Kantabakarbeiter-Genossenschaft m. b. H., Nordhausen, empfiehlt ihre vorzüglichen Kantabake, stets frisch. Haupt-Niederlage **Udo Stangenberg, Berlin SO., Köpenicker Straße 20a.** Telefon: Amt Köpenick 9460.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 5. Juli 1912. Anfang 7 1/2 Uhr. **Prater.** D diese Berliner. Anfang 8 Uhr. **Krania.** Der Großkudner, Gasten, Salzburg. **Königgrätzer Straße.** Die fünf Franzosen. **Kurfürstentor.** Der Lanzantant. **Neues.** Der liebe Augustin. **Berliner.** Große Rosinen. **Schiller O.** Geflohen. **Schauer.** Charlottenburg. Das Kowert. **Thalia.** Antolleschen. **Metropol.** Schwindelmeier u. Co. **Apollon.** Spezialitäten. **Passage.** Spezialitäten. **Reichshallen.** Stettiner Sänger. **Sanatorium.** Sonnenlicht. **Wintergarten.** Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr. **Leffing.** Vergnügungstheater. **Neues Schauspielhaus.** Silvester Schäfer. I. Klasse. **Lehrspielhaus.** Ein Königreich m. d. H. **Neues Cyrenen.** Partellisch Nr. 10. **Friedr.** Wild. Schauspielhaus. Die feuchte Sulanne. **Rose.** Die Tragödie einer Ehe. **Polite Caprice.** Partisanen-Ensemble Anfang 9 1/2 Uhr. **Kleinod.** Der Unterschmeier. Der Herr mit der grünen Kravatte. **Königsstadt-Kasino.** Spezialitäten. Anfang 10 Uhr. **Admiralpalast.** Hühnerkett: Yvonne. **Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69.

Schöneberg Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonntag, den 7. Juli 1912, in den Neuen Rathaussälen, Meininger Str. 8

23. Stiftungsfest

Instrumental- und Vokalkonzert unter Mitwirkung der **Hollfelder-Kapelle, Berliner Uk-Trio, Gesangsverein Schöneberger Männerchor (M. d. A.-S.-B.), Arbeiter-Radfahrerverein (M. d. A.-R.-B.)**

Anfang des Konzerts 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach 9 Uhr Kinder-Fackelzug. — Verlosung. — Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Das Konzert.

Lustspiel in 3 Akten von Herrn Bohr. Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: **Das Konzert.**

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: **Der liebe Augustin.** Operette von Leo Fall.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr: **Große Rosinen.**

Theater in der Königgrätzer Straße. Abends 8 Uhr: **Die 5 Frankfurter.**

2000 LOGISCHER GARTEN

Täglich: **Großes Militär-Doppelkonzert.** Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater. Schwindelmeier & Comp.

Spannendste musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von H. Freund. Musik von H. Nelson u. a. Tänze v. H. Döpp. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz. Anfang 8 Uhr. Kaufen gestattet.

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen Badstraße 58. Heute sowie täglich: **Die Tochter der Hexe** Or. vom Musikdirektor m. Tanz und Gesang in 5 Bildern. Neue Beleuchtungs-Einrichtung usw. usw. u. d. große Spezialitäten-Programm. Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132. Lustspiel Helene Stiene: **Die Tragödie einer Ehe.** Anfang 8 1/2 Uhr. Auf der Vorderbühne: **Juni! Es ist erreicht! Gr. Neoue.**

Sylvester Schäfer Schauspielhaus

IKLA

Intern. Kongress Lebender Abnormitäten. Die größte Ausstellung lebender Naturwunder von 10 bis 10 Uhr in den Gesamtäumen des **Passage-Panoptikums.** Eintritt, alles inkl. 50 Pf. Kinder, Sold. 25 Pf.

Hagenbeck's Indien

Tempelhofer Feld. Täglich geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends. **150 Indier.** Macri Soliotti's **Löwen- und Tigergruppe.** Ohne Extra-Entree!

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger zum Schluss neu: **Sanatorium Sonnenlicht.** Curleste von Reysel. Anfang Sonntag 8. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Königsstadt-Kasino.

Ede Holzmarkt- u. Weydenstr. Täglich: **Varieté und Theater.** Vom 1.-16. Juli: 8 Spezialitäten und „Alte Liebe“, Lustspiel in 1 Akt. „Das Mädchen aus der Fremde“, Posse mit Ges. in 1 Akt.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr. **12 große Attraktionen.** Clown Alf Daniels mit seinen Ferkelchpögen. **Paul Beckers als Angler** usw.

Von der Oberbaumbrücke, Goldsteinstraße: **Gr. Dampfer-Mondscheinfahrt mit Musik** Sonnabend, den 6. Juli, 20350 nach **Schmöckwitz, Restaurant Seddinec.** Daselbst Sommerabend u. Freiluftkonzert. Ab 9 1/2 Uhr. Fahrpreis hin u. zurück 50 Pf. Weiberei Kied, Goldsteinstr. 45. Amt Wpl. 6197.

Admiralspalast

am Bahnhof Friedrichstraße, z. Z. einziger Eispalast. Angenehm kühler Aufenthalt. Allabendl.: Das sensationelle Eiseballett „Yvonne“. Fabelh. Ausstatt! 100 Mitwirk. Wiederauftr. der kleinen Charlotte. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise. **Restaurant I. Ranges** Wein- und Bier-Abteilung. Alle Delikatessen der Saison.

LUNA PARK

Morgen Sonnabend: **Elitetag.** 8 Kapellen 3, 30 Attraktionen 50. 8 Uhr: Aufstieg der vorwegenen Luftschifferin **Käte Paulus** mit ihrem Ballon „Carola“. 9 1/2 Uhr: **Pracht-Feuerwerk.** (Deichmann & Gallwitz.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Kann man es den Frauen verdenken, daß sie sich durch den „Kornfranck“ bestimmen ließen, ihrem bisherigen Kaffeegetränk untreu zu werden?

Es gibt nur einen „Kornfranck“!

32

Den echten „Kornfranck“ gibt es nur in den grünen Paketen.

Deutsches Fabrikat



STOLLWERCK

Dring Qualität zum Erfolg!

SCHOKOLADE

GOLD

SILBER

KUPFER

Drei Preislagen

Drei Grössen

Alle drei Marken gleich rein und nährkräftig, unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

KAKAO

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorjährlige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Herrenanzug Germania, Unter der Linden 21. 1288R*

Teppiche! (Niederlande) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Braun, Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börse. (Zwei des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntag geöffnet!

Herrenanzüge v. Handlunghaus, Spezialität Jagdanzüge, Gedrucktanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen, Damenmäntel, überbilligster Bekleidungsbedarf, Besondere Bekleidungsbedürfnisse, Reichhaltige Gardinenauswahl, Teppichauswahl, Bildstücken, Steppdecken, Goldschläger, Tischdecken, Wandtapis, Wandbilder, Warenverkauf ebenfalls Sonntag.

Gardinen! Steppdecken! Vorläufer! außerordentlich billig! Vorwärts! 5 Prozent Rabatt gegen! Gardinenhaus Braun, Hadericher Markt 4 (Bahnhofs Börse), Sonntag geöffnet.

Damenfoküme, einige englische, preisbillig, Herrenmoderhaus Preisnachlass 71, II. 106/14*

Lambouriermaschinen Votermeyer, alleiniger Fabrikant Westmann, Schönhaferstraße 28. Preise billig, Abzahlung günstig. 2050R*

Monatssparung und Sommerpaletots von 6 Mark sowie Hosen von 1,50, Gedrucktanzüge von 12,00, Jeans von 2,00, sowie für kopulante Figuren. Neue Garderobe zu Hause in billigen Preisen, aus Handarbeit verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Ras, Kaulstraße 14.

Betten, Eiland 9., Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Nachfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrten Straußes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Röchliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Steinhilbermünde, übrige Hälfte bis Halle-Deipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 60 (Laden).

Damenhemden mit gefitteter Kasse 1,15, Herrenhemden 1,15, Korsetts, Arbeiterhemden sowie elegante Kleider bis zur Hälfte des Wertes. 23-Bildfabrik Salomonstraße, Tiergartenstraße 21, Wierandstraße.

In freien Stunden. Wochenlohn für das arbeitende Volk, Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf., nehmern alle Ausgaben des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Pflanzenhaus Kastrupstraße 7 (Sportplatz) Bet'enderlauf, Gardinenverkauf, Deckenverkauf, Wäscheverkauf, Große Auswahl in Wägen, Ketten, Schmutzfächern. 1705R*

Kinderwagen, Gummiträder, verkauft Klump, Kochstraße 2. 757

Alpplwagen, Kinderwagen, Kinderbetten preisbillig, Kottbuserdamm 90.

Damenhüte, volgarisier, 12,00, jetzt 6,00, Kinderhüte 2,00, Formen 1,50, solange der Vorrat reicht, Franzlauer Allee 211, Jannaschstraße 38. 714

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäfte, An- und Verkauf vermittelt provisorisch Georg Lehner, Mohrenstraße 63, Tabakgeschäftsbauung. 1514R*

Bücher-Abfälle mit Buchwerken (Schöne Einrichtung, 200 Mark, Restlöse, Hochstraße 14. 2302B

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirkschaffen und einzelne Stücke auf Kredit unter äusserster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Dienst läuft bei uns. Arschmann u. Co., Koppensstraße 4. (Schlesischer Bahnhof). *

Möbel-Belegeneheits-Käufe preisbillig, neue schöne Einzelstücke und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288, komplette Wohnstube 132, bis 240, Chaiselongue 24, Sofa 38, Truhen 33, Schreibtische 40, Teisstellen 25, Nischenmöbel, Möbelstücke, Neue Königstraße 5/6, 4. Etage, Teilzahlung gestattet, auch Sonntag. 249/1*

Schlafzimmer 135, Eiche 238, Satin, Buchen, Mahagoni, große Gelegenheit, Möbelstücke, Neue Königstraße 5-6. 249/2*

Arbeiter-Mieterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung, gern gestattet, Kassenpreis, Jüngerstraße, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Mieter, Gabelert Tischlermeister, Adersstraße 54, kein Abzahlungsgehalt.

Musikinstrumente.

Prachtpianino, wie neu (Vollfirma), 152 Zentimeter hoch, reisehalber 200, Krüger, Friedenstraße 2 (Königsplatz). 225/16

Bilder.

Die besten Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Silber-Sogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Griffstange Fahrräder, Monatsrate 10 Mark, Louis Barth, Brückenstraße 10a, kein Laden. 1620R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35, Holz, Blumenstraße 44. 1003R*

Preussenfahrrad, 35, Preisfahrrad, einmal gefahren, Preis, Kottbuserdamm 54. 100/4*

Herrenfahrrad, Preisfahrrad, verkauft Schumann, Kottbuserdamm 54. 2300R*

Herrenfahrrad (Preussenfahrrad) Preisfahrrad, Karbidlampe, hochlegant, 45, Kottbuserdamm 14, Durie. 106/19

Damenrad, Herrenrad verkauft Hauptbahnhof 17, Seitenladen. 728

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngelbte, Stanniol, Quecksilber, alte Uhren, Kettgold, Goldmatten, Treifen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallchemie, Brod, Köpenickerstraße 29, Telephon Moritzplatz 6958. 1650R*

Zahngelbte, Goldschmelze, Silberabfälle, Platinabfälle, Stanniol, Zinn, Quecksilber, hochschmelzend, Edelmetallchemie, Friedländerstraße 139 (Weidenbaumbrücke). 1650R*

Kupfer, Messing, Platinabfälle, Silberabfälle, Goldschmelze, Kupfer, Köpenickerstraße 29a (gegenüber Kottbuserdamm). 205R*

Zahngelbte, Zahn bis 1,25 Mark, Goldschmelze, Stanniol, hochschmelzend, Kottbuserdamm 14, Durie. 225/15*

Kupfer 1,25, Messing 70-83, Zinn, Zinn usw., hochschmelzend, Meyer, Wilmbergstraße 56 II. 107/1

Verkaufe.

Vorjährlige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Herrenanzug Germania, Unter der Linden 21. 1288R*

Teppiche! (Niederlande) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Braun, Hadericher Markt 4, Bahnhofs Börse. (Zwei des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntag geöffnet!

Herrenanzüge v. Handlunghaus, Spezialität Jagdanzüge, Gedrucktanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen, Damenmäntel, überbilligster Bekleidungsbedarf, Besondere Bekleidungsbedürfnisse, Reichhaltige Gardinenauswahl, Teppichauswahl, Bildstücken, Steppdecken, Goldschläger, Tischdecken, Wandtapis, Wandbilder, Warenverkauf ebenfalls Sonntag.

Gardinen! Steppdecken! Vorläufer! außerordentlich billig! Vorwärts! 5 Prozent Rabatt gegen! Gardinenhaus Braun, Hadericher Markt 4 (Bahnhofs Börse), Sonntag geöffnet.

Damenfoküme, einige englische, preisbillig, Herrenmoderhaus Preisnachlass 71, II. 106/14*

Lambouriermaschinen Votermeyer, alleiniger Fabrikant Westmann, Schönhaferstraße 28. Preise billig, Abzahlung günstig. 2050R*

Monatssparung und Sommerpaletots von 6 Mark sowie Hosen von 1,50, Gedrucktanzüge von 12,00, Jeans von 2,00, sowie für kopulante Figuren. Neue Garderobe zu Hause in billigen Preisen, aus Handarbeit verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Ras, Kaulstraße 14.

Betten, Eiland 9., Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Nachfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrten Straußes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Röchliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Steinhilbermünde, übrige Hälfte bis Halle-Deipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 60 (Laden).

Damenhemden mit gefitteter Kasse 1,15, Herrenhemden 1,15, Korsetts, Arbeiterhemden sowie elegante Kleider bis zur Hälfte des Wertes. 23-Bildfabrik Salomonstraße, Tiergartenstraße 21, Wierandstraße.

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Möbel-Einrichtungen in geeigneter Arbeit an Studierende auch auf Teilzahlung und bietet Vorteilhaftigkeit mit Bezug der großen Lager. Niedrige Anzahlung, Jüngerstraße, Gelegenheitsläufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle: Schlegelstraße 160, Eingang: Anhalterstraße.

Schleifentag Verkauf einer neuen Kupfermühle mit modernem Rührwerk, sämtliche Schleifentag, Leipzig, 195,00, Gabelerstraße 160, Neue Königstraße 56 I. *

Stuhlbaumöbel, ganze Einrichtung preisbillig verkauft, Chaiselongue 14,00, Stuhlühle 2,00, Schreibtisch, Zimmerteppich 5,00, Waldemarstraße 76, Vorderhaus I links. *

10 Herrenzimmer, eiche, in den modernsten Ausführungen, gelangen zu enorm billigen Preisen zum Sonderverkauf, Möbelhaus Stalingerstraße 25, an der Hochbahn. 1667R*

Großer Möbelverkauf! Möbel-fabrik Gröbenstraße 15, nahe dem Halleschen Tor, 32 Jahre bestehend, verkauft zu außerordentlich billigen Preisen: Wohnungseinrichtungen 120 Mark an, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer 180 Mark an, Teilzahlung gestattet, Kleiderkabinett, Bettsofa 30, Bettstelle 12, Hochschmelzende 7, Umbauten, Sofa, Küchenschrank 60, Schreibtische 22, Garnituren 65, Juwelengelege, verleiht gewesene Möbel besonders preiswert, Lieferung, Umbautung frei, kein Laden. Hausnummer 15 genau beachten. 1685R*

Sofa, wie neu, mit Wandgeheln, 6 Stühle billig zu verkaufen Schöneberg, Hauptstraße 5, Hof links 1 Treppen. 1564R*

Möbelhandlung Korallenstraße 25, billige Preise, Teilzahlung gestattet, „Vorwärts“-Leier 3 Prozent Rabatt. 23R*

Umzugshalber billige Herrenzimmer-Einrichtung verkauft, Bremerstraße 30, Kagan. 712

Fahrräder.

Griffstange Fahrräder, Monatsrate 10 Mark, Louis Barth, Brückenstraße 10a, kein Laden. 1620R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35, Holz, Blumenstraße 44. 1003R*

Preussenfahrrad, 35, Preisfahrrad, einmal gefahren, Preis, Kottbuserdamm 54. 100/4*

Herrenfahrrad, Preisfahrrad, verkauft Schumann, Kottbuserdamm 54. 2300R*

Herrenfahrrad (Preussenfahrrad) Preisfahrrad, Karbidlampe, hochlegant, 45, Kottbuserdamm 14, Durie. 106/19

Damenrad, Herrenrad verkauft Hauptbahnhof 17, Seitenladen. 728

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngelbte, Stanniol, Quecksilber, alte Uhren, Kettgold, Goldmatten, Treifen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallchemie, Brod, Köpenickerstraße 29, Telephon Moritzplatz 6958. 1650R*

Zahngelbte, Goldschmelze, Silberabfälle, Platinabfälle, Stanniol, Zinn, Quecksilber, hochschmelzend, Edelmetallchemie, Friedländerstraße 139 (Weidenbaumbrücke). 1650R*

Kupfer, Messing, Platinabfälle, Silberabfälle, Goldschmelze, Kupfer, Köpenickerstraße 29a (gegenüber Kottbuserdamm). 205R*

Zahngelbte, Zahn bis 1,25 Mark, Goldschmelze, Stanniol, hochschmelzend, Kottbuserdamm 14, Durie. 225/15*

Kupfer 1,25, Messing 70-83, Zinn, Zinn usw., hochschmelzend, Meyer, Wilmbergstraße 56 II. 107/1

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Kurs, wird englischer Unterricht erteilt. Kurs werden Uebungsfragen angefertigt. G. Schwentz, Rechtsanwältin, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 44R*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Ein Klavierpieler dauernd für Sonnabend und Sonntag gesucht. Feder, Pantom, Regimillstraße 11a.

Goldschmied, der flott und sauber zeichnen kann, findet dauernde Stellung bei hohem Lohn. Carl Koller, C. Brüderstraße 16/18.

Steinmetz, Schnitthauer verlangt Stahl u. Herzog, Steinmetzmeister, Neutal, Hermannstraße 190/197.

Strahlfedern. Flotte Binderinnen verlangt Stallschreiberstraße 24/25. *

Künstliche Blumen. Arbeiterinnen und Arbeiterinnen auch Lehrlinge gegen monatliche Vergütung von 25 Mark sucht Schindlerhauer, Ulte Jakobstraße 156. 2347R*

Heimarbeiter. Frauen, welche Nähe Reanderstraße wohnen, für leichte Handarbeit auf Wattenstoff für Fäden verlangt Albert Kaufmann, Reanderstraße 4. 107/2

Reinigungsfrauen verlangt Kronenstraße 2 I. 2312R*

Zentralverband der Glaser.

Gesperrt werden die Werkstätten Groß-Berlin (Warte Altdorf) in Friedland, Varginer Str. 6, ferner Max von Littowicz, Sachsendamm 46. 70/2*

Die Ta-Kommission.